

LIMBURG- WEILBURG MACH MAL RICHTIG POLITIK!

Volt



Hey Limburg-Weilburg, wir müssen reden.

Denn während sich die Welt verändert, läuft hier vor Ort noch zu oft alles wie immer. Politik verwaltet lieber den Status quo, statt echte Lösungen zu suchen. Aber wir sind überzeugt: Es geht auch anders. Und es ist höchste Zeit.

Volt Limburg-Weilburg ist mehr als eine neue Stimme im politischen Spektrum. Wir sind Teil einer europaweiten Bewegung für eine gerechte, nachhaltige und zukunftsähnliche Gesellschaft. Wir bringen Menschen zusammen, die genug haben von leerem Gerede, politischen Blockaden und dem ewigen „Haben wir schon immer so gemacht!“. Uns geht es nicht um Ideologien, sondern um das, was wirklich hilft. Für die Menschen hier im Kreis. Für eine Region, die nicht zurückfällt, sondern vorangeht. Für europäische Perspektiven mit lokaler Umsetzung.

Warum wir antreten?

Weil wir davon überzeugt sind, dass Veränderung möglich ist, wenn man sie mutig, ehrlich und gemeinsam gestaltet. Die Klimakrise, Fachkräftemangel, soziale Ungerechtigkeit, digitale Rückstände und zunehmende Demokratieverdrossenheit betreffen uns auch hier in Limburg-Weilburg. Die Frage ist nicht mehr, ob wir handeln sondern wie.

Unser Wahlprogramm ist ein konkreter Plan für eine lebenswerte Zukunft vor Ort. Es vereint Visionen mit Machbarkeit, langfristige Ziele mit direkt umsetzbaren Maßnahmen. Darum ist es bewusst umfassend geschrieben. Nicht nur für den Landkreis, sondern auch für einzelne Städte und Gemeinden. Überall dort, wo wir antreten oder in Zukunft vielleicht mitwirken. Denn wir nehmen kommunale Verantwortung ernst. Wir zeigen, wie Veränderung wirklich geht – Schritt für Schritt.

Warum Volt?

Wir stehen für Klimaschutz, der sich nicht auf später verschiebt. Für digitale Verwaltung, die funktioniert. Für Mobilität, die verbindet. Für Bildung, die stärkt. Für Demokratie, die nicht nur auf dem Papier steht. Für ein Limburg-Weilburg, in dem alle sicher, frei und respektiert leben können. Wir glauben, dass gerade jetzt der Moment ist, neu zu denken, anders zu handeln und über gewohnte Grenzen hinaus zu arbeiten.

Wir setzen auf Zusammenarbeit statt Schuldzuweisungen, Aufklärung statt Populismus. Wir glauben: Wenn wir die Dinge gemeinsam anpacken – wissenschaftlich fundiert, sozial gerecht und offen für neue Ideen – dann geht richtig viel. Unser Ziel ist keine perfekte Welt, sondern ein echter Unterschied im Alltag der Menschen.

Dieses Wahlprogramm ist eine Einladung: An alle, die finden, dass da mehr gehen muss. Es ist ein Versprechen: An alle, die nicht länger zusehen, sondern mitgestalten wollen. Es ist eine Erklärung: An alle, die ihre Region lieben und wissen, dass sie sich verändern muss.

Lasst uns etwas ändern. Jetzt.

Kommunalwahlprogramm Limburg-Weilburg 2026

EUROPÄISCH DENKEN. LOKAL HANDELN.....	6
Kommunen vernetzen, Zukunft gestalten.....	7
Europa erleben.....	8
Teilhabe ohne Grenzen.....	8
Demokratie feiern.....	9
Europa zum Mitmachen.....	9
Europa aktiv gestalten.....	9
Mit Europa lokale Chancen schaffen.....	10
BETEILIGUNG NEU DENKEN.....	11
Gemeinsam entscheiden.....	12
Junge Stimmen stärken.....	13
Beteiligung leicht gemacht.....	14
Bessere Daten für bessere Politik.....	14
GEMEINSAM STARK.....	16
Teilhabe von Anfang an.....	17
Zukunftsberuf Sozialarbeit.....	18
Arbeit - mit dem Leben vereinbar.....	19
Neue Chancen für Arbeit.....	20
Wohnungslosigkeit verhindern.....	21
Starke Unterstützung sichern.....	23
Mahlzeiten für alle zugänglich machen.....	24
GESUND BLEIBEN. GUT VERSORG'T SEIN.....	25
Gute Versorgung - überall und für alle.....	26
Digitale Lösungen für eine moderne Medizin.....	27
Psychische Gesundheit ernst nehmen.....	28
Gute Pflege in jeder Lebensphase.....	29
Aufklärung, die wirklich wirkt.....	30
Vorbeugen statt nachsorgen.....	31
Gesund durch Bewegung.....	32
Geschlechtergerecht behandeln.....	33
Hilfe statt Stigmatisierung.....	33
VIELFALT LEBEN. ALLE EINBEZIEHEN.....	35
Raum für Austausch.....	36
Ankommen erleichtern.....	37
Faire Zugänge zur Teilhabe.....	37
Landkreis ohne Hindernisse.....	38
Gleichberechtigung ohne Ausnahmen.....	39

Geschichte sichtbar machen. Demokratie stärken.....	40
EIN LEBENDIGER KREIS FÜR ALLE.....	41
Engagement sichtbar machen.....	42
Kunst als Motor.....	42
Kommunen erlebbar machen.....	43
Mit Sport Gemeinschaft bewegen.....	44
Schwimmen als Daseinsvorsorge.....	45
Digitale Sportkultur fördern.....	45
Jugend braucht Freiraum.....	45
Aktives Alter ermöglichen.....	46
Miteinander statt nebeneinander.....	46
Kultur erreichbar machen.....	47
Kulturelle Diversität erhalten.....	48
Lebendige Freizeit.....	48
Nachtkultur für belebte Orte.....	49
SICHER. FREI. MITEINANDER.....	50
Haltung zeigen. Demokratie schützen.....	51
Moderner Rettungsdienst für sichere Hilfe.....	52
Gut vorbereitet.....	52
Gewalt verhindern. Sicherheit schaffen.....	54
Sicherheit durch Vertrauen.....	55
Smarte Prävention.....	55
Klare Regeln für starke Grundrechte.....	56
Lebensqualität erhöhen.....	56
BAUEN MIT VERANTWORTUNG.....	58
Bezahlbares Wohnen als Priorität.....	59
Neue Wohnformen für moderne Bedürfnisse.....	60
Nahversorgung sichern.....	61
Eigentum fair ermöglichen.....	62
Boden dem Gemeinwohl verpflichtet.....	62
Nachhaltig Bauen als Zukunftsaufgabe.....	63
Kommunale Projekte aus Holz.....	64
EIN LANDKREIS, DER MENSCHEN VERBINDET.....	66
Flexibel unterwegs im ländlichen Raum.....	67
Urbane Räume neu ordnen.....	68
Laden erleichtern. Parken neu denken.....	69
Nahverkehr als echte Alternative.....	70
Flexible Fahrangebote für jede Tageszeit.....	71
Mobilität intelligent verknüpft.....	72
Sichere Wege als Ziel.....	73

Sanierung als Chance.....	74
UNSERE UMWELT SCHÜTZEN. UNSERE ZUKUNFT SICHERN.....	76
Lebensräume erhalten.....	77
Nachhaltige Landwirtschaft.....	78
Kluge Strategien gegen Trockenheit und Starkregen.....	80
Lebendige Orte durch nachhaltige Planung.....	81
Weniger Müll. Mehr Kreislauf.....	82
Unabhängige, saubere Energie vor Ort.....	83
Ein starkes Netz für die Zukunft.....	84
STARKE REGION MIT ZUKUNFT.....	86
Neue Perspektiven unterstützen.....	87
Erlebnisregion für Gäste und Einheimische.....	88
GERECHTE BILDUNG FÜR ECHTE CHANCEN.....	90
Frühkindliche Bildung konsequent stärken.....	91
Moderne Schulen. Potenziale entfalten.....	92
Demokratiebildung von Anfang an.....	3
Digital fit im Alltag.....	3
Betreuung, die Bildung ergänzt.....	3
Gesundheitskompetenz als Angebot.....	3
Gute Orte für gutes Lernen.....	3
Sichere Schulwege.....	3
Inklusion als Standard.....	3
Bildung ein Leben lang.....	3
DIGITAL GUT AUFGESTELLT.....	3
Schnelles Internet in jedem Ort.....	3
Kostenloses WLAN – überall.....	3
Den Landkreis zur Smart Region entwickeln.....	3
Gut geschult für digitale Prozesse.....	3
VERWALTUNG NEU GESTALTEN. OFFEN UND TRANSPARENT.....	3
Verwaltung digital ausrichten.....	3
Sicher vor Angriffen. Stark im Alltag.....	3
Politik sichtbar machen.....	3
Moderne Arbeitsbedingungen für starke Teams.....	3
Ressourcen sparen, Prozesse modernisieren.....	3

**EUROPÄISCH
DENKEN.
LOKAL
HANDELN.**

Wir stehen für ein vereintes, solidarisches und handlungsstarkes Europa, das dort wächst, wo Menschen sich begegnen. Die europäische Idee entsteht für uns nicht in fernen Institutionen, sondern in Städten, Gemeinden und Landkreisen. Dort können echte Partnerschaften entstehen, dort wird Zusammenarbeit gelernt, dort zeigt sich, wie nah Europa im Alltag sein kann. Gerade in Zeiten zunehmender Skepsis wollen wir Verbindungen stärken, Austausch ermöglichen und gemeinsame Erfahrungen sichtbarer machen. Europa soll kein fernes Konzept bleiben, sondern im Lernen, im Ehrenamt, im Rathaus und auf jedem Fest spürbar werden.

Darum möchten wir kommunale Arbeit klar europäisch ausrichten und diese Haltung als greifbare Realität vor Ort verankern. Wir wollen Räume schaffen, in denen Menschen Europa unmittelbar erleben können, und wir setzen uns dafür ein, europäische Werte mit Herz, Verstand und Mut zu schützen und weiterzutragen.

Kommunen vernetzen, Zukunft gestalten.

Europa wächst durch Beziehungen, die Vertrauen schaffen und Horizonte öffnen. Wir möchten, dass jede Kommune und auch der Landkreis lebendige Partnerschaften mit Städten und Regionen in möglichst vielen Staaten innerhalb und außerhalb der EU aufbaut und weiterentwickelt. Einen besonderen Fokus wollen wir dabei auf eine Partnerschaft in Taiwan legen. Die politische Situation vor Ort Bedarf eines solidarischen Partners an der Seite des Inselstaats. Solche Verbindungen sollen nicht als formale Verträge in Aktenordnern liegen, sondern im Alltag spürbar sein, wenn junge Menschen sich begegnen, wenn Gespräche über Grenzen hinweg stattfinden, wenn Kultur und Sport Menschen zusammenbringen und wenn gemeinsame Projekte neue Impulse setzen. Wir wollen dafür sorgen, dass ein Jugendbegegnungsfonds diese Erlebnisse verlässlich ermöglicht und stärkt. Europa entsteht nicht durch Gebäude oder Gremien, sondern durch Menschen, die sich kennenlernen und miteinander wachsen, und genau dafür möchten wir stabile Brücken bauen.

Best Practice: Krefeld / Venlo

Die Partnerstädte haben 2016 einen gemeinsamen Ausschuss für die Kontaktpflege und grenzüberschreitende Aktivitäten eingerichtet, der eine kontinuierliche und enge Zusammenarbeit der Partnerstädte ermöglicht.

Best Practice: MAAHHL 

Die MAHHL-Städte Maastricht, Aachen, Hasselt, Heerlen und Liège zeigen bereits, wie mit 200 Aktionen und 127 Partnern kommunaler Wissenstransfer über Grenzen hinweg funktioniert.

Europa erleben.

Das Erasmus+ Programm ist für uns ein europäisches Chancenfenster, das weit über die Hochschulen hinausreicht. Schulen, Berufsschulen, Vereine und zivilgesellschaftliche Initiativen können darüber eigene Projekte aufbauen, neue Kontakte knüpfen und Europa im Alltag erfahrbar machen. Wir möchten, dass dieses Programm im gesamten Landkreis präsenter wird und an jeder Schule sowie in jedem Sportverein aktiv genutzt wird. Dafür wollen wir informieren, beim Antragstellen unterstützen und kommunale Stellen schaffen, die Orientierung geben und den Zugang erleichtern, damit das gesamte Potenzial von Erasmus+ wirklich bei den Menschen ankommt.

Best Practice: Siegen & Münster 

In beiden Städten wurde vom Stadtrat aufgrund der Initiative von Volt beschlossen, dass die Stadt für alle städtischen Schulen und Kitas die Akkreditierung für das EU-Programm Erasmus+ übernimmt. Somit wird Schulen und Kitas eine bürokratische Hürde abgenommen. In Zukunft können Schüler*innen und pädagogisches Personal in Kitas und an Schulen somit an mehr Austauschprogrammen innerhalb Europas teilnehmen.

Teilhabe ohne Grenzen.

Europa soll nicht nur gedacht, sondern auch sichtbar und verständlich werden. Deshalb möchten wir mehrsprachige digitale Informationssysteme einführen, die Menschen im Alltag echte Orientierung geben. Für Tourist*innen, Austauschschüler*innen und Neuzugewanderte ist das ein starkes Zeichen gelebter europäischer Willkommenskultur. Diese Systeme sollen in Verwaltungen und im öffentlichen Nahverkehr eingesetzt werden, besonders in Bahnhöfen und Bussen, damit Informationen überall leicht zugänglich sind. Neben Deutsch und Englisch sollen je nach Partnerstadt oder Anlass weitere europäische Sprachen

integriert werden, damit Vielfalt selbstverständlich wird und Europa sprachlich dort ankommt, wo Menschen unterwegs sind.

Demokratie feiern.

Wir möchten ein jährliches Demokratiefest ins Leben rufen, das Kommunen und ihre Partnerstädte zusammenbringt und im ganzen Landkreis wandert. Dieses Fest soll mehr sein als ein fröhliches Miteinander, denn wir wollen Kultur, Begegnung, politische Bildung und europäische Perspektiven selbstverständlich miteinander verbinden. Menschen aus den Partnerstädten, besonders junge Gäste, sollen eingeladen werden und das Fest mitprägen, damit Freundschaft und Austausch nicht nur betont, sondern wirklich gelebt werden.

Europa zum Mitmachen.

Die Europawoche im Mai und die vielen lokalen Europatage bieten wunderbare Chancen, Europa im Alltag erlebbar zu machen. Wir möchten, dass diese Anlässe stärker von den Kommunen aufgegriffen und gemeinsam mit Schulen, Jugendgruppen, Musikinitiativen und engagierten Menschen aus der Zivilgesellschaft gestaltet werden. Ob kreativer Poetry Slam, lebendiges EU-Rollenspiel, inspirierende Ausstellung oder gemeinsames europäisches Frühstück, das konkrete Format bleibt offen. Entscheidend ist, dass wir diese Tage gemeinsam, vielfältig und einladend feiern und Europa für alle spürbar machen.

Europa aktiv gestalten.

Europa braucht wiederkehrende Momente, die im Alltag verankert sind, und deshalb möchten wir den 9. Mai, den offiziellen Europatag, an allen Schulen als kreativen Projekttag gestalten. Junge Menschen sollen die Möglichkeit bekommen, sich selbstbestimmt, neugierig und kritisch mit Europas Geschichte, seinen Institutionen und den großen Herausforderungen unserer Zeit auseinanderzusetzen. Der Europatag kann jedes Jahr unter einem neuen thematischen Schwerpunkt stehen, etwa Klima, Demokratie, Migration oder Digitalisierung, und so immer wieder neue Perspektiven öffnen.

Wir möchten außerdem mit einem Pilotprojekt „Europatag frei!“ in den kommunalen Verwaltungen, Schulen und kreiseigenen Betrieben Freiräume schaffen, damit europäische Ideen sichtbar werden können. Dieser Tag soll

einladen zu offenen Türen, Workshops, Austauschformaten oder Momenten des Erinnerns und Lernens und damit Europa für alle unmittelbar erfahrbar machen.

Mit Europa lokale Chancen schaffen.

Die großen Herausforderungen unserer Zeit enden nicht an Landesgrenzen, und deshalb brauchen wir Antworten, die gemeinsam getragen werden. Klimaschutz, Energiewende und soziale Gerechtigkeit lassen sich nur lösen, wenn Kommunen Verantwortung teilen und voneinander lernen. Wir möchten deshalb dem Covenant of Mayors for Climate and Energy beitreten, einer europaweiten Gemeinschaft von inzwischen über zehntausend Städten und Gemeinden, die sich zu klaren Nachhaltigkeitszielen verpflichtet und ihre Fortschritte transparent macht. So schaffen wir Orientierung, stärken glaubwürdiges Handeln und bringen europäische Zusammenarbeit konkret vor Ort voran.

Um europäische Projekte zu verwirklichen möchten wir die Akquise, Kommunikation und Beratung rund um EU-Fördermittel im Landkreis bündeln und deutlich stärken. Dafür planen wir, diese Aufgaben fest zu verankern, damit Informationen nicht verstreut bleiben, sondern für Kommunen, Vereine und Initiativen gut erreichbar sind. Unser Ziel ist es, durch Kofinanzierungen den Kreishaushalt zu entlasten und Projekte zu ermöglichen, die ohne europäische Unterstützung gar nicht oder erst viel später realisierbar wären. Gleichzeitig wollen wir die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Kommunen ausbauen, um gemeinsam Förderanträge zu stellen und zusätzliche Potenziale zu erschließen. So öffnen wir Türen zu Chancen, die unser Landkreis allein nie erreichen könnte, und machen Europa auch finanziell vor Ort wirksam.

Jedes Jahr stehen europaweit weitere enorme Summen bereit, doch der Weg dorthin ist oft kompliziert und vielen Vereinen, Schulen oder Betrieben fehlt schlicht die Zeit oder Expertise, um diese Chancen zu nutzen. Wir wollen deshalb ein kreisweites EU-Förderungsbüro im Kreis aufbauen, das Orientierung bietet, Projekte begleitet und Menschen durch den gesamten Prozess führt. Dort sollen Ideen gesammelt, passende Programme gefunden und Förderchancen frühzeitig kommuniziert werden.

**BETEILIGUNG
NEU
DENKEN.**

Demokratie lebt davon, dass Menschen mitreden können – nicht nur dann, wenn gewählt wird. Viele Menschen im Landkreis haben Ideen, Anliegen oder Kritik, finden aber kaum Wege, sich einzubringen. Beteiligungsprozesse starten oft zu spät, Mitsprache wirkt unverbindlich und digitale Angebote bleiben hinter den Möglichkeiten zurück. Besonders junge Menschen erleben, dass ihre Stimme zwar gehört werden soll, aber zu selten wirklich etwas bewirkt. Genau das wollen wir ändern.

Wir setzen uns dafür ein, politische Entscheidungen transparenter, früher und zugänglicher zu gestalten. Beteiligung soll nicht von Zufällen oder Einzelinitiativen abhängen, sondern ein fester Bestandteil kommunaler Politik werden – analog in Schulen, Vereinen und Ortszentren und digital über klare, nutzer*innenfreundliche Plattformen. Unser Ziel ist eine Demokratie, die Menschen einlädt, ermutigt und ernst nimmt: auf Augenhöhe, im Alltag und bei den großen Zukunftsfragen. So rücken wir kommunale Entscheidungen wieder näher an die Menschen – und schaffen eine politische Kultur, die Teilhabe nicht verspricht, sondern ermöglicht.

Gemeinsam entscheiden.

Wir wollen, dass Bürger*innen nicht nur dann gefragt werden, wenn es um Straßennamen oder Verkehrsschilder geht, sondern auch dort, wo es wirklich um die Zukunft des Landkreises geht: bei Investitionen, großen Bauprojekten und sozialen Leitlinien. Deshalb setzen wir uns für ein kommunales Bürger*innenbudget ein. Ein fest definierter Teil des Haushalts soll von den Menschen im Landkreis selbst gestaltet werden. In einer jährlichen Abstimmungsphase entscheiden sie über die Projekte, die umgesetzt werden sollen; eine regelmäßige Evaluation stellt sicher, dass Budget und Verfahren nachjustiert werden können, wenn es nötig ist.

Damit diese Form der direkten Demokratie wirklich allen offensteht, möchten wir analoge Entscheidungsprozesse durch digitale und mobile Abstimmungen ergänzen. So erreichen wir Menschen, die bislang kaum teilnehmen konnten – etwa Jüngere, mobilitätseingeschränkte Personen oder Menschen mit wenig Zeit. Voraussetzung dafür sind barrierefreie Anwendungen, klare rechtliche Standards und ein konsequenter Datenschutz. Was es vor allem braucht, ist der politische Wille, diese Möglichkeiten zu eröffnen.

Darüber hinaus möchten wir Bürger*innenräte etablieren, die die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegeln: Jugendbeiräte, Vereinsbeiräte oder Senior*innenbeiräte, die regelmäßig in politische Entscheidungen eingebunden

werden. Diese Gremien sollen nicht dekorativ sein, sondern mit verbindlichen Anhörungsrechten im Kreisausschuss oder im Plenum eine echte beratende Funktion erhalten. So entsteht ein kontinuierlicher Dialog zwischen Politik und Bevölkerung, der Entscheidungen nachvollziehbarer und Perspektiven breiter macht.

Ein Partizipationsfonds soll zusätzliche Unterstützung bieten. Bürgerinitiativen, die neue Formate der Mitbestimmung ausprobieren wollen, erhalten dadurch finanzielle Mittel, um ihre Ideen umzusetzen. Auf diese Weise wächst eine Kultur der Beteiligung, die nicht bei Wahlterminen endet, sondern den Alltag der kommunalen Demokratie prägt.

Best Practice: Eberswalde

In der brandenburgischen Stadt Eberswalde (41.000 Einwohner*innen) gibt es seit 2013 ein Bürger*innenbudget. Alle Bürger*innen über 14 Jahre können Vorschläge einreichen. Für die Projekte stehen mindestens 50.000 Euro zur Verfügung. Die Abstimmung erfolgt einmal jährlich.

Best Practice: Detmold

Seit Sommer 2020 wird die Open-Source-Software CONSUL in Detmold für eine bessere Bürger*innenbeteiligung genutzt. Detmold war die erste Stadt in Deutschland, die diese Software verwendet. Mittlerweile tun es ihr 38 Städte und Kreise gleich. CONSUL wurde von der EU und der UN ausgezeichnet und kommt weltweit in mehr als 150 Städten zum Einsatz.

Junge Stimmen stärken.

Junge Menschen sind nicht nur die Zukunft, sondern bereits heute ein wichtiger Teil politischer Entscheidungen. Ihre Sichtweisen sind unverzichtbar für eine gerechte und generationengerechte Kommunalpolitik. Deshalb wollen wir in allen 19 Städten und Gemeinden Jugendparlamente aufbauen und stärken. Diese Gremien sollen echte Wirkung entfalten und nicht nur symbolisch bestehen. Sie erhalten ein eigenes Budget, ein verbindliches Antragsrecht und die Garantie, bei jugendrelevanten Themen eingeladen und gehört zu werden.

Damit auch der Landkreis als Ganzes von jungen Stimmen profitiert, setzen wir uns für die Gründung eines kreisweiten Jugendparlaments ein. Die Arbeit der lokalen Gremien wird transparent dokumentiert und online zugänglich gemacht, sodass

Entwicklungen nachvollziehbar bleiben und Jugendliche sich gegenseitig inspirieren können.

Wir wissen, dass Beteiligung nicht von selbst entsteht. Sie braucht Wissen, Strukturen und verlässliche Ansprechpersonen. Deshalb wollen wir eine kommunale Fach- und Servicestelle für Partizipationsprojekte schaffen, gemeinsam getragen von Stadt und regionalen Partnern. Diese Stelle soll Trägerinnen beraten, Projekte koordinieren und neue Formate entwickeln – von moderierten Workshops bis hin zu Planspielen, die politische Prozesse greifbar machen. Zusätzlich unterstützen wir regelmäßige Schulungen für Jugendliche, damit sie in Rhetorik, Antragswesen und Medienarbeit sicher auftreten können und ihre Anliegen selbstbewusst vertreten.

Beteiligung leicht gemacht.

Politische Beteiligung soll für alle Menschen im Landkreis verständlich, zugänglich und unkompliziert sein. Wir wollen digitale Meldesysteme ausbauen, über die Anregungen, Ideen oder Beschwerden niedrigschwellig eingereicht werden können. Diese Rückmeldungen müssen ernst genommen, transparent dokumentiert und verlässlich beantwortet werden, damit Vertrauen entsteht und Beteiligung tatsächlich Wirkung entfaltet.

Damit politische Teilhabe nicht zur Suche im Behördenlabyrinth wird, möchten wir ein Bürger*innenbüro für Beteiligung schaffen. Es dient als reale und digitale Anlaufstelle für alle Fragen rund ums Mitmachen, informiert über laufende Prozesse und zeigt konkrete Wege auf, wie Menschen sich aktiv einbringen können. Ansprechpersonen, klare Abläufe und verständliche Kommunikation machen politische Beteiligung dadurch greifbar.

Ergänzend wollen wir ein kommunales Beteiligungshandbuch entwickeln – als digitale und analoge Broschüre, die kurz und verständlich erklärt, wie Beteiligung funktioniert, wo sie stattfindet und wann sich ein Einstieg lohnt. Beteiligung wird so nicht nur ermöglicht, sondern auf Augenhöhe ermutigt.

Bessere Daten für bessere Politik.

Demokratische Entscheidungen werden besser, wenn sie auf echter Erfahrung und ehrlicher Rückmeldung beruhen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Bürger*innen

regelmäßig zu ihren Perspektiven zu befragen. Diese Umfragen sollen wissenschaftlich begleitet werden und als verbindliche Grundlage in politische Prozesse einfließen, damit die Lebensrealität der Menschen nicht überhört, sondern sichtbar wird.

Die Ergebnisse dürfen nicht in Schubladen verschwinden, sondern müssen aktiv genutzt werden. Wir wollen, dass sie verpflichtend im Kreistag diskutiert werden und politische Entscheidungen prägen. Innerhalb von acht Wochen soll die Verwaltung zudem ein Reaktionspapier vorlegen, das aufzeigt, welche Schlüsse gezogen und welche Schritte eingeleitet werden. So entsteht ein sichtbarer Kreislauf zwischen Beteiligung und Wirkung und unsere Bürger*innen erfahren, dass ihre Stimme nicht nur gehört wird, sondern etwas verändert.

**GEMEINSAM
STARK.**

Soziale Gerechtigkeit entsteht dort, wo Solidarität gelebt wird und niemand durchs Raster fällt. Wir setzen auf einen Landkreis, in dem Menschen nicht nur Rücksicht erfahren, sondern gezielt Unterstützung, wenn sie darauf angewiesen sind. Zukunftsperspektiven dürfen keine Frage von Alter, Herkunft oder sozialer Lage sein. Jeder Mensch – ob jung oder alt, arbeitssuchend, geflüchtet oder obdachlos – soll die Chance haben, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und sich willkommen zu fühlen.

Armut, Einsamkeit oder Unsicherheit sind keine individuellen Schwächen, sondern Herausforderungen, die wir nur gemeinsam lösen können. Limburg-Weilburg soll ein Ort sein, an dem Menschen nicht an Hürden scheitern, sondern Halt, Orientierung und echte Möglichkeiten finden. Soziale Teilhabe ist kein Randthema, sondern Kern unserer gemeinsamen Verantwortung.

Teilhabe von Anfang an.

Soziale Teilhabe bedeutet, dass alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von Herkunft oder Einkommen die gleichen Chancen haben, sich auszuprobieren, Freunde zu finden und sich in ihrer Persönlichkeit zu entfalten. In Limburg-Weilburg begegnen sich junge Menschen mit ganz unterschiedlichen Lebensrealitäten, und gerade diese Vielfalt macht unsere Gemeinschaft stark. Ferienprogramme, Vereine, Jugendzentren und kulturelle Angebote schaffen Räume, in denen Begegnung entsteht und neue Erfahrungen möglich werden.

Für viele Familien wird die Teilnahme an solchen Angeboten jedoch zur finanziellen Hürde. Steigende Kosten führen dazu, dass Kinder außen vor bleiben – obwohl sie ein Recht auf Freizeit, Spiel und kulturelles Leben haben, wie es die UN-Kinderrechtskonvention klar formuliert. Wir wollen diesem Ausschluss entschlossen entgegenwirken und soziale Herkunft nicht länger zum entscheidenden Faktor für Teilhabe werden lassen.

Unser Ziel ist ein Landkreis, in dem Freizeit-, Kultur- und Bildungsangebote verlässlich bestehen, gut erreichbar sind und von allen genutzt werden können. So stärken wir nicht nur die soziale Entwicklung junger Menschen, sondern auch ihre physische und psychische Gesundheit sowie ihre Zukunftsperspektiven in unserer Gemeinschaft.

Dazu möchten wir kommunale Mittel gezielt einsetzen und finanzielle Unterstützung dort bereitstellen, wo sie gebraucht wird. Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Haushalten sollen kostenfrei an Ferienangeboten teilnehmen

können und bei Vereinsbeiträgen oder anderen Freizeitaktivitäten entlastet werden.

Damit diese Chancen auch wirklich ankommen, braucht es starke Partnerschaften. Wir wollen Vereine, Jugendhilfeeinrichtungen und freie Träger enger einbinden, Kooperationen fördern und gute Projekte zuverlässig finanzieren. Ebenso wichtig ist ein einfacher Zugang zu Informationen über bestehende Angebote über Schulen, digitale Plattformen und eine vernetzte Kommunikation im gesamten Kreis.

Perspektivisch möchten wir ein eigenes Förderprogramm für außerschulische Bildung und Freizeit schaffen, das gemeinsam mit allen beteiligten Akteur*innen weiterentwickelt wird. So entsteht eine lebendige, vielfältige und solidarische Jugendlandschaft, in der niemand wegen des Geldbeutels der Eltern zurückbleibt.

Best Practice: Monheim

In Monheim am Niederrhein gibt es das Projekt „Mo.Ki.“, das die Stadt gemeinsam mit der AWO zur Bekämpfung von Kinderarmut umgesetzt hat. Je nach den unterschiedlichen Bedürfnissen bekommen die Kinder und ihre Familien passende Unterstützungsangebote. Es gibt Elterncafés mit externen Beratungskräften, Schulsozialarbeiter*innen und Schulpsycholog*innen, Angebote der Jugendberufshilfe und inKrisen und schwierigen Situationen erhalten die Familien Unterstützung und Beratung von der Stadt.

Zukunftsberuf Sozialarbeit.

Soziale Arbeit funktioniert nur, wenn die Menschen, die sie tragen, gute Bedingungen vorfinden. Doch der Fachkräftemangel trifft unseren Landkreis zunehmend hart. In Jugendämtern, sozialen Einrichtungen und der Kinder- und Jugendhilfe arbeiten Teams längst am Limit. Diese Belastung gefährdet nicht nur die Gesundheit der Mitarbeitenden, sondern auch die Qualität der Unterstützung, die Kinder und Familien dringend brauchen. Wenn wir den Kinderschutz ernst nehmen, führt an einer deutlichen Personalaufstockung kein Weg vorbei.

Damit Fachkräfte verlässlich arbeiten können, muss das Hilfesystem finanziell gestärkt und strukturell entlastet werden. Unser Ziel ist es, stabile Beziehungen zwischen Fachkräften und Familien zu ermöglichen, Arbeitsdruck zu reduzieren und Sicherheit im beruflichen Alltag herzustellen. Nur so können Hilfen frühzeitig greifen und professionell umgesetzt werden. Ein modernes, funktionierendes

Sozialsystem braucht dafür ausreichend Zeit, verlässliche Strukturen und Räume für reflektierte Arbeit.

Der Weg dorthin beginnt bei den Arbeitsbedingungen. Wir setzen uns für eine weiterentwickelte Ausbildung ein, die den Beruf attraktiver macht und Zugangshürden senkt. Eine vergütete, auf drei Jahre verkürzte Ausbildung zur staatlich anerkannten Erzieher*in eröffnet neue Chancen – auch für Menschen mit mittlerem Schulabschluss, die so ohne zusätzliche Umwege qualifiziert einsteigen können. Gleichzeitig braucht es faire Vergütungen, klare Karriereperspektiven und regelmäßige Tarifsteigerungen, damit Fachkräfte bleiben und neue gewonnen werden können.

Soziale Arbeit ist anspruchsvoll und oft emotional belastend. Deshalb möchten wir verbindliche Supervisionsangebote und Gesundheitsprogramme in allen sozialen Einrichtungen und Jugendämtern verankern. Fachkräfte brauchen Unterstützung, um langfristig gesund zu bleiben und ihre Verantwortung gegenüber Kindern und Familien gut erfüllen zu können.

Gesellschaftliche Anerkennung entsteht nicht allein durch Worte, sondern durch echte Verbesserungen im Alltag derjenigen, die diese wichtige Arbeit leisten. Eine starke Kinder- und Jugendhilfe ist kein Kostenfaktor, sondern eine unverzichtbare Investition in den sozialen Zusammenhalt unseres Landkreises.

Arbeit - mit dem Leben vereinbar.

Diversität und Familienfreundlichkeit sind kein nettes Gimmick, sondern ein zentraler Standortfaktor – gerade in Zeiten von Fachkräftemangel, steigenden Anforderungen und wachsender gesellschaftlicher Vielfalt. Unser Kreis kann hier Maßstäbe setzen.

Kommunen haben mehr Einfluss, als oft gedacht. Sie können Einstellungsverfahren transparenter, diskriminierungsfrei und barrierearm gestalten – mit anonymisierten Bewerbungen, divers besetzten Auswahlgremien und klaren Leitlinien für faire Entscheidungen. Schulungen zu Antidiskriminierung und interkultureller Kompetenz stärken eine Verwaltung, die die Vielfalt der Bevölkerung widerspiegelt. Und durch gezielte Kooperationen mit Schulen, Hochschulen und Migrant*innenorganisationen werden Talente angesprochen, die bisher zu selten erreicht werden.

Gleichzeitig braucht es Arbeitsbedingungen, die Familienleben und Beruf tatsächlich vereinbar machen. Flexible Arbeitszeitmodelle, verlässliche Teilzeitoptionen, Jobsharing, mobile Arbeit, moderne Arbeitsplätze und ein aktives betriebliches Gesundheitsmanagement sorgen dafür, dass Mitarbeitende nicht zwischen Karriere und Familienalltag wählen müssen. Kommunale Arbeitgeber können zudem mit betrieblichen Kinderbetreuungsangeboten, Ferienprogrammen oder erweiterten Elternzeitmodellen echte Entlastung schaffen – gerade für Alleinerziehende oder Familien mit unregelmäßigen Arbeitszeiten.

Für Städte und Gemeinden ist dieser Wandel ein Gewinn: Eine diverse, familienfreundliche Verwaltung ist innovativer, attraktiver und näher an den Menschen, die sie vertritt. Limburg-Weilburg kann zeigen, wie ein öffentlicher Arbeitgeber zum zeitgemäßen Vorbild wird. Ein Arbeitsplatz, der Vielfalt stärkt und Familien entlastet, ist nicht nur fairer, sondern auch zukunftsfähiger.

Neue Chancen für Arbeit.

Der Arbeitsmarkt im Kreis Limburg-Weilburg steht vor großen Veränderungen – und bietet zugleich Chancen für eine sozial gerechte und zukunftsfähige Politik. Der Fachkräftemangel trifft unsere Region spürbar: Qualifiziertes Personal fehlt in Verwaltung, Pflege, Bildung, Bau und Digitalisierung. Gleichzeitig belasten langwierige Verfahren, fehlende Planungssicherheit und eine schwächelnde Konjunktur die kommunalen Haushalte. Der demografische Wandel verschärft diese Entwicklung zusätzlich, weil mit dem Ruhestand der Babyboomer viele erfahrene Arbeitskräfte wegfallen.

Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen und trifft besonders Menschen im Bereich der Grundsicherung. Im November 2025 lag die Quote bei 5,3 Prozent, fast zwei Drittel davon im SGB-II-Bezug. Gerade für diese Menschen ist die kommunale Arbeitsmarktpolitik entscheidend, denn der Kreis gestaltet die Strategie der Jobcenter aktiv mit und trägt einen erheblichen Teil der Finanzierung. Trotzdem wurde das Thema in der Kommunalpolitik lange unterschätzt.

Wir orientieren uns an der bundesweiten Volt-Strategie für eine moderne, sozial gerechte Arbeitsmarktpolitik. Wir möchten weg von kurzfristigen Vermittlungszielen und hin zu langfristiger Qualifizierung, Empowerment und echter Perspektivbildung. Eine moderne Arbeitsmarktpolitik stärkt digitale Kompetenzen, ermöglicht niedrigschwellige Weiterbildung und bietet psychologische Unterstützung, damit Menschen nicht nur irgendeinen Job finden, sondern nachhaltig im Erwerbsleben Fuß fassen.

Im Jobcenter setzen wir uns dafür ein, Qualifizierung endlich zur Priorität zu machen. Auch nach Abschaffung des Vermittlungsvorrangs liegt der Fokus in Beratungsgesprächen häufig auf schneller Arbeitsaufnahme, obwohl Weiterbildung oft der nachhaltigere Weg ist. Hier braucht es klare Leitlinien der Trägerversammlung und eine bessere Sensibilisierung der Mitarbeitenden. Die Schulungsangebote der Bundesagentur für Arbeit existieren bereits – der Kreis muss jedoch die Finanzierung übernehmen. Wir möchten diese Mittel bereitstellen, damit Beratungsteams im Jobcenter Menschen kompetent zu Weiterbildungen, Umschulungen und neuen Berufswegen begleiten können.

Für Arbeitslose entstehen durch Qualifizierungen keine zusätzlichen Kosten, denn seit 2025 übernimmt sie die Bundesagentur für Arbeit komplett. Damit ergibt sich für den Kreis eine klare Chance: Durch bessere Beratung, stärkere Weiterbildung und konsequente Nutzung bestehender Förderinstrumente kann der lokale Arbeitsmarkt gestärkt werden, ohne die kommunalen Finanzen zusätzlich zu belasten.

Best Practice: Düsseldorf

Das Jobcenter Düsseldorf ist hier ein Vorreiter. Extra ausgebildete Coaches beraten hier zu Weiterbildung und begleiten den gesamten Prozess. Zur Motivation werden bei bestandener Zwischenprüfung und bei erfolgreichem Abschluss Ausbildungsprämien gezahlt – steuerfrei und nicht angerechnet auf das Bürgergeld.

Wohnungslosigkeit verhindern.

Jeder Mensch hat ein Recht auf Wohnen. Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte formuliert das eindeutig und erinnert uns daran, dass Kommunen nicht nur verwalten, sondern schützen und ermöglichen sollen. Dennoch steigt die Zahl der obdachlosen Menschen – in Hessen, im Landkreis Limburg-Weilburg und selbst in Limburg, wo 2022 rund 120 Personen betroffen waren und manche nicht einmal eine Notunterkunft erhielten.

Wohnungslosigkeit ist kein individuelles Versagen, sondern ein gesellschaftliches Warnsignal. Wer sein Zuhause verliert, trägt ein höheres Risiko für Sucht, Krankheit oder psychische Belastungen. Oft kommt der Verlust des Arbeitsplatzes hinzu, Bewerbungen scheitern, Perspektiven bröckeln – und gleichzeitig steigen die Kosten für öffentliche Systeme. Prävention ist nicht nur menschlich geboten,

sondern volkswirtschaftlich sinnvoll. Wir müssen diesen Kreislauf durchbrechen und Wege in Sicherheit und Selbstständigkeit eröffnen.

Dafür braucht es ausreichend bezahlbaren Wohnraum, der Menschen nicht ausgrenzt, sondern Stabilität bietet. Eine nachhaltige Strategie gegen Wohnungslosigkeit gelingt nur, wenn Hilfe schnell, unbürokratisch und individuell zugänglich ist. Menschen müssen dort abgeholt werden, wo sie sind – mit Respekt, mit Zeit und mit realen Perspektiven. Sozialarbeiter*innen spielen dabei eine Schlüsselrolle. Sie begleiten Betroffene persönlich, unterstützen bei Behördengängen, helfen bei der Jobsuche und schaffen Vertrauen, das den Weg zurück in ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht.

Auch praktische Unterstützung gehört dazu. Wir möchten sichere und kostengünstige Schließfächer mit Ladefunktion bereitstellen, damit persönliche Dokumente geschützt sind und digitale Teilhabe nicht am Akku scheitert. Kommunikation, Terminorganisation und Jobsuche funktionieren nur, wenn Menschen Zugang zu Strom und digitalen Diensten haben. Besonders gefährdet sind Geflüchtete, die zusätzlich mit Diskriminierung, Bürokratie und Sprachbarrieren konfrontiert sind. Auch sie brauchen gezielte Unterstützung, damit Wohnungslosigkeit gar nicht erst entsteht. Prävention ist der wirksamste Schutz.

Deshalb wollen wir in unserem Landkreis Housing First etablieren und in die Regelfinanzierung überführen. Dieser Ansatz ermöglicht wohnungslosen Menschen sofortigen und bedingungslosen Zugang zu einer Wohnung – ohne entwürdigende Nachweise oder Prüfungen, ob jemand „wohnfähig“ sei. Zahlreiche europäische Städte zeigen, wie erfolgreich dieses Modell ist: Rund 80 Prozent der Teilnehmenden behalten ihre Wohnung langfristig und finden Stabilität zurück. Private und kommunale Wohnungsunternehmen sollen daran beteiligt werden, ebenso wie staatlich angemietete oder neu gebaute Sozialwohnungen. Die Verteilung über das gesamte Kreisgebiet verhindert soziale Brennpunkte und stärkt gelingende Integration.

Wohnen ist weit mehr als ein Dach über dem Kopf – es ist Sicherheit, Gesundheit, Würde und die Grundlage für echte Teilhabe. Eine starke Kommune schützt dieses Recht, gestaltet Wohnpolitik aktiv und lässt niemanden zurück.

Best Practice: Finnland

Überall in Europa steigt die Zahl der Obdachlosen – nur in Finnland leben immer weniger Menschen auf der Straße. Der Grund dafür ist das Housing-First-Prinzip. Die Menschen erhalten zunächst eine Wohnung, dann kommt der Rest. In

Deutschland läuft das noch anders: Bevor Obdachlose über Hilfsprogramme eine Wohnung bekommen, müssen sie erst einmal ihre Wohnfähigkeit beweisen. Housing-First-Projekte sind in der Regel erfolgreich. Je nach Projekt leben 78 bis 90% der ehemals Obdachlosen auch nach zwei Jahren noch in den Wohnungen und werden psychisch stabiler.

Starke Unterstützung sichern.

Ein sozialer Landkreis zeigt sich dort, wo Menschen Unterstützung finden, bevor Probleme existenzbedrohend werden. Soziale Einrichtungen leisten genau das: Sie schützen, begleiten und stabilisieren Familien, Alleinerziehende, ältere Menschen und alle, die ins Straucheln geraten. Diese Einrichtungen sind kein Randthema; Sie sind ein unverzichtbarer Teil der kommunalen Daseinsvorsorge.

Wir wollen deshalb, dass Limburg-Weilburg soziale Infrastruktur konsequent stärkt. Das bedeutet verlässliche Finanzierung statt jährlicher Unsicherheiten, moderne Arbeitsbedingungen für Fachkräfte und Räume, die Sicherheit und Würde bieten. Frauenhäuser brauchen ausreichend Plätze, anonyme Schutzwohnungen und eine 24/7-Erreichbarkeit. Dauerwohneinrichtungen benötigen personelle Stabilität und kommunale Unterstützung bei Übergängen in eigenständiges Wohnen. Zudem verdienen Tafeln und Sozialkaufhäuser mehr als nur Anerkennung. Sie brauchen logistische Hilfe, gute Ausstattung und faire Mietbedingungen.

Genauso wichtig ist die präventive Arbeit: Schuldnerberatungen, psychosoziale Hilfsdienste und Armutspräventionsprogramme müssen für alle erreichbar sein – niederschwellig, kostenfrei und ohne Stigmatisierung. Kommunale Soziallots*innen, mobile Beratungsteams und digitale Zugänge können dafür sorgen, dass Hilfen früher greifen und Familien gar nicht erst in den sozialen Abstieg rutschen.

Best Practice: Lüneburg

Der Landkreis Lüneburg betreibt zusammen mit einem freien Träger ein interkommunales Frauenhaus mit 24/7-Betreuung, Trauma-Fachberatung und aufsuchender Nachsorge.

Best Practice: Berlin 

Der Berliner Senat stellt nicht nur Fördermittel für Notunterkünfte sondern führt über das öffentliche Kältehilfeportal eine zentrale Übersicht über freie Schlafplätze, Ansprechpersonen und Zugänge zu Hilfen. Diese koordinierende Rolle der öffentlichen Hand stellt sicher, dass zivilgesellschaftliche Initiativen effektiv, ressourcenschonend und bedarfsgerecht zusammenarbeiten.

Mahlzeiten für alle zugänglich machen.

Wer soziale Sicherheit ernst nimmt, muss auch für Ernährungssicherheit sorgen. Die Lebensmittelhilfen im Landkreis leisten Großartiges – getragen von Ehrenamtlichen, die längst an ihre Grenzen stoßen. Dankbarkeit reicht da nicht. Limburg-Weilburg braucht eine klare kommunale Mitverantwortung.

Wir wollen, dass der Landkreis diese Hilfen spürbar entlastet: mit verlässlicher Finanzierung, logistischer Unterstützung, professionellen Lagermöglichkeiten und der Übernahme organisatorischer Aufgaben, die bisher allein Ehrenamtliche stemmen. So bleibt niemand hungrig und niemand wird stigmatisiert.

Dazu gehört ein neues Angebot: mindestens eine öffentlich zugängliche, preisgünstige Kantine. Ein Ort, an dem alle gut essen können und das unabhängig vom Einkommen. Eine solche Kantine schafft Entlastung, Begegnung und echten sozialen Ausgleich.

Mit einer aktiven Verantwortung für die Lebensmittelversorgung zeigt Limburg-Weilburg, dass soziale Politik nicht bei warmen Worten stehen bleibt, sondern im Alltag wirkt und wirklich niemanden zurücklässt.

Best Practice: Dresden 

Das Projekt „Tag2wo Vortagsbäckerei & Kulturcafé“ ist über eine Crowdfunding-Kampagne finanziert. Ziel ist es, einen Ort zu schaffen, der sowohl eine nachhaltige und preiswerte Bäckerei als auch ein Kulturcafé umfasst. Er bietet einen Treffpunkt für Menschen, die Wert auf gute Backwaren, Kaffee und Kultur legen. Gleichzeitig ist ein Raum für kulturelle Veranstaltungen wie Lesungen, Musik und Workshops entstanden.

**GESUND BLEIBEN.
GUT VERSORGT
SEIN.**

In vielen Teilen des Landkreises wird deutlich, wie sehr die Gesundheitsversorgung unter Druck steht. Hausärzt*innen fehlen, Fachtermine sind schwer zu bekommen und gerade ländliche Gebiete spüren die Engpässe besonders stark. Medizinische Einrichtungen arbeiten an ihrer Belastungsgrenze, mobile Angebote sind kaum vorhanden und psychische Gesundheit bleibt häufig unsichtbar. Gleichzeitig führt der Personalmangel in der Pflege zu Unsicherheit, digitale Lösungen kommen nur schleppend voran und nicht alle Menschen finden gleich leicht Zugang zu Beratung, Prävention oder Bewegung. Viele fragen sich zudem, wer im Ernstfall unterstützt, wo Anträge gestellt werden können und welche Hilfen überhaupt verfügbar sind.

Wir möchten diese Situation grundlegend verbessern. Gesundheit soll dort stattfinden, wo die Menschen leben, und zwar nah, solidarisch und zeitgemäß. Mit innovativen Ansätzen, konsequenter Digitalisierung und einem klaren Blick auf bestehende Versorgungslücken wollen wir eine Gesundheitslandschaft gestalten, die niemanden zurücklässt. Prävention soll eine größere Rolle spielen, Zugänge sollen leichter werden und die Versorgung soll sich stärker an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Ein Gesundheitssystem, das menschlich und verlässlich arbeitet, ist für uns ein zentraler Baustein einer lebenswerten Zukunft im Landkreis.

Gute Versorgung - überall und für alle.

Gesundheit ist für uns ein zentraler Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge und gehört in verantwortungsvolle Hände. Wir möchten eine flächendeckende Versorgung erreichen, die wohnortnah funktioniert, digital sinnvoll ergänzt wird und solidarisch organisiert ist. Dafür soll das Gesundheitsamt gestärkt werden – mit ausreichend Personal, niedrigschwelliger Beratung und kostenfreien Testangeboten, etwa im Bereich sexuell übertragbarer Erkrankungen. Auch Fachpraxen für geschlechtsspezifische Erkrankungen sollen besser unterstützt werden. Für Menschen ohne festen Wohnsitz wollen wir mobile Gesundheitsangebote dauerhaft etablieren, die Beratung, Untersuchungen und Impfungen möglich machen und bei Bedarf auch digitale Sprechstunden anbieten.

Eine gerechte Gesundheitsversorgung braucht moderne Strukturen, die Zugänge erleichtern und Ärzt*innen entlasten. Wir setzen uns daher für hausärztlich-zentrierte Versorgungskonzepte und Pflege-Assistenzmodelle wie AGnES (Arztentlastende, Gemeindenähe, E-Health-gestützte, Systemische Intervention) oder VERAH (Versorgungsassistent*in in der Hausarztpraxis) ein, damit medizinische Teams vor Ort mehr Zeit für ihre Patient*innen gewinnen.

Ergänzend dazu soll eine kommunale Recruiting-Kampagne den Landkreis für medizinisches Fachpersonal attraktiver machen. Elektronische Terminvergaben, digitalisierte Abläufe und mobile Gesundheitszentren verstehen wir als zeitgemäße Ergänzungen zu bestehenden Angeboten.

Wer medizinische Hilfe benötigt, muss sie auch erreichen können. Eine regionale Koordinationsstelle kann Behandlungskapazitäten übersichtlicher machen und dafür sorgen, dass Menschen schneller dorthin gelangen, wo sie Unterstützung finden. Wir wollen kommunale Fahrdienste zu Fachterminen einführen, insbesondere für ältere oder mobil eingeschränkte Menschen. Sie profitieren unmittelbar davon, wenn Wege kürzer und Hilfen zuverlässiger werden.

Wo Rettungsdienste und Notarztstrukturen ungleich verteilt sind, möchten wir für Ausgleich sorgen. Einheitliche Qualitätsstandards und eine strategische Planung der Pflege- und Versorgungsstrukturen sollen dafür sorgen, dass der Zugang zu medizinischer Hilfe nicht vom Wohnort abhängt. Vergünstigte kommunale Praxisräume sollen die Niederlassung von Ärztinnen und Ärzten im ländlichen Raum erleichtern, und Bürger*innenzentren können als flexible Räume für mobile Praxen oder Gesundheitschecks genutzt werden.

Um Stärken und Schwachstellen im regionalen Gesundheitssystem kontinuierlich sichtbar zu machen, möchten wir ein Gesundheitsmonitoring einführen. Die Ergebnisse sollen von einem Gesundheitsbeirat ausgewertet werden, in dem Fachleute und Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft gemeinsam beraten, wie Versorgungslücken geschlossen und gute Modelle weiterentwickelt werden können.

Best Practice: Ammerland 🇩🇪, Cloppenburg 🇩🇪, Vechta 🇩🇪 & Oldenburg 🇩🇪

Die norddeutschen Gemeinden haben zum ressourcenschonenden Umgang mit den zur Verfügung stehenden Rettungsmitteln die Rolle der Gemeinde-Notfallsanitäter*innen etabliert. Sie sind Bestandteil des regulären Rettungsdienstes, behandeln die Patienten und koordinieren die Hilfe vor Ort zwischen dem Hausarzt, dem Krankenhaus, dem Altenheim, dem Pflegedienst oder - falls notwendig - auch dem rettungsdienstlichen Transport.

Digitale Lösungen für eine moderne Medizin.

Telemedizin ist längst Teil des Alltags und kann Versorgung spürbar verbessern, wenn sie klug eingesetzt wird. Wir möchten sie als Ergänzung nutzen, nicht als

Ersatz, und darauf achten, dass niemand durch fehlende Geräte oder mangelnde digitale Kenntnisse ausgeschlossen wird. Gerade im ländlichen Raum braucht es mobile Teams, die persönlich erreichbar sind und digital unterstützt Versorgungslücken schließen.

Unser Ziel ist ein verlässliches Netzwerk aus Gesundheitszentren, mobilen Einheiten und digitalen Schnittstellen, das den Zugang erleichtert und Abläufe beschleunigt. Digitale Terminvergabe und Beratung können Zeit sparen, ohne die freie Wahl der Ärzt*innen einzuschränken. Moderne Werkzeuge sollen den Weg zur Versorgung erleichtern, doch entscheidend bleibt der menschliche Umgang.

Damit niemand auf dem digitalen Weg zurückbleibt, möchten wir ein kommunales Telemedizin-Hub schaffen, das stationär und mobil arbeitet. Dort sollen Bürger*innen Unterstützung bei der Nutzung digitaler Gesundheitsdienste erhalten. eHealth-Pat*innen können helfen, Geräte einzurichten, Anwendungen zu erklären und Unsicherheiten abzubauen. Voraussetzung dafür ist eine stabile WLAN- und Ladeinfrastruktur, die Telemedizin auch unterwegs verlässlich macht und allen Menschen den Zugang zu moderner Gesundheitsversorgung ermöglicht.

Psychische Gesundheit ernst nehmen.

Psychische Gesundheit darf kein Tabu sein. Sie ist ein wesentlicher Bestandteil eines ganzheitlichen Gesundheitsverständnisses und braucht endlich dieselbe Aufmerksamkeit wie körperliche Erkrankungen. Wir möchten den Zugang zu Psychotherapie spürbar erleichtern und setzen uns bei den zuständigen Stellen dafür ein, dass mehr Kassensitze geschaffen, neue Praxen gezielt gefördert und langfristige Strategien zur Versorgung entwickelt werden. Ergänzend wollen wir anonyme digitale Erstgespräche stärken, damit Menschen niedrigschwellig Unterstützung finden können, ohne zuvor einen Arzttermin vereinbaren zu müssen.

Frühe Hilfe kann entscheidend sein. Deshalb möchten wir Beratungsteams an Schulen ausbauen, Lehrkräfte besser schulen und psychosoziale Ersthelferinnen und Ersthelfer in enger Zusammenarbeit mit sozialpädagogischen Fachkräften fördern. Spezialisierte Gesprächsangebote für Jugendliche in schwierigen Situationen sollen diese Maßnahmen sinnvoll ergänzen und Belastungen früh abfedern.

Um einer Stigmatisierung aktiv entgegenzuwirken, wollen wir eine kommunale Aufklärungskampagne starten, die mit persönlichen Erfahrungsberichten,

Veranstaltungen und digitalen Formaten Bewusstsein schafft. Gemeinsam mit Sportvereinen möchten wir zudem Workshops zu Stressbewältigung und mentaler Gesundheit anbieten, damit psychische Resilienz im Alltag wächst und Hilfen dort ankommen, wo sie gebraucht werden.

Gute Pflege in jeder Lebensphase.

Pflege ist für uns keine Ware, sondern eine gemeinsame Verantwortung. Wir möchten eine Pflegepolitik fördern, die Würde, Selbstbestimmung und echte Wahlmöglichkeiten schafft. Dazu gehören vielfältige Pflegeformen und generationenübergreifende Wohnkonzepte, die Menschen im Alltag unterstützen und zugleich Gemeinschaft stärken. Kommunale Pflegewohncoaches sollen dabei helfen, Anträge zu stellen, passende Pflegeformen zu finden oder Wohnräume barrierefrei anzupassen. Kinder und Jugendliche, die Angehörige pflegen, benötigen besondere Aufmerksamkeit, niedrigschwellige Beratung und vor allem mehr Entlastung im Alltag.

Wir wollen zudem die Ausbildung in der Pflege attraktiver machen. Dafür braucht es mehr Ausbildungsplätze, bessere Rahmenbedingungen und bezahlbare Unterkünfte in Wohnortnähe. Kommunale Wohnungsvergabekriterien können hier einen Vorrang schaffen, damit Auszubildende nicht an fehlendem Wohnraum scheitern. Auch im Bereich der Geburtshilfe möchten wir gezielt nachsteuern und den Hebammenmangel durch spezialisierte Ausbildungsangebote reduzieren. Mobile Hebammenstützpunkte können dafür sorgen, dass auch im ländlichen Raum zuverlässige Betreuung möglich ist.

Generationen sollen künftig stärker zusammenwachsen. Generationenzentren können Orte werden, an denen Kita und Pflegeeinrichtung kooperieren, gemeinsame Aktivitäten planen und Nachbarschaften füreinander da sind. In diesen Einrichtungen sollen kommunale Pflegezentren verankert sein, die Kurzzeitpflege, Beratung und alltagsnahe Unterstützung für Angehörige anbieten. Auf diese Weise entsteht ein soziales Netz, das Menschen jeden Alters stärkt und ihnen Sicherheit gibt.

Best Practice: Niederlande

„Buurtzorg“ Modell (übersetzt: Nachbarschaftshilfe): Als ganzheitliche Unterstützung der Pflegebedürftigen, baut diese Organisationsform ein lokales Unterstützungsnetzwerk auf. Sozialarbeitende, Ärzt*innen und Nachbarschaftshilfe-Leistende werden vernetzt. Da Buurtzorg aufgrund eines

anderen Abrechnungssystems mit einem geringeren Dokumentationsaufwand auskommt, liegt der Fokus auf der Versorgung der*des zu Pflegenden. Erste deutsche Modellversuche gibt es bereits in mehreren Städten.

Best Practice: Dänemark

In Dänemark werden seit 1987 keine "klassischen" Pflegeheime mehr gebaut. Stattdessen wird ganz auf ambulante Pflege gesetzt, unterstützt durch moderne Wohnkonzepte. Die Zuständigkeit für die Pflege liegt bei den Kommunen, die die Pflege ganz nach lokalen Bedürfnissen planen. So verbringen dänische Senior*innen einen selbstbestimmten Lebensabend, und das Land gilt als eines der altersfreundlichsten Europas.

Aufklärung, die wirklich wirkt.

Menschen brauchen Orientierung und verlässliche Unterstützung, nicht zusätzliche Hürden. Wir möchten daher unabhängige Beratungsangebote stärken, besonders bei sensiblen Themen wie Schwangerschaftsabbruch, Verhütung oder Sucht. Kommunale Clearingstellen können Betroffene über Möglichkeiten und Voraussetzungen einer Substitutionsbehandlung informieren und sie zu weiteren Hilfen begleiten. Ergänzend wollen wir Gesundheitskioske ausbauen, die insbesondere Menschen ohne Krankenversicherung eine verlässliche Anlaufstelle bieten.

Beratung darf nicht vom Geldbeutel oder vom Zufall abhängen. Deshalb wollen wir barrierefreie und mehrsprachige Angebote schaffen, die in einfacher Sprache, mit Übersetzung und Gebärdensprache erreichbar sind. Eine digitale Plattform soll zusätzlich dafür sorgen, dass Beratungsangebote schnell gefunden werden und niemand lange sucht, um Unterstützung zu erhalten. Wir möchten außerdem Sucht- und Schuldenberatung räumlich zusammenführen, damit Hilfen gebündelt und leichter zugänglich sind.

Aufklärung beginnt früh. Schulen sollen Module zu Sucht, Körperbildern oder Verschuldung vermitteln, damit Kinder und Jugendliche frühzeitig gestärkt werden. Der kostenlose Zugang zu mechanisch anwendbaren Verhütungsmitteln gehört für uns ebenso dazu wie ein Bildungsumfeld, das klare Informationen statt Unsicherheiten bietet. Auch die Arbeit mit Senior*innen soll vielfältige Lebensrealitäten ernst nehmen und aktiv in Gesundheits- und Sozialpolitik eingebunden sein.

In der Drogenpolitik setzen wir auf Entkriminalisierung und Hilfe statt Ausgrenzung. Konsumräume, aufsuchende Sozialarbeit und sachliche Aufklärung können Risiken mindern und Menschen schützen. Prävention soll dort ansetzen, wo sie Wirkung entfaltet – bei jungen Menschen, aber auch bei der Gestaltung des öffentlichen Raums. Ein konsequentes Nein zu Zigarettenautomaten an Schulwegen oder ein Rauchverbot an Bushaltestellen sind Beispiele für Maßnahmen, die Gesundheit fördern und klare Orientierung bieten.

Vorbeugen statt nachsorgen.

Prävention ist für uns ein zentraler Baustein moderner Gesundheitspolitik. Gesundheitsförderung soll langfristig wirken, leicht zugänglich sein und sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse stützen. Wir möchten Gesundheitsbildung in Kitas, Schulen und außerschulischen Einrichtungen verankern und Kindern wie Jugendlichen altersgerechte Informationen zu Ernährung, Bewegung, Suchtmitteln und psychischer Gesundheit vermitteln.

Eltern und pädagogisches Personal sollen aktiv eingebunden werden. Gemeinsam mit Hochschulen wollen wir Unterrichtsmaterialien entwickeln, die dazu beitragen, gesundheitsförderliche Lebensweisen früh zu festigen. Prävention heißt, rechtzeitig anzusetzen, und das gilt auch politisch. Regelmäßige Fortbildungen für pädagogische Fachkräfte sollen sicherstellen, dass Themen wie Resilienz, Sexualität oder gesunde Ernährung stets aktuell und fachlich gut vermittelt werden.

In Zusammenarbeit mit regionalen Initiativen und dem Gesundheitsamt möchten wir außerdem Programme wie Präventionswochen oder interaktive Aufklärungsformate schaffen, die über Schulen hinausgehen und sich an Menschen aller Altersgruppen richten. So wird Gesundheitsbildung zu einem Teil des gesellschaftlichen Alltags und nicht zu einem gelegentlichen Zusatzangebot. Gesundheit entsteht nicht nur im direkten Kontakt mit medizinischen Angeboten, sondern auch in unserer Umwelt. Wir setzen uns deshalb für saubere Luft, weniger Lärm und klimaresiliente Städte ein. Umwelt- und Klimaschutz verstehen wir als zentrale Faktoren einer modernen Gesundheitsstrategie, weil sie Belastungen reduzieren und langfristig die Lebensqualität im Landkreis verbessern.

Best Practice: Lörrach 

Der Landkreis hat eine umfassende Public-Health-Strategie entwickelt, bei der Gesundheitsprävention, Krisenresilienz und digitale Lösungen systematisch verbunden werden.

Gesund durch Bewegung.

Unsere Vision ist eine aktive und sozial starke Gesellschaft, in der Sport für alle zugänglich ist. Wir möchten barrierefreie Sportplätze schaffen, inklusive Infrastrukturen ausbauen und offene Bewegungsräume in Parks stärken. Urbane Bewegungsformen wie Skateboarding oder Parkour sollen ebenso gefördert werden wie öffentliche Bewegungskurse, etwa Tai Chi, Laufgruppen oder Reha-Angebote. Gemeinsam mit lokalen Vereinen können solche Formate zu Orten werden, an denen Prävention, Teilhabe und Gemeinschaft zusammenkommen.

Dazu soll Sport unabhängig von Geldbeutel, Herkunft oder körperlichen Voraussetzungen möglich sein. Deshalb setzen wir uns für einen barrierefreien Ausbau aller Sporthallen im Landkreis ein und möchten erreichen, dass diese Räume auch außerhalb von Schul- und Vereinszeiten genutzt werden können. Mit temporären Sportstraßen wollen wir neue Bewegungsräume ausprobieren und testen, wie sich städtische Bereiche für sportliche Aktivitäten öffnen lassen. Ein kommunaler Sportpass kann zusätzlich dafür sorgen, dass Menschen kostenfrei Zugang zu Kursen und Vereinsangeboten erhalten.

Bewegung ist für uns ein Bestandteil von Bildung. Deshalb möchten wir Sport fest im Schulalltag verankern – mit Arbeitsgemeinschaften, aktiven Pausen und vielfältigen Sportangeboten im Ganztag. Dabei soll Bewegungsförderung mehr sein als Wettbewerb und Medaillen. Kooperationen mit Vereinen, eine intensive Schwimmförderung und Projekte wie „Sportvorbilder“ können Brücken zwischen Schulen und der Zivilgesellschaft schlagen. Sportlots*innen sollen Kinder und Jugendliche begleiten und ihnen helfen, passende Angebote und Vereine zu finden.

Best Practice: Münster 

Um den Sport im Freien noch variantenreicher zu gestalten und abseits von ggf. teuren Fitnessstudios das Angebot zu erhöhen, bieten sich Sportboxen an. Dabei handelt es sich um eine fest installierte, wetterfeste Box, in der verschiedene Geräte wie Kurzhanteln, Bälle, Gymnastikbänder und andere Sportgeräte

untergebracht werden. Nach einer Registrierung können Nutzer*innen die Box per App öffnen und Geräte entnehmen. Kameras im Innern überwachen die Entnahme und Rückgabe.

Geschlechtergerecht behandeln.

Gute Medizin erkennt Unterschiede an und behandelt Menschen so individuell wie ihre Bedürfnisse. Geschlechtsspezifische Aspekte spielen dabei eine wichtige Rolle. Wir möchten Gendermedizin deshalb dauerhaft im Gesundheitsausschuss verankern und eng mit spezialisierten Beratungsstellen zusammenarbeiten. Gleichstellung endet für uns nicht an der Tür einer Praxis. Deshalb wollen wir ein Pilotzentrum für frauenspezifische Medizin im Landkreis fördern, idealerweise in Kooperation mit erfahrenen Einrichtungen wie der Justus-Liebig- oder der Philipps-Universität.

Auch Menstruation darf keine soziale Hürde darstellen. Wir setzen uns für kostenlose Menstruationsprodukte in allen öffentlichen Einrichtungen ein, von Schulen über Behörden bis hin zu Krankenhäusern. Gleichzeitig möchten wir Aufklärung und Sichtbarkeit stärken, um Periodenarmut entgegenzuwirken und Selbstbestimmung zu fördern. Mobile Menstruationsstationen können bei Veranstaltungen zusätzlich eine sichere Versorgung gewährleisten und das Thema sichtbar machen, ohne Menschen auszuschließen.

Hilfe statt Stigmatisierung.

Eine moderne Drogenpolitik braucht Aufklärung, Schutz und pragmatische Lösungen. Wir möchten eine Gesundheitsstrategie verfolgen, die Menschen unterstützt, anstatt sie zu kriminalisieren. Prävention, Therapie und verständliche Informationen sollen im Mittelpunkt stehen, nicht Bestrafung oder Verdrängung.

Dafür wollen wir den Zugang zu Suchthilfe im gesamten Landkreis verbessern, Therapieplätze sichern und Präventionsprojekte langfristig fördern. In besonders betroffenen Gebieten sollen Teams aus Streetwork, Sozialarbeit und Einsatzkräften gemeinsam arbeiten und vor Ort ansprechbar sein, ohne Menschen aus dem öffentlichen Raum zu drängen.

Wir setzen uns außerdem für ein kommunales Cannabis-Modellprojekt ein, das eine staatlich kontrollierte Abgabe in lizenzierten Stellen ermöglicht und von Aufklärung in Schulen und Jugendzentren begleitet wird. Eine wissenschaftliche Auswertung soll sicherstellen, dass Erfahrungen transparent gemacht und weiterentwickelt werden. Ergänzend möchten wir kostenlose und anonyme Drug-Checking-Angebote etablieren, damit Konsumierende genau wissen, welche Stoffe sie konsumieren und welche Risiken damit verbunden sind. Mobile Beratungsteams sollen diese Arbeit bei Festivals und größeren Veranstaltungen unterstützen.

Auch die Polizei soll Teil der Lösung sein, indem sie in einer passiven, dialogorientierten Rolle agiert und eng mit sozialer Arbeit zusammenarbeitet. Unser Ziel ist eine Drogenpolitik, die stigmatisierende Praktiken überwindet, Menschen schützt und gesundheitliche Risiken reduziert. So entsteht ein ehrlicher und solidarischer Umgang mit dem Thema, der Sicherheit und Gesundheit im Landkreis stärkt.

Best Practice: Portugal 

Das Land hat im Jahre 2001 einen Mentalitätswandel in der Drogenpolitik vorgenommen. Drogensüchtige waren von nun an Patienten und keine Kriminellen. Der Besitz und der Konsum von Drogen wurde vollständig entkriminalisiert (nicht aber legalisiert). Mit den eingesparten Ressourcen bei den Sicherheitsbehörden finanziert der Staat therapeutische Maßnahmen und Einrichtungen. Mit Erfolg: Es gibt laut Statistiken der Regierung 85 Prozent weniger Tote durch Überdosen und 75 Prozent weniger registrierte Drogendelikte und im europaweiten Vergleich hat Portugal zudem weniger konsumierende Jugendliche.

**VIELFALT
LEBEN.
ALLE
EINBEZIEHEN.**

Vielfalt ist kein Sonderfall, sondern die gelebte Realität unseres Landkreises. Eine plurale Gesellschaft bedeutet, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft, Identität, Religion, Sprache, sexueller Orientierung, geschlechtlicher Zugehörigkeit und Lebensentwürfe sicher und gleichberechtigt miteinander leben können. Für uns ist klar, dass Kommunen eine aktive Verantwortung tragen, diesen Anspruch nicht nur anzuerkennen, sondern konsequent umzusetzen. Wir möchten Strukturen schaffen, die Teilhabe erleichtern, Schutz bieten und Begegnungen ermöglichen. So entsteht ein respektvolles und solidarisches Miteinander, in dem Diskriminierung keinen Platz hat und Vielfalt als Stärke sichtbar wird.

Raum für Austausch.

Demokratie lebt von Orten, an denen Menschen sich begegnen und miteinander ins Gespräch kommen. Wir möchten solche Räume schaffen und stärken, damit Austausch zwischen Generationen, Kulturen und sozialen Gruppen selbstverständlich wird und gesellschaftlicher Zusammenhalt wachsen kann. Begegnung soll dort möglich sein, wo Menschen ihren Alltag verbringen – offen, niedrigschwellig und einladend.

Interreligiöse Dialogformate wollen wir ausbauen und durch öffentliche Begegnungsorte ergänzen, etwa durch die Einrichtung eines Platzes der Einheit, der symbolisch wie praktisch für Austausch und Verständigung steht. Programme wie „Start with a Friend“ sollen strukturelle Unterstützung erhalten, ebenso wie Migrant*innenselbstorganisationen, deren Arbeit eine wichtige Rolle für Integration und Selbstbestimmung spielt.

Wir möchten Räume fördern, in denen Generationen voneinander lernen können – durch Mentoring, gemeinsame Projekte oder innovative Orte, die Kinder-, Tier- und Seniorencentren verbinden und soziale Nähe ermöglichen. Auch queere Anlauf- und Kulturzentren sollen kommunal gestärkt werden. Sie benötigen verlässliche Finanzierung und feste Räume, in denen Vernetzung, Kultur und politische Arbeit möglich sind. So entsteht ein Landkreis, der Vielfalt nicht nur anerkennt, sondern bewusst lebt und stärkt.

Best Practice: Tilburg

In der niederländische Stadt wurde mit dem “International Center Tilburg” eine Plattform geschaffen für multikulturelle Treffen, Bildungsangebote, soziale Veranstaltungen und mehr.

Ankommen erleichtern.

Migration ist ein selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft. Wir möchten Aufnahme und Ankommen so gestalten, dass sie menschenwürdig, inklusiv und zukunftsorientiert sind. Ein kommunales Leitbild für eine moderne, inklusive Migrationspolitik soll dabei als verbindliche Grundlage dienen und deutlich machen, welche Werte und Ziele unser Landkreis verfolgt.

Sprachförderung wollen wir ab dem ersten Tag ermöglichen – niedrigschwellig, alltagsnah und auf Wunsch auch digital. Ausländerbehörden möchten wir zu echten Willkommensbehörden weiterentwickeln, die nicht nur verwalten, sondern beraten, begleiten und Orientierung geben. Welcome-Desks für EU-Bürger*innen sowie für Menschen aus Drittstaaten können dabei helfen, in den ersten Wochen schneller Fuß zu fassen und unkompliziert die richtigen Anlaufstellen zu finden.

Ein solidarischer Umgang mit Schutzsuchenden gehört für uns ebenso dazu. Der Beitritt zur Initiative „Sicherer Hafen“, dezentrale Unterbringungsmodelle und Geldleistungen statt Sachleistungen stehen für eine Politik, die die Würde und Selbstbestimmung der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Migration ist keine Herausforderung für sich allein, sondern eine Chance für ein vielfältiges, lebendiges Miteinander.

Best Practice: Kusel

Der/die Umfeldbeauftragte ist eine ehrenamtlich beauftragte Ansprechperson für Menschen, die sich um Fragen oder auch Sorgen zur Situation der Geflüchteten in der Stadt kümmert.

Faire Zugänge zur Teilhabe.

Teilhabe entsteht, wenn Menschen schnell eine Perspektive auf Arbeit und Selbstständigkeit erhalten. Wir möchten erreichen, dass Geflüchtete durch kommunale Unterstützungsstrukturen unmittelbar Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen und ihre Fähigkeiten früh einbringen können. Unternehmen, die sich aktiv für die Integration von Menschen mit Fluchthintergrund einzusetzen, sollen gezielt gefördert und begleitet werden. Ein bestehendes Arbeitsverhältnis soll zudem den Aufenthalt sichern, damit Stabilität entsteht und Betriebe wie Beschäftigte verlässlich planen können. Dafür werden wir uns stark machen.

Gleichzeitig wollen wir junge, qualifizierte Fachkräfte für den Landkreis gewinnen. Anreize wie Zuzugsprämien oder steuerliche Erleichterungen können helfen, talentierte Menschen dauerhaft hier anzusiedeln und die lokale Wirtschaft zu stärken. So entsteht ein Arbeitsmarkt, der Vielfalt nutzt, Chancen schafft und den Landkreis zukunftsfähig macht.

Best Practice: Köln

Auf Initiative des Rom e. V., des Kölner Runden Tisches für Integration und des Kölner Flüchtlingsrates e. V. ist ein kommunales Bleiberechtsprojekt entstanden. Ziel des Projekts ist es, gemeinsam mit den in Köln lebenden Menschen einen Weg aus dem prekären Status der Duldung heraus, hin zu einem gesicherten Aufenthaltstitel zu finden.

Landkreis ohne Hindernisse.

Eine inklusive Gesellschaft ist eine starke Gesellschaft, denn sie schafft Räume, in denen alle Menschen selbstbestimmt leben können. Wir möchten unsere Kommunen diskriminierungsfrei, barrierefrei und sensibel für unterschiedliche Lebensrealitäten gestalten. Dazu gehört für uns die verbindliche Einhaltung inklusiver Standards, deren Umsetzung ernst genommen und bei Verstößen konsequent eingefordert wird. Betriebe und öffentliche Einrichtungen sollen stärker für Barrierefreiheit sensibilisiert werden, während Gebärdensprache und Dolmetschdienste verlässlich gefördert werden.

Inklusive Stadt- und Raumplanung soll Vielfalt berücksichtigen und auch feministische Perspektiven einbeziehen. Queere Veranstaltungen und CSDs sollen barrierefrei geplant werden, damit alle Menschen teilnehmen können. Mobilitätsgerechtigkeit für Seniorinnen und Senioren, gut sichtbare taktile Leitsysteme und Blindenschrift im öffentlichen Raum gehören ebenso zu unserem Anspruch wie verlässlicher Gewaltschutz nach § 37a SGB IX.

Best Practice: Euskirchen

Der Kreis Euskirchen fördert mit einem eigenen Inklusionsfonds jährlich über 30 inklusive Einzelmaßnahmen in Vereinen, Schulen und Senior*innenheimen.

Best Practice: Konstanz 

„99 Rampen“ ist ein von der Stadt Konstanz initiiertes Projekt, das von der Stadtverwaltung koordiniert, aber durch Spenden finanziert wird. Öffentlich zugängliche Einrichtungen, z.B. Geschäfte, können einen Antrag bei der Stadt stellen, um eine mobile Rampe zur Barrierefreiheit zu erhalten. Durch ein „Gütesiegel“, welches deutlich sichtbar an der Tür angebracht wird, sehen Betroffene sofort, wo sie nach einer Rampe fragen können.

Gleichberechtigung ohne Ausnahmen.

Wir möchten die Sichtbarkeit, den Schutz und die Teilhabe marginalisierter Communities stärken und verstehen kommunale Politik in der Verantwortung, hier aktiv zu gestalten. Jüdisches Leben soll im Landkreis stärker unterstützt werden – durch den Schutz jüdischer Einrichtungen, eine lebendige Erinnerungskultur und die Einbindung jüdischer Stimmen in lokale Entscheidungsprozesse. Die Pflege von Friedhöfen und die Sanierung historischer Orte gehören ebenso dazu wie eine klare Haltung gegen Antisemitismus.

Auch queeres Leben benötigt verlässliche Strukturen und Anerkennung. Wir möchten feste kommunale Budgets bereitstellen, queersensible Bildungsangebote ausbauen und sicherstellen, dass gewählte Namen in Verwaltung und Öffentlichkeit respektiert werden. Sanktionen bei Deadnaming sollen diese Haltung deutlich untermauern. Ein FLINTA*-Taxi kann zudem sichere Mobilität fördern und den Alltag vieler Menschen spürbar erleichtern. Politische Teilhabe von FLINTA*-Personen soll gezielt gestärkt werden, damit ihre Perspektiven sichtbar und wirksam werden.

Senior*innen wollen wir stärker einbeziehen und ihnen den Zugang zu technischer Bildung erleichtern. Stabiles Internet in Pflegeeinrichtungen, digitale Schulungsangebote und altersgerechte Zentren mit Programmen rund um Gesundheit, Reisen und digitale Teilhabe sollen dazu beitragen, dass sie selbstbestimmt und gut vernetzt leben können.

Best Practice: Stuttgart 

In Stuttgart wurde das Frauen-Taxi bereits 1996 eingeführt und das Konzept kontinuierlich weiter optimiert. Ein Frauennachttaxi kann in Stuttgart nach 20 Uhr an ca. 30 Haltestellen im Stadtgebiet bestellt werden und ist innerhalb von

15 Minuten an der vor Ort. Die Fahrt wird mit einem Zuschuss von fünf Euro von der Stuttgarter Straßenbahnen AG unterstützt.

Geschichte sichtbar machen. Demokratie stärken.

Erinnerung ist immer auch politisches Handeln. Wir möchten eine inklusive Erinnerungskultur stärken, die marginalisierte Perspektiven sichtbar macht und historische Verantwortung nicht nur benennt, sondern konkret werden lässt.

Dazu gehört für uns die kritische Aufarbeitung kolonialer Vergangenheit, etwa durch die Überprüfung von Straßen- und Platznamen. Gleichzeitig wollen wir Menschen in den Mittelpunkt rücken, die trotz wichtiger Beiträge für unsere Gesellschaft bisher kaum Anerkennung gefunden haben. Wir möchten an queere und jüdische Opfer der NS-Zeit ebenso erinnern wie an Menschen mit Behinderung, deren Leid lange unsichtbar blieb. Kommunale Unterstützung für Shoah-Überlebende und jüdische Einwander*innen, die heute von Altersarmut betroffen sind, ist für uns ein Gebot der Verantwortung. Ebenso wollen wir kommunale Strategien gegen Antisemitismus stärken – präventiv, sichtbar und getragen von einer klaren Haltung für ein diskriminierungsfreies Zusammenleben.

Best Practice: Frankfurt am Main

Die Initiative "Frankfurt Postkolonial" klärt im Rahmen von Stadtrundgängen über die noch heute bestehenden kolonialen Bezüge der Stadt Frankfurt auf. Seit 2011 spüren sie postkoloniale Orte auf, welche noch heute den Kolonialismus in der Gesellschaft manifestieren.

**EIN LEBENDIGER
KREIS FÜR ALLE.**

Kultur ist kein „Nice-to-have“, sondern ein zentrales Element einer lebendigen Demokratie. Ob im Sportverein, beim Dorffest oder im Jugendzentrum – Unser Kreis lebt von Menschen, die sich engagieren, Gemeinschaft schaffen und Freude weitergeben. Wir möchten dafür sorgen, dass kulturelle Teilhabe für alle erreichbar bleibt, unabhängig von Herkunft, Einkommen, Alter oder körperlichen Voraussetzungen. Gleichzeitig wissen wir, wie sehr Vereine unter Nachwuchsmangel leiden, wie viele Kulturschaffende mit Platz- oder Finanzproblemen kämpfen und wie dringend Spielplätze oder Schwimmbäder neue Impulse brauchen. Teilhabe darf nicht an Kosten scheitern oder an strukturellen Hürden enden.

Wir wollen Kultur stärken, Räume öffnen und Barrieren abbauen. Gezielte kommunale Investitionen sollen Kreativität sichtbar machen und neue Ideen ermöglichen. Ein lebendiger Landkreis entsteht dort, wo Menschen einander begegnen, sich einbringen und gemeinsam etwas bewegen – auf der Bühne, im Ehrenamt oder im Park um die Ecke.

Engagement sichtbar machen.

Bürgerschaftliches Engagement trägt unsere Gesellschaft und verdient weit mehr als ein schlichtes Dankeschön. Wir möchten Ehrenamt sichtbarer machen und die Menschen würdigen, die Zeit, Energie und Herzblut in ihre Kommune investieren. Ein Zertifikat für Jugendliche, die sich im Sport, in sozialen Projekten oder anderen Bereichen engagieren, kann ihnen auf ihrem Bildungs- und Berufsweg zusätzliche Türen öffnen und zeigen, wie wertvoll ihr Beitrag ist.

Auch die Ehrenamtskarte wollen wir weiterentwickeln und attraktiver gestalten. Neue Kooperationspartner, bessere Vergünstigungen und eine zeitgemäße digitale Nutzung sollen das Engagement im Alltag unterstützen. Gleichzeitig möchten wir bestehende Angebote erhalten und bei Bedarf ausbauen, etwa die Nutzung von Sportanlagen durch Schülerinnen und Schüler. So entsteht mehr Bewegung, mehr Begegnung und mehr Gemeinschaft im täglichen Leben – und das Ehrenamt bekommt die Anerkennung, die es verdient.

Kunst als Motor.

Freie Kunst braucht Raum, Freiheit und verlässliche Unterstützung. Wir möchten kostengünstige Proberäume und Ateliers schaffen, damit Künstler*innen

unabhängig von Einkommen oder Status kreativ arbeiten können. Ein Atelierfonds soll dabei helfen, leerstehende Gebäude für künstlerische Nutzung zu erschließen und zu finanzieren. Gleichzeitig wollen wir Kunst stärker in den Bildungsalldag bringen. Freischaffende Künstler*innen sollen regelmäßig in Schulen wirken und dort Theaterprojekte, Musikangebote oder kreative Workshops begleiten – im Unterricht ebenso wie im öffentlichen Raum.

Damit Kultur im Alltag präsenter wird, schlagen wir Geschenk-Boxen im öffentlichen Raum vor. Sie funktionieren ähnlich wie Bücherschränke, bieten aber Raum für Spiele, Musikinstrumente, kleine Kunstwerke oder Saatgut. Auf diese Weise entsteht ein lebendiger, niederschwelliger Austausch, durch den Kultur sichtbar und erfahrbar wird.

Im Sommer möchten wir eine kreisweite kulturelle Eventreihe etablieren, die regelmäßig im öffentlichen Raum stattfindet. Kleine Konzerte, Lesungen, Straßentheater oder Tanzperformances sollen zu festen Treffpunkten werden und das kostenlos, vielfältig und barrierefrei.

Best Practice: Hachenburg

Die KulturZeit sorgt seit über 30 Jahren für abwechslungsreiche Kulturveranstaltungen in der Region und hat sich das Ziel gesetzt, ein attraktives Kulturangebot für alle Menschen in Hachenburg und Umgebung zu schaffen.

Kommunen erlebbar machen.

Tourismus ist für uns kein Selbstzweck, sondern eine Chance, Regionen wirtschaftlich zu stärken, Menschen miteinander zu verbinden und kulturelles Erbe sichtbar zu halten. Damit das gelingt, braucht es gut durchdachte Konzepte. Wir möchten ein Förder- und Aufbauprogramm für touristisch bedeutende Orte entwickeln, das sich gezielt der Sanierung und Pflege historischer Stätten widmet und Kulturgüter langfristig erhält. Gemeinsam mit den Verkehrsverbünden sollen Kulturlinien entstehen, die bedeutende Ziele im Landkreis und darüber hinaus miteinander verbinden und den Zugang erleichtern.

Altstädte wollen wir behutsam schützen, sanieren und mit neuem Leben füllen, denn Geschichte schafft Charakter und stiftet Verbundenheit. Gleichzeitig soll die Anbindung touristischer Orte nachhaltig gestaltet werden, damit Besuche auch ohne eigenes Auto gut möglich sind und Umwelt wie Ortskerne entlastet werden. Denkmalpflege und Nachhaltigkeit verstehen wir nicht als Gegensätze. Wir

möchten touristische Auswirkungen auf den Denkmalschutz prüfen und Lösungen entwickeln, die historische Substanz bewahren und zugleich eine verantwortungsvolle Nutzung ermöglichen. So entsteht eine Balance zwischen Bewahren und Weiterentwickeln, die dem Landkreis langfristig wirtschaftliche Stärke und kulturelle Tiefe gibt.

Mit Sport Gemeinschaft bewegen.

Sport verbindet Menschen, stärkt die Gesundheit und schafft Gemeinschaft. Wir möchten einen modernen, inklusiven Breitensport fördern, der auch jenseits traditioneller Vereinsstrukturen funktioniert. Neue niedrigschwellige und barrierefreie Angebote im öffentlichen Raum sollen dafür sorgen, dass Bewegung für alle möglich wird – vom offenen Boxkurs im Park über Trimm-dich-Pfade bis hin zu beleuchteten Bolzplätzen oder Outdoor-Fitnessanlagen. Solche Angebote schaffen Orte, an denen Menschen unabhängig von Alter, Herkunft oder Geschlecht gemeinsam aktiv sein können.

Besonders für Mädchen und Frauen wollen wir neue Räume eröffnen. Der Aufbau eines gemeinnützigen Sport- und Bildungsvereins, der ihnen mit und ohne Migrationsgeschichte einen geschützten Rahmen für Bewegung, Empowerment und interkulturellen Austausch bietet, ist dabei ein wichtiger Schritt. Bewegung soll stärken, unabhängig machen und Türen öffnen.

Damit Sportstätten besser nutzbar werden, möchten wir die Digitalisierung voranbringen. Digitale Buchungssysteme, moderne Zugangstechnologien und mehrsprachige Beschilderungen können dazu beitragen, dass Sportangebote einfacher erreichbar sind. Gleichzeitig wollen wir den langfristigen Erhalt der Infrastruktur sichern und den Neubau sowie die energetische Sanierung von Sportstätten und Schwimmbädern gezielt unterstützen. Photovoltaikanlagen und begrünte Funktionsgebäude können dabei zu mehr Nachhaltigkeit beitragen.

Auch Sportveranstaltungen auf lokaler und regionaler Ebene möchten wir fördern, denn sie stärken Identität, Tourismus und Gemeinwohl gleichermaßen. Im Mittelpunkt stehen für uns nicht Rekorde oder Medaillen, sondern Integration, Inklusion und ein stärkeres gesellschaftliches Miteinander.

Best Practice: Münster

Der Verein Move & Meet bietet Sportangebote für Mädchen und Frauen* (mit und ohne Migrationshintergrund) an. Hierzu bietet oder vermittelt er

Kinderbetreuung während der Sportausübung. Zudem berät und informiert der Verein über Sport für Frauen* in Münster. Für Institutionen und Gruppen bietet er Workshops an, z. B. zum Thema interkulturelles Lernen sowie Kommunikation und Sprachförderung im Sport. Der Verein arbeitet eng mit dem Stadtsportbund und anderen Vereinen zusammen.

Schwimmen als Daseinsvorsorge.

Wer sicher im Wasser ist, bewegt sich selbstbestimmt, nimmt am öffentlichen Leben teil und kann Freizeitangebote ohne Angst nutzen. Wir möchten deshalb das Schwimmenlernen deutlich stärken und mehr Kindern den Zugang zu Kursen ermöglichen. Ein zentraler Baustein ist die Einführung von Übungsleitungs-Kursen an Schulen, damit mehr qualifizierte Anleitung entsteht und Schwimmförderung direkt im schulischen Umfeld verankert wird. So schaffen wir Fähigkeiten, die ein Leben lang tragen und machen kulturelle Teilhabe auch im Wasser selbstverständlich.

Digitale Sportkultur fördern.

Auch neue Formen von Kultur verdienen ihren Platz im öffentlichen Leben. E-Sport kann dabei eine wichtige Rolle spielen, weil er Medienkompetenz fördert, Teamgeist stärkt und Menschen unterschiedlicher Generationen zusammenbringt. Wir möchten E-Sport deshalb als Teil kommunaler Kulturpolitik etablieren und Formate unterstützen, die sowohl in der Jugendarbeit als auch im Breitensport wirken. Schulturniere, Stadtmeisterschaften oder offene Gaming-Events können Orte werden, an denen Gemeinschaft entsteht, Fähigkeiten wachsen und digitale Kultur selbstverständlich dazu gehört.

Jugend braucht Freiraum.

Jugendkultur braucht Orte, die mit jungen Menschen wachsen und ihnen Raum für Entwicklung, Austausch und Kreativität geben. Jugendzentren spielen dabei eine zentrale Rolle. Wir möchten ihre Angebote sichtbarer, zugänglicher und vielfältiger machen, damit Jugendliche leichter entdecken können, was in ihrer Umgebung möglich ist. Viele Einrichtungen sind online schwer zu finden oder bieten keine aktuellen Informationen – eine zentrale digitale Plattform mit Suchfunktion soll das ändern und Orientierung schaffen.

Darüber hinaus möchten wir selbstorganisierte Formate stärken, die Jugendlichen Freiraum geben, eigene Ideen umzusetzen. Jugendclubs, offene Workshopabende oder kreative Projekte sollen begleitet, aber nicht bevormundet werden.

Aktives Alter ermöglichen.

Kulturelle Teilhabe darf nicht mit dem Jugendalter enden. Senior*innentreffs sind für viele ältere Menschen wichtige Orte der Begegnung, des Austauschs und der aktiven Freizeitgestaltung und ihre Bedeutung wächst in einer älter werdenden Gesellschaft weiter. Wir möchten erreichen, dass die dort angebotenen Freizeit- und Kulturprogramme besser sichtbar werden, sei es durch Plakate, lokale Medien oder städtische Werbeflächen. Gleichzeitig sollen sie auch digital leicht auffindbar sein: übersichtlich, barrierearm und stets aktuell.

Gemeinsam mit freien Trägern wollen wir das Angebot ausbauen und vielfältiger gestalten. Mehr Veranstaltungen, kreative Formate und gemeinschaftliche Aktivitäten sollen den Alltag bereichern und soziale Isolation vorbeugen. Kostenfreies WLAN in allen Seniorencentren soll zusätzlich dazu beitragen, dass digitale Teilhabe selbstverständlich wird und ältere Menschen sich sicher im Netz bewegen können. So entstehen Orte, die verbinden und kulturelle Vielfalt in jeder Lebensphase ermöglichen.

Miteinander statt nebeneinander.

Kunst und Kreativität können Generationen auf besondere Weise miteinander verbinden. Gemeinsames Kochen, Musikprojekte oder Theaterproduktionen schaffen Erlebnisse, die Menschen aus verschiedenen Lebensphasen zusammenbringen und neue Perspektiven eröffnen. Wir möchten solche Formate gezielt fördern, weil sie Begegnungen ermöglichen, die sonst selten stattfinden. Wenn unterschiedliche Lebenswelten miteinander in Kontakt kommen, wächst Verständnis, Empathie und ein Zusammenhalt, der weit über das einzelne Projekt hinaus wirkt.

Best Practice: Waldstetten

Der Generationenpark in Waldstetten zeigt vorbildlich, wie durch vielfältige Angebote für alle Altersgruppen – vom Kleinkindspielplatz über Trampoline bis

zu Fitnessgeräten für Senior*innen – ein attraktiver, inklusiver Begegnungsort entsteht.

Kultur erreichbar machen.

Kulturelle Teilhabe darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Kultur ist ein Grundrecht und soll allen Menschen unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Lebenssituation offenstehen. Deshalb möchten wir eine kommunale Limburg-Weilburg-Card einführen, die ermäßigen oder kostenlosen Zugang zu Museen, Schwimmbädern, Konzerten und anderen öffentlichen Einrichtungen ermöglicht. Besonders Familien und Menschen mit geringem Einkommen sollen davon profitieren können. Ergänzend wollen wir ein Kulturticket schaffen, das Sozialleistungsbeziehenden schnell und würdevoll Zugang zu kulturellen Angeboten verschafft.

Damit Kultur im Alltag besser auffindbar wird, möchten wir einen kommunalen Kulturradar etablieren, der Veranstaltungen und Angebote im gesamten Kreisgebiet barrierefrei und mehrsprachig sichtbar macht. Er soll Orientierung geben, Hürden abbauen und dafür sorgen, dass alle Menschen leicht entdecken können, was ihre Region kulturell zu bieten hat.

Projekte, die Begegnung, Diversität und Teilhabe stärken, möchten wir besonders unterstützen. Vereinsangebote sollen besser sichtbar gemacht werden, Zugezogene sollen über Buddy-Formate leichter Anschluss finden und kulturelle Initiativen in finanziellen Engpässen sollen auf kommunale Hilfen zurückgreifen können.

Best Practice: Oldenzaal

Die Mitmachzentrale "Vrijwilliger in Oldenzaal" vermittelt seit mehr als 25 Jahren freiwillige Helfer*innen zu gemeinnützigen Organisationen und unterstützt damit das Ehrenamt. So wird die Stadt Oldenzaal zu einem sozialen und gemeinschaftlichen Ort für alle. Auch Geflüchtete (besonders jene ohne Arbeitserlaubnis) werden bei Interesse eingebunden, bauen sich so ein vielfältiges soziales Umfeld auf, haben einen geregelten Alltag und erleben Wertschätzung und Dankbarkeit.

Kulturelle Diversität erhalten.

Museen, Theater und kulturelle Einrichtungen sind zentrale Orte lebendiger Gemeinschaften. Sie bewahren Geschichte, eröffnen neue Perspektiven und schaffen Räume, in denen Menschen Identität und Austausch erleben können. Wir möchten dafür sorgen, dass diese kulturellen Leuchttürme weiterhin verlässlich gefördert werden und ihre Rolle als offene Orte der Begegnung behalten. Gleichzeitig wollen wir die Vielfalt der Kulturlandschaft im Blick behalten und dafür sorgen, dass Kultur nicht nur an großen Häusern stattfindet, sondern überall dort, wo Menschen leben.

Echte kulturelle Teilhabe entsteht nur dann, wenn sich alle angesprochen und willkommen fühlen. Deshalb wollen wir dafür arbeiten, dass kulturelle Angebote generationenübergreifend, zugänglich und vielfältig bleiben – für Menschen jeden Alters, jeder Herkunft und jeder Lebenssituation. So kann Kultur zu einer Kraft werden, die unseren Landkreis verbindet, stärkt und inspiriert.

Lebendige Freizeit.

Freiräume im Alltag sind ein wesentlicher Bestandteil von Lebensqualität. Wir möchten Spielplätze erhalten, weiterentwickeln und barrierefrei zugänglich machen, damit auch Kinder mit Behinderungen oder Pflegebedarf selbstverständlich Teil des Spielgeschehens sein können. Dabei soll nicht jeder Spielplatz streng normiert oder vollständig durchgeplant sein. Mehr kreativer Freiraum und weniger Kataloglogik ermöglichen Herausforderungen, fördern Fantasie und machen Spielen wieder zu einem echten Erlebnis.

Auch Kleingärten sind wertvolle Orte der Erholung, der Artenvielfalt und des sozialen Miteinanders. Wir wollen ihren Erhalt sichern und dort, wo es möglich ist, neue Anlagen auf Brachflächen oder ungenutzten Industriearealen schaffen. Eine digitale Vermittlungsplattform kann den Zugang erleichtern, damit freie Parzellen transparent vermittelt werden und Interessierte unkompliziert ihren eigenen Garten finden.

Trinkbrunnen sollen im öffentlichen Raum wieder selbstverständlich werden. Patenschaften durch Anwohnerinnen und Anwohner, Schulen oder Vereine können ihre Pflege unterstützen und Engagement sichtbar machen.

Darüber hinaus möchten wir Kulturzentren fördern, die Leerstände sinnvoll nutzen und Räume für gemeinschaftliche Aktivitäten schaffen, von Lesungen über

Nähcafés bis hin zu Workshops oder Filmabenden. Der Landkreis und die Kommunen sollen bei der Vermittlung an Trägerschaften unterstützen oder, wo sinnvoll, selbst Verantwortung übernehmen. So entsteht eine lebendige, zugängliche Freizeitkultur, die den Alltag bereichert und Gemeinschaft stärkt.

Best Practice: Wien 🇦🇹

Mit kostenfreien Trinkbrunnen, schattigen Sitzinseln und flächendeckender Versorgung sorgt die Stadt für gute Bedingungen im öffentlichen Raum, gesund, inklusiv und klimafreundlich.

Nachtkultur für belebte Orte.

Auch das Nachtleben ist ein wichtiger Teil unserer kulturellen Vielfalt. Clubs, Bars und Musikveranstaltungen prägen das Lebensgefühl einer Kommune, schaffen kreative Räume und bringen Menschen zusammen. Wir möchten diese Orte als festen Bestandteil des Kulturlebens anerkennen und ihre Bedeutung für junge wie ältere Generationen deutlich hervorheben.

Damit Nachtkultur und Nachbarschaft gut miteinander funktionieren, setzen wir uns für eine*n neutrale Nachtbürgermeister*in ein. Diese Vermittlungsstelle soll zwischen Veranstaltenden, Verwaltung und Anwohnenden moderieren, Konflikte frühzeitig entschärfen und konstruktive Lösungen finden. So können Freiräume erhalten bleiben, ohne soziale Spannungen zu verstärken.

Best Practice: Mannheim 🇩🇪

Ein*e Nachtbürgermeister*in ist seit 2018 in Mannheim aktiv und war somit das erste Projekt dieser Art in Deutschland. Im Vordergrund stehen der Kontakt mit Bar- und Restaurantbetreibenden, Anwohner*innen und der Verwaltung, um für teilweise komplizierte Probleme gemeinsam Lösungen zu finden. Ob Scherben auf den Gehwegen oder geänderte Öffnungszeiten, die/der Nachtbürgermeister*in ist zu Stelle und bildet Brücken.

**SICHER.
FREI.
MITEINANDER.**

Sicherheit entsteht dort, wo Menschen sich gesehen, geschützt und respektiert fühlen. Sie wächst aus Vertrauen, nicht aus Repression. Deshalb möchten wir in unserem Landkreis eine Sicherheitsarchitektur stärken, die rechtsstaatlich kontrolliert, modern und an den Bedürfnissen der Menschen orientiert ist. Präventive Maßnahmen, eine kluge städtebauliche Gestaltung, Community Policing und gute Bildungsangebote sollen dazu beitragen, dass Sicherheit als gemeinschaftliche Aufgabe verstanden wird – ohne flächendeckende Überwachung und ohne Strategien, die allein auf Abschreckung setzen. So entsteht ein Umfeld, in dem Menschen sich sicher bewegen und zugleich in ihren Freiheitsrechten ernst genommen fühlen.

Haltung zeigen. Demokratie schützen.

Eine demokratische Gesellschaft braucht Haltung und Menschen, die sie sichtbar leben. Wir stehen für eine offene, vielfältige und solidarische Gemeinschaft und stellen uns jeder Form von Extremismus und Hass entschieden entgegen. Die wachsende Gewaltbereitschaft rechtsextremer Gruppen, ihre gezielten Einschüchterungen und der Versuch, demokratische Räume auch im ländlichen Raum zu unterwandern, sind eine reale Bedrohung. Sie erfordern eine klare, handlungsfähige Antwort. Eine starke Zivilgesellschaft darf mit diesen Herausforderungen nicht allein gelassen werden, sondern braucht die Rückendeckung von Politik, Verwaltung und Sicherheitsbehörden.

Besonders geschützt werden müssen die Menschen, die sich jeden Tag gegen Hass, Hetze und Einschüchterung engagieren. Ihre Arbeit ist unverzichtbar für ein demokratisches Miteinander. Wir setzen uns dafür ein, eine kommunale Handlungsstrategie gegen rechtsextreme Netzwerke zu entwickeln – gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Bündnissen, die diese Problemlagen seit Jahren kennen und sichtbar machen. Drohungen dürfen nicht im Schatten bleiben. Straftaten aus der Szene müssen konsequent verfolgt und aufgeklärt werden, auch wenn Täter*innen anonym auftreten oder in gefestigten Strukturen agieren.

Gleichzeitig stellen wir uns jeder Form populistischer Verharmlosung entgegen. Menschenfeindliche Rhetorik ist keine bloße Meinung, sondern ein Angriff auf die Grundlagen unseres Zusammenlebens. Wir begegnen rechtsextremen Strategien transparent, faktenbasiert und entschlossen.

Demokratische Kultur entsteht jedoch nicht allein durch Abwehr, sondern auch durch Bildung und Ermächtigung: Wir wollen kommunale Aufklärungskampagnen ausbauen, niedrigschwellige Beratungsstellen stärken und Schulworkshops zu

Themen wie Cybermobbing, Radikalisierung oder Fake News fest verankern. Besonders junge Menschen sollen lernen, digitale Räume sicher zu nutzen und manipulative Strategien zu erkennen. Programme wie "Starke Jugend" möchten wir nutzen, um sinnvolle Freizeitangebote zu schaffen, Selbstwirksamkeit zu fördern und Jugendkriminalität vorzubeugen.

Moderner Rettungsdienst für sichere Hilfe.

Sicherheit ist mehr als Polizei. Sie beginnt dort, wo Menschen anderen helfen: bei der Freiwilligen Feuerwehr, dem Rettungsdienst, dem THW und allen, die im Ernstfall Leben retten. Ohne ihre Einsatzbereitschaft funktioniert kein Katastrophenschutz – doch viele Einheiten arbeiten mit veralteter Technik, fehlen Nachwuchs oder es gibt zu wenig Platz für Ausbildung und Übungen.

Wir wollen das ändern. Ein moderner Landkreis braucht Rettungsdienste, die technisch auf dem neuesten Stand sind: mit digitaler Einsatzplanung, zeitgemäßer Schutzkleidung, funktionssicheren Fahrzeugen, Drohnen für Lagebilder, smarter Warntechnik und gut ausgestatteten Unterkünften. Gleichzeitig müssen Aus- und Fortbildung einfacher zugänglich werden – durch gemeinsame Übungsflächen, digitale Lernmodule und eine stärkere Verzahnung aller Beteiligten.

Dazu gehört auch Wertschätzung: Ehrenamt braucht Anerkennung, flexible Unterstützung und Strukturen, die den Dienst im Alltag möglich machen. Wer Menschen im Notfall schützt, verdient die besten Bedingungen, damit unser Landkreis auch in Zukunft stark, vorbereitet und verlässlich bleibt.

Gut vorbereitet.

Die Auswirkungen der Klimakrise, zunehmende Extremwetterereignisse und gesellschaftliche Notlagen machen deutlich, wie wichtig entschlossenes kommunales Handeln ist. Wir möchten unseren Kreis klimaresilient, sicher und zukunftsfähig aufstellen – mit einer Infrastruktur, die schützt, bevor Schäden entstehen, und einer Umweltplanung, die Risiken ernst nimmt und ihnen vorausschauend begegnet. Klimaanpassung beginnt vor Ort, in einem Landkreis, der nicht nur reagieren möchte, sondern Krisen aktiv vorbeugt.

Um Starkregen, Hitze und Dürren wirksam zu begegnen, wollen wir ein integriertes Katastrophenschutzkonzept entwickeln, das alle Kommunen im Kreis verbindet.

Gemeinsame Frühwarnsysteme, regelmäßige Krisenübungen und digitale Lagebilder sollen dafür sorgen, dass Informationen schneller fließen und Einsätze besser koordiniert werden können. Barrierefreie Krisenkommunikation in einfacher Sprache sowie durch visuelle, akustische und taktile Hinweise soll sicherstellen, dass wirklich alle Menschen erreicht werden. Die Finanzierung des Bevölkerungsschutzes soll dabei gerecht verteilt sein. Feuerwehren, THW, DLRG und Rettungsdienste bilden das Rückgrat unserer Sicherheit. Sie brauchen moderne Ausstattung, langfristige Unterstützung und gute Rahmenbedingungen – im Haupt- wie im Ehrenamt.

Hitze ist längst ein Gesundheitsrisiko. Wir möchten deshalb einen kreisweiten Hitzeakitionsplan nach den Vorgaben des RKI umsetzen. Trinkwasserstellen, öffentlich zugängliche „Cool Spots“, interaktive Karten und die Öffnung kühler Innenräume in zentralen Lagen können Leben retten und besonders vulnerable Gruppen schützen. Gleichzeitig soll die Pflege von Grünflächen und Wäldern intensiviert werden. Maßnahmen gegen Waldbrände dürfen nicht aufgeschoben werden, und regelmäßige Bewässerung – auch durch freiwillige Helferinnen und Helfer – kann unsere Baumbestände widerstandsfähiger machen. Entsiegelte Flächen, vielfältige Begrünungen und klimaorientierte Raumplanung sollen dafür sorgen, dass Städte kühler und lebenswerter werden. Begrünte Dächer, Fassaden und Straßenräume erhöhen die biologische Vielfalt und verbessern das Mikroklima spürbar.

Ein modernes Regenwassermanagement ist ein weiterer Schlüssel zur Klimaanpassung. Wir möchten Limburg-Weilburg auf dem Weg zur „Schwammregion“ unterstützen, in der Wasser gehalten statt abgeleitet wird. Begrünte Dächer, Versickerungsflächen und intelligente Nutzung von Regenwasser – etwa für Toiletten oder Bewässerung – können Trinkwasser sparen, die Kanalisation entlasten und Hochwassergefahren reduzieren. Digitale Monitoringsysteme und enge Kooperationen zwischen den Kommunen sollen helfen, Kosten zu senken und die Versorgungssicherheit langfristig zu gewährleisten.

Best Practice: Rhein-Erft-Kreis 

Der Rhein-Erft-Kreis hat nach der Flut ein eigenes Lagezentrum ausgebaut, in dem Wetterdaten, Pegelstände und Einsatzmittel in Echtzeit erfasst und verteilt werden.

Gewalt verhindern. Sicherheit schaffen.

Eine gewaltfreie Gesellschaft entsteht durch Schutz, Aufklärung und solidarische Strukturen. Sicherheit bedeutet für uns nicht Kontrolle als Selbstzweck, sondern verlässliche Unterstützung für Betroffene und konsequente Prävention. Gewalt lässt sich nur verhindern, wenn Menschen frühzeitig Zugang zu Hilfe haben und Schutzräume existieren, die niemanden ausschließen. Genau dafür setzen wir uns ein.

Im Landkreis fehlen weiterhin ausreichend Plätze für Menschen, die vor Gewalt fliehen müssen – ob Frauen, Männer, Kinder oder queere Personen. Wir wollen diese Schutzangebote bedarfsgerecht erweitern und uns dabei an den Standards der Istanbul-Konvention orientieren. Notunterkünfte, Schutzhäuser und kultursensible Hilfsangebote brauchen stabile Finanzierung und bessere Sichtbarkeit. Beratungsstellen und Hilfetelefone sollen in mehreren Sprachen und anonym erreichbar sein, damit niemand an Sprachbarrieren oder Scham scheitert.

Gewaltprävention beginnt jedoch lange vor dem ersten Hilferuf. Wir unterstützen einen umfassenden Aktionsplan gegen häusliche und sexualisierte Gewalt, der Schulen, Verwaltungen, Sportvereine und das Gesundheitswesen einbindet. Workshops zu Konsens, zu gesunder Beziehungsführung und zu toxischen Rollenbildern gehören ebenso dazu wie verpflichtende Schutzkonzepte im Sport oder Fortbildungen für Jugendämter, Polizei und Justiz. Prävention bedeutet auch, patriarchale Muster zu hinterfragen und gewaltfreie Männlichkeitsbilder zu stärken. Projekte, die Jungen empowern und Männer aktiv in Veränderungsprozesse einbinden, sollen daher gezielt gefördert werden.

Menschen, die aufgrund ihrer Identität besonders gefährdet sind, brauchen zusätzliche Sicherheit. LGBTQIA+-Personen und wohnungslose Frauen sollen Zugang zu speziellen Schutzräumen erhalten – mit sensibler Betreuung und Perspektiven über die akute Krisensituation hinaus.

Auch im Bereich Sexarbeit setzen wir auf Schutz statt Stigmatisierung. Beratungsangebote und psychosoziale Unterstützung müssen ausgebaut werden. Würdekontrollen sollen fair und nicht diskriminierend stattfinden, während sichere Arbeitsbedingungen, Gesundheitsangebote und Ausstiegsmöglichkeiten im Zentrum stehen. Verbotszonen lehnen wir ab, weil sie Risiken verlagern, statt sie zu lösen.

Damit der Alltag sicherer wird, braucht es auch bessere Mobilität zu später Stunde. FLINTA*-Taxis, Zwischenhalte bei Buslinien und Notrufknöpfe an Haltestellen erhöhen die Sicherheit unmittelbar. Angsträume im öffentlichen Raum sollen durch

bauliche Maßnahmen entschärft werden, etwa durch bessere Beleuchtung und klare Wegeführung. Notrufsäulen an zentralen Punkten können zuverlässig schnelle Hilfe ermöglichen.

Sicherheit durch Vertrauen.

Wir möchten eine gut ausgestattete und bürgernahe Polizei stärken, die mit den Menschen arbeitet und nicht gegen sie. Community Policing soll im gesamten Landkreis verankert werden, damit feste Ansprechpersonen vor Ort erreichbar sind, kurze Wege zur Kontaktaufnahme bestehen und Sicherheit durch Präsenz auf Augenhöhe entsteht. Auch Ordnungsamt und Stadtpolizei sollen sich stärker an Prävention und bürgerorientiertem Handeln orientieren, damit Vertrauen und Kooperation wachsen.

Gleichzeitig braucht der Schutz von Grundrechten klare Strukturen gegen Machtmissbrauch. Wir setzen uns deshalb für eine unabhängige Beschwerdestelle bei der Kreisverwaltung ein, die Fälle von Racial Profiling, übergriffigem Verhalten oder polizeilichem Fehlverhalten aufnimmt und transparent überprüft. Internationale Beispiele wie Dänemark oder Großbritannien zeigen, wie wichtig solche Instanzen für das Vertrauen in staatliche Institutionen sind. Regelmäßige diskriminierungssensible Schulungen möchten wir ebenfalls etablieren und dabei auf bewährte Modelle zurückgreifen.

Smarte Prävention.

Wir möchten Sicherheit dort stärken, wo sie entsteht: bei den Ursachen. Statt pauschaler Videoüberwachung oder großflächiger Verbotszonen setzen wir auf wirksame Prävention. Gut beleuchtete Wege, sichere Treffpunkte und verlässliche Ansprechpersonen sollen dafür sorgen, dass Menschen sich im öffentlichen Raum geschützt fühlen. Präventionsangebote in Schulen, Jugendclubs und Vereinen wollen wir ausbauen und mit Programmen wie KOMPASS verbinden. Sie können früh ansetzen und Gewalt oder Konflikte verhindern, bevor sie entstehen. Zusätzlich sollen Awareness Scouts im öffentlichen Raum unterwegs sein, geschult, ansprechbar und vermittelnd.

Auch städtebauliche Sicherheit möchten wir aktiv gestalten. Bessere Beleuchtung, kluge Wegeführungen und moderne Zugangssysteme für sensible Bereiche tragen dazu bei, Risiken zu reduzieren. Ergänzend wollen wir technische Maßnahmen wie

sichere Ampelschaltungen oder stationäre Blitzer an Gefahrenstellen einsetzen. So entsteht eine Sicherheitspolitik, die auf Aufklärung, Schutz und Raumgestaltung setzt – und nicht auf Angst oder Abschreckung.

Klare Regeln für starke Grundrechte.

Überwachung darf niemals zum Einfallstor für den Abbau von Freiheitsrechten werden. Eine moderne, digitale Kommune muss Sicherheit ermöglichen, ohne die Rechte der Menschen einzuschränken. Deshalb setzen wir auf klare gesetzliche Grundlagen, transparente Entscheidungen und eine aktive Einbindung der Zivilgesellschaft, wenn Kameras, Sensoren oder datenbasierte Technologien im öffentlichen Raum diskutiert werden. Informationelle Selbstbestimmung bleibt für uns unverhandelbar: Persönliche Daten gehören den Menschen, nicht staatlichen oder kommerziellen Systemen.

Biometrische Überwachung ist mit einer offenen Gesellschaft nicht vereinbar. Gesichtserkennung im öffentlichen Raum verschiebt Machtverhältnisse, birgt hohe Fehlerquoten und trifft besonders marginalisierte Gruppen. Auch flächendeckende Videoüberwachung lehnen wir ab, weil sie kaum messbare Sicherheitsgewinne bringt, aber tief in Grundrechte eingreift. Kameras kommen für uns nur dort infrage, wo eine konkrete Gefahr besteht und andere Mittel nachweislich nicht ausreichen. Sicherheit entsteht nicht durch permanente Kontrolle, sondern durch kluge Beleuchtung, soziale Präsenz, gute Wegeführung und Orte, die Begegnung ermöglichen.

Digitale Ansätze in Smart-City-Projekten müssen anonym, transparent und dezentral sein. Es darf keine verdeckte Datenerhebung geben, die Rückschlüsse auf einzelne Personen ermöglicht. Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz in kommunalen Systemen braucht klare ethische Leitlinien, die regelmäßig überprüft und öffentlich kommuniziert werden. Digitalisierung kann jedoch auch Freiheit stärken, wenn sie verantwortungsvoll gestaltet wird und den Menschen, nicht die Überwachung, in den Mittelpunkt stellt.

Lebensqualität erhöhen.

Ein lebenswerter öffentlicher Raum ist sauber, sicher und offen für alle. Er gehört nicht allein dem Verkehr, sondern soll Begegnung und kreative Freiräume

ermöglichen. Wir möchten dafür sorgen, dass Regeln klar sind, moderne Technik sinnvoll eingesetzt wird und Beteiligung Vorrang vor Repression hat.

Besonders beim Thema Verkehrssicherheit braucht es wirkungsvolle Maßnahmen. Falschparker gefährden Kinder, ältere Menschen und Personen mit eingeschränkter Mobilität. Deshalb wollen wir mobile Kamerasysteme einsetzen, die Parkräume digital und rechtskonform überwachen und sensible Bereiche wie Schulwege oder Haltestellen besonders im Blick behalten.

Sauberkeit im öffentlichen Raum verstehen wir als gemeinschaftliche Aufgabe. Aktionen wie der Frühjahrsputz sollen gestärkt werden, und Bürger*innen sollen unkompliziert Müll-Hotspots melden können. Mehr Papierkörbe mit Trennsystemen, smarte Behälter und flexible Lösungen bei Großveranstaltungen können die kommunale Sauberkeit spürbar verbessern. Integrierte Aschenbecher an Haltestellen und Grünflächen helfen, Kippen im Stadtbild zu reduzieren und rauchfreie Zonen durchzusetzen. Kreative Aufklärungskampagnen sollen zudem sichtbar machen, welche Folgen achtlos weggeworfener Müll hat.

Gleichzeitig möchten wir Raum für kreative Entfaltung schaffen. Legale Graffiti-Flächen ermöglichen künstlerischen Ausdruck und tragen dazu bei, illegale Schmierereien zu reduzieren. Kooperationen mit Schulen, Vereinen und lokalen Künstler*innen können öffentliche Wände zu lebendigen Orten der Gestaltung machen und die Stadtkultur vielfältiger und bunter werden lassen.

Best Practice: Oslo 🇳🇴 & Amsterdam 🇳🇱

Sogenannte "Scan-Cars" erfassen effizient und schnell die Nummernschilder der dort parkenden Kfz und gleichen sie den digital vorhandenen Datenbanken ab.

Best Practice: Brandenburg 🇩🇪

Über die Plattform "Maerker" können die Bürger*innen Brandenburgs ihren Kommunen auf einer Karte mitteilen, wo es Probleme in der Infrastruktur gibt. "Gefährliche Schlaglöcher zum Beispiel oder wilde Mülldeponien, unnötige Barrieren für ältere oder behinderte Menschen."

**BAUEN MIT
VERANT-
WORTUNG.**

Bezahlbarer Wohnraum ist in unseren Kreis längst keine Selbstverständlichkeit mehr. Immer mehr Menschen – besonders junge Familien, Alleinerziehende, ältere Menschen oder Menschen mit Behinderung – finden keine passende und bezahlbare Wohnung. Barrierefreie Angebote sind selten, Sozialwohnungen begrenzt, Leerstände bleiben ungenutzt, während gleichzeitig neue Flächen versiegelt werden. Öffentliche Träger, die strategisch gegensteuern könnten, fehlen vielerorts noch.

Für uns ist klar: Wohnen ist keine Ware, sondern ein zentraler Bestandteil sozialer Infrastruktur. Deshalb wollen wir eine Wohnungspolitik aufbauen, die aktiv gestaltet statt verwaltet und die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Wir setzen auf kommunales Bodenrecht, gemeinwohlorientierte Baugesellschaften und sorgfältig geplante, klimasensible Quartiersentwicklung. Unser Ziel ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen Wohnen nicht ausgrenzt, sondern Nachbarschaften stärkt, Vielfalt ermöglicht und langfristige Sicherheit bietet.

Bezahlbares Wohnen als Priorität.

Wohnen ist ein Grundrecht und darf nicht von Marktlogiken bestimmt werden. Wir wollen den nicht-profitorientierten Wohnungsbau gezielt stärken und sozialen Trägern sowie Wohnbaugenossenschaften bei Baugenehmigungen bewusst Vorrang geben. Auf diese Weise entsteht dauerhaft bezahlbarer Wohnraum, der dem spekulativen Markt entzogen wird und verlässlich, solidarisch und gemeinwohlorientiert bleibt. Eine kommunale Belegungsquote von dreißig Prozent für geförderte Wohnungen kann diesen Ansatz zusätzlich stützen.

Um solche Ziele tatsächlich zu erreichen, schaffen wir die Voraussetzungen vor Ort. Wir setzen uns für eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft ein, die bezahlbaren Wohnraum nicht nur plant, sondern auch umsetzt. Ergänzend dazu möchten wir ein Kompetenzzentrum für inklusives Bauen aufbauen, das Bauträger fachlich begleitet und neue Standards für qualitativ hochwertige, barrierefreie Architektur entwickelt. Kommunen sollen zudem aktiv Wohnraum erwerben und selbst als Vermieterinnen auftreten können. Ein kommunaler Bodenfonds erleichtert es, Grundstücke strategisch zu sichern und langfristig dem Gemeinwohl zu widmen.

Besonderen Wert legen wir auf Barrierefreiheit, damit neue Wohnungen für ältere Menschen, Familien und Menschen mit Behinderung von Beginn an nutzbar sind. Ebenso wichtig ist die soziale Durchmischung: Wohnviertel sollen lebendige Quartiere sein, in denen Vielfalt möglich bleibt. Mehrgenerationenhäuser und Clusterwohnungen eröffnen neue Wege des Miteinanders, fördern Austausch,

entlasten Pflege und schaffen soziale Stabilität. Ein Wohnraum-Scout kann zusätzlich helfen, Menschen in akuten Notsituationen schneller zu unterstützen und den Zugang zu passendem Wohnraum zu erleichtern.

Best Practice: Wien

Die österreichische Hauptstadt nutzt seit Jahrzehnten ihr vorhandenes Vorkaufsrecht und baut selbst mit ihrer städtischen Gesellschaft Wiener Wohnen Immobilien und vermietet sie zu erschwinglichen Preisen. Dadurch sind die Mieten auf dem Wiener Wohnungsmarkt bezahlbar geblieben und die Stadt kann unabhängig von Investor*innen über den geförderten Wohnungsbau verfügen. Dieses Prinzip erlaubt es, selbst die Mietpreise in der Stadt mitzubestimmen. Die Wohnbauförderung kostet zwar, dies ist jedoch in Wien gesellschaftlich sehr stark akzeptiert. Das Besondere ist, dass in den Gemeindebauten Menschen unterschiedlicher sozialer Strukturen leben. Das hängt damit zusammen, dass circa 75 Prozent der Wiener*innen die Grundvoraussetzungen für eine städtische Wohnung erfüllen.

Best Practice: Mittelholstein

Ein herausragendes Beispiel dafür, wie bezahlbarer Wohnraum im Neubau mit begrenztem Budget möglich ist, liefert die Baugenossenschaft Mittelholstein. Dort wurde konsequent darauf geachtet, nur die gesetzlich vorgeschriebenen Mindeststandards umzusetzen. Diese Strategie führte zu drastisch niedrigeren Baukosten – teils unter 2.000 Euro pro Quadratmeter. So konnte eine Nettokaltmiete von rund 5,10 Euro/m² ermöglicht werden. Gleichzeitig wurde auf Wohnqualität nicht verzichtet: Statt Luxus gibt es durchdachte Grundrisse, solide Materialien und dauerhafte Mietbindung im Genossenschaftsmodell.

Neue Wohnformen für moderne Bedürfnisse.

Wohnen verändert sich – und Kommunen müssen darauf Antworten geben. Denn nicht jede Lebensphase braucht eine Drei-Zimmer-Wohnung und nicht jeder Mensch findet im klassischen Mietmarkt das passende Zuhause. Neue Wohnformen wie Tiny-House-Siedlungen, modulare Holzbau-Quartiere, gemeinschaftliche Wohnprojekte oder Mehrgenerationenhäuser zeigen längst, wie flexibel, ressourcenschonend und sozial Wohnen sein kann.

Wir wollen diese Modelle als Baustein einer modernen Wohnpolitik stärken: durch geeignete Flächen, klare bauordnungsrechtliche Rahmenbedingungen,

Gemeinschaftsflächen und eine aktive Unterstützung von Initiativen. Tiny Houses etwa ermöglichen bezahlbaren Wohnraum mit kleinem ökologischem Fußabdruck und können Brachflächen oder temporäre Areale sinnvoll beleben. Modularer Bauen schafft schnell Wohnraum, der später erweitert, versetzt oder umgenutzt werden kann. Und gemeinschaftliche oder generationenübergreifende Wohnprojekte stärken Nachbarschaften, teilen Ressourcen und reduzieren Einsamkeit.

Ein Landkreis, der neue Wohnformen zulässt und fördert, schafft Vielfalt statt Einheitslösung und macht Wohnen wieder zu dem, was es sein sollte: ein selbstbestimmter, nachhaltiger und für alle zugänglicher Lebensraum.

Nahversorgung sichern.

Ein funktionierender Wohnraum braucht mehr als vier Wände. Er braucht gute Versorgung, soziale Orte und Strukturen, die für alle erreichbar sind. Wir wollen dafür sorgen, dass Nahversorgung auch in entlegenen Ortsteilen möglich bleibt und dort ankommt, wo sie gebraucht wird. Mobile Apotheken, Bibliotheken oder kleine SB-Märkte können Versorgungslücken schließen und dazu beitragen, dass Dörfer lebendig bleiben. Sonderbudgets für kommunale Infrastruktur sollen Gehwege, Treffpunkte und digitale Angebote wie öffentliches WLAN verlässlich sichern und ausbauen.

Gleichzeitig möchten wir verhindern, dass Ortszentren weiter ausbluten. Leerstände gehören in die Mitte der politischen Aufmerksamkeit, weil sie Lebensqualität kosten und ganze Straßen verändern. Wir setzen auf aktive Gegenstrategien, die Eigentümerinnen und Eigentümer nicht allein lassen. Dazu gehören Beratung und transparente Informationen, die Mut zur Vermietung schaffen und helfen, Hemmnisse abzubauen. Wo Wohnungen dauerhaft ungenutzt bleiben, sollen faire Leerstandsabgaben ein Anreiz sein, Räume wieder bereitzustellen.

Leerstand kann aber auch Chance sein. Wir möchten Räume, die heute unbenutzt sind, für Kultur, gemeinschaftliche Arbeit oder soziale Projekte öffnen. Kommunal geförderte Pop-up-Räume bieten die Möglichkeit, niedrigschwellig neue Ideen auszuprobieren und Orte wieder mit Leben zu füllen. So entsteht ein Wohnumfeld, das nicht nur bewohnt wird, sondern Gemeinschaft ermöglicht und den öffentlichen Raum schützt und damit ein Landkreis, der sich entwickelt, ohne weiter zu versiegeln oder Strukturen zu verlieren.

Best Practice: Landau 

Um Leerstand und Zweckentfremdung von Wohnungen aktiv zu bekämpfen, hat die Stadt 2024 eine entsprechende Satzung eingeführt. Ziel der Satzung ist es, dass möglichst viele Wohnungen genutzt werden und somit als Wohnraum für die Menschen der Stadt verfügbar sind.

Eigentum fair ermöglichen.

Wohnen ist mehr als ein Mietvertrag. Es ist die Grundlage für Sicherheit, Teilhabe und echte Zukunftsplanung. Wir wollen mehr Menschen im Landkreis den Weg in die eigenen vier Wände eröffnen – besonders jenen, die bisher kaum eine Chance auf Eigentum hatten. Ein kommunales Mietkauf-Modell kann genau das möglich machen. Monatliche Miete wird dabei nicht nur zur Belastung, sondern schrittweise zur Investition in die eigene Zukunft. Wer über Jahre eine geförderte Wohnung nutzt, soll die Option erhalten, sie später zu sozial fairen Konditionen zu erwerben.

Dieses Modell setzt auf soziale Staffelungen und realistische Einstiegsmöglichkeiten, damit Eigentum nicht vom Einkommen oder Glück abhängt. Die Kommune bleibt Eigentümerin des Grundstücks, ähnlich dem Prinzip der Erbpacht, und schützt so dauerhaft vor steigenden Bodenpreisen. Menschen können gleichzeitig Vermögen aufbauen, sich langfristig absichern und sich selbstbestimmter entfalten.

So entstehen stabile Nachbarschaften, gerechtere Lebenswege und eine Wohnpolitik, die Zukunft nicht dem Zufall überlässt, sondern aktiv gestaltet.

Boden dem Gemeinwohl verpflichtet.

Die Gestaltung kommunaler Bodenpolitik entscheidet darüber, ob Wohnen bezahlbar bleibt und ob sich Menschen langfristig ein Zuhause aufbauen können. Wir setzen uns deshalb für ein Drittelmodell ein, das soziale Balance schafft und klare Leitlinien für neue Quartiere vorgibt. Neubauvorhaben sollen künftig zu gleichen Teilen aus gefördertem Wohnraum, preisgünstigen Mietwohnungen und Einheiten des freien Marktes bestehen. Dieses Modell sorgt für Durchmischung, verhindert soziale Abgrenzung und macht Wohngebiete dauerhaft stabil.

Damit der Wohnraumbedarf nicht durch neue Bodenversiegelung gedeckt wird, wollen wir vorhandene Flächen besser nutzen. Brachen, leerstehende Gewerbeareale und ungenutzte Gebäude sollen durch Umnutzung dem Wohnungsmarkt zugeführt werden, bevor neue Baugebiete ausgewiesen werden. Das Baugesetz bietet dafür wirkungsvolle Instrumente. Die konsequente Anwendung von § 176 BauGB verhindert Spekulation und stellt sicher, dass Grundstücke genutzt und nicht gehortet werden. Gleichzeitig möchten wir die Baubindung stärken: Wer kommunale Flächen erwirbt, soll sie innerhalb eines klar definierten Zeitraums entwickeln. Geschieht das nicht, kann die Kommune das Grundstück zurückholen und selbst für eine Bebauung sorgen.

Um diese Strategien finanziert zu machen, setzen wir auf eine kommunale Wohnbauanleihe. Sie schafft die Möglichkeit, gezielt in eigenen Wohnungsbestand zu investieren – ob durch Ankauf bestehender Gebäude oder durch Neubau. Bürgerinnen und Bürger können sich daran beteiligen und so zu einer solidarischen, transparenten Entwicklung des Wohnungsmarkts beitragen.

Wo es möglich ist, möchten wir Menschen zudem beim Erwerb von Wohneigentum unterstützen. Kommunale Vorkaufsrechte, gemeinschaftliche Wohnprojekte oder sozial ausgerichtete Modelle erleichtern den Zugang zu Eigentum und stärken die regionale Verbundenheit. Unser Ziel ist eine Bodenpolitik, die Gemeinwohl schafft, langfristig denkt und dafür sorgt, dass Wohnen für alle bezahlbar bleibt.

Nachhaltig Bauen als Zukunftsaufgabe.

Bauen muss klimaresilient, energieeffizient und auf die Zukunft ausgerichtet sein. Wir wollen den Einsatz nachwachsender und klimaneutraler Baustoffe fördern und streben an, dass Recycling-Beton, Holz und andere ressourcenschonende Materialien zum selbstverständlichen Bestandteil der Baupraxis werden. Photovoltaik soll in Bauleitplanung und Sanierungskonzepten eine zentrale Rolle spielen, ergänzt durch Stromspeicherlösungen und die Nutzung von Abwärme in Nahwärmennetzen. Öffentliche Gebäude können hier eine Vorbildfunktion übernehmen, indem sie konsequent nach diesen Prinzipien geplant und modernisiert werden.

Damit energetische Sanierungen nicht an Bürokratie oder Unsicherheiten scheitern, möchten wir einen Förderkompass etablieren, der Menschen verständlich, sozial gerecht und gezielt durch Programme und Möglichkeiten begleitet. Klimagerechtigkeit soll auch strukturell verankert werden, etwa durch ökologische Vorgaben im Erbbaurecht oder Mindeststandards bei neuen

Bauvorhaben. Nachhaltigkeit bleibt für uns kein Schlagwort, sondern ein konkretes Planungs- und Bewertungskriterium. Dazu gehört unter anderem, Begrünung in Form von Dach- und Fassadenpflanzungen bei Neu- und Umbauten verbindlich mitzudenken.

Wir wollen Flächenversiegelung weitgehend vermeiden und stattdessen Böden entsiegeln, wenn dies möglich ist. Begrünte Fassaden, Grünflächen und klimaangepasste Bauweisen schaffen spürbar mehr Lebensqualität. Wo Neubauten unvermeidbar sind, soll Aufstockung häufiger als Option geprüft werden, um zusätzlichen Wohnraum auf bestehenden Gebäuden zu schaffen. Gezielte Nachverdichtung hat dabei Vorrang vor neuer Versiegelung. Ab einer bestimmten Gebäudegröße möchten wir zudem eine verbindliche Klimabilanzprüfung einführen, um Bauprojekte transparenter, fairer und klimaverantwortlich zu gestalten.

Best Practice: Lünen

Bei Bebauungsplanverfahren in Lünen gelten folgende Festsetzungen: Vorgärten sind vollflächig mit Vegetation zu begrünen und dauerhaft zu erhalten. Befestigte Flächen sind nur für die erforderlichen Zufahrten/ Stellplätze, Zuwege und Müllstandplätze zulässig. Die flächige Gestaltung der Vorgärten mit Materialien, wie z.B. Schotter und Kies ist unzulässig.

Kommunale Projekte aus Holz.

Klimafreundliches Bauen ist für uns keine ferne Vision, sondern eine zentrale Aufgabe der Gegenwart. Wir möchten, dass der Landkreis bei seinen eigenen Bauprojekten konsequent auf nachhaltige Materialien setzt und damit Verantwortung übernimmt. Besonders Holz bietet enormes Potenzial: Es speichert CO₂, wächst nach, ermöglicht moderne Architektur und hinterlässt einen deutlich kleineren ökologischen Fußabdruck als Beton. Viele Regionen – etwa in Baden-Württemberg – zeigen bereits, wie gut das funktionieren kann. Dort entstehen Schulen, Turnhallen oder Verwaltungsgebäude aus Holz, die langlebig, sicher und architektonisch anspruchsvoll sind.

Diese Erfahrung wollen wir auch in unseren Kreis holen. Wenn öffentliche Gebäude wie Kitas, Bürgerhäuser oder geförderte Wohnanlagen entstehen, sollen sie klimaschonend geplant und umgesetzt werden. Holzbau eröffnet neue Spielräume, verkürzt Bauzeiten und macht Projekte häufig kosteneffizienter. So entsteht eine Baukultur, die ästhetisch überzeugt, ökologisch Verantwortung übernimmt und

langfristig Ressourcen schont. Mit jedem kommunalen Gebäude, das in dieser Weise entsteht, wird der Landkreis Teil der Lösung.

Best Practice: Växjö 

Die schwedische Stadt setzt schon jahrelang ein Zeichen pro Klima. In der Mustergemeinde, die vehement auf den Holzbau pocht, wird seit 1991 auch das Ziel verfolgt, bis 2050 vollkommen frei von fossilen Energien zu sein.

Best Practice: Helsinki 

Im Stadtteil Jätkäsaari der finnischen Hauptstadt steht die „Wood City“, ein Komplex aus Bürogebäuden, Wohngebäuden, einem Hotel und einem Parkhaus, die alle aus Holz errichtet wurden. Die Gebäude haben bis zu acht Stockwerke. Durch moderne Präparierung weist das Holz eine hohe Feuerfestigkeit auf.

**EIN LANDKREIS,
DER MENSCHEN
VERBINDET.**

Mobilität neu zu denken bedeutet, unseren Alltag gerechter, nachhaltiger und lebenswerter zu gestalten. Sie entscheidet darüber, wie wir zur Schule kommen, welche Arbeitsplätze wir erreichen, wie unabhängig wir leben können und wie unsere Orte sich anfühlen. Heute sind viele Menschen in unserem Landkreis noch auf das Auto angewiesen, nicht weil sie es bevorzugen, sondern weil Busse selten fahren, Radwege nicht miteinander verbunden sind und Sharing-Angebote kaum bis gar nicht existieren. Gleichzeitig verlieren unsere Ortskerne an Aufenthaltsqualität, weil sich der öffentliche Raum immer stärker am Verkehr orientiert statt an den Menschen.

Wir setzen uns für eine Verkehrswende ein, die Wahlfreiheit schafft und echte Alternativen eröffnet. Wir wollen Straßen, Plätze und Wege so gestalten, dass Mobilität nicht länger ein Privileg ist, sondern für alle funktioniert. Moderne Technologien, durchdachte Planung und ein Fokus auf Lebensqualität sollen dabei zusammenwirken. Unser Ziel ist ein Landkreis, in dem gute Verbindungen selbstverständlich sind, in dem Begegnung und Bewegung im Mittelpunkt stehen und in dem Mobilität Zukunft ermöglicht, statt sie zu blockieren.

Flexibel unterwegs im ländlichen Raum.

Auch im ländlichen Raum braucht es echte Alternativen zum eigenen Auto. Wir möchten flexible Mobilitätsangebote schaffen, die sich an den Alltag der Menschen anpassen und nicht an starren Fahrplänen scheitern. On-Demand-Shuttles, digitale Mitfahrangebote und verlässliche Rufbusse können Wege verkürzen, Mobilität bezahlbar machen und Orte miteinander verbinden. Entscheidend ist, dass diese Angebote gut finanziert, digital gut buchbar und auch abends sowie am Wochenende erreichbar sind. Ideal sind Haltepunkte an Gemeindezentren, Dorfläden oder Schulen, damit die Wege kurz bleiben und der Umstieg unkompliziert gelingt.

Gleichzeitig soll der ländliche Raum infrastrukturell gestärkt werden. Sichere Rad- und Fußwege, die Gemeinden verbinden, ermöglichen klimafreundliches Pendeln und schaffen neue Räume für Bewegung und Erholung. So entsteht eine Mobilität, die nicht nur Wege eröffnet, sondern das Leben zwischen den Orten lebendiger, nachhaltiger und sozialer macht.

Best Practice: Höxter 

Das „Holibri“-Projekt ist ein Vorreiter für ländliche Gebiete. Die Fahrzeuge sind barrierefrei, flexibel buchbar und ersetzen unzuverlässige Nebenlinien durch planbare Bedarfsverkehre.

Urbane Räume neu ordnen.

Urbane Räume zurückzugewinnen bedeutet, Städte wieder für Menschen zu öffnen. Heute bestimmen vielerorts Autos das Bild, obwohl Begegnung, Aufenthalt und Lebensqualität eigentlich im Mittelpunkt stehen sollten. Wir wollen deshalb Innenstädte und Ortszentren so gestalten, dass sie zum Verweilen einladen und nicht zum Durchfahren. Autofreie Bereiche können dort entstehen, wo sie einen echten Mehrwert schaffen und das soziale Leben stärken.

Parallel dazu braucht es einen klugen Umgang mit dem vorhandenen Parkraum. Stellflächen sollen schrittweise neuen Nutzungen weichen, etwa sicherer Abstellanlagen für Fahrräder, Carsharing-Stationen oder Garagen für Lastenräder. Ruhender Verkehr kann in moderne Ortsteilparkhäuser verlagert werden, die bereits bestehende Parkhäuser einbeziehen und für nachhaltige Mobilitätskonzepte geöffnet werden. Wer bereit ist, einen privaten Stellplatz zugunsten eines Platzes im Ortsteilparkhaus aufzugeben, kann über Zuschüsse unterstützt werden. Ein fairer Austausch, der Platz schafft und Mobilität neu ordnet.

Auch beim Parken im öffentlichen Raum braucht es ein gerechteres und klimasensibleres System. Eine nachfrageorientierte und ökologische Preisgestaltung kann dazu beitragen, große und besonders flächenintensive Fahrzeuge angemessen zu bepreisen, ohne Menschen mit wenig Einkommen zu benachteiligen. Gleichzeitig sollen Anwohnerparkausweise modernisiert werden: digital verwaltbar, übersichtlich strukturiert und stärker auf den tatsächlichen Bedarf ausgerichtet. So entsteht ein öffentlicher Raum, der wieder mehr Luft lässt – für Menschen, Grün und ein lebendiges Miteinander.

Best Practice: Kopenhagen 

Damit neue Viertel attraktiver werden, sollen Fahrzeuge in oberirdischen "Quartiersgaragen" an einem Ort versammelt werden.

Best Practice: Koblenz 

Seit März 2024 werden die Kosten für Anwohnerparkausweise in Koblenz anders berechnet als zuvor. Besitzer von großen Fahrzeugen müssen deshalb mehr für die Ausweise bezahlen.

Best Practice: Ljubljana 

Mit dem elektrisch betriebenen Shuttle-Bus "Kavalir" können ältere Bürger*innen sowie bewegungseingeschränkte Menschen in der autofreien Innenstadt weiterhin mobil bleiben – und das kostenfrei.

Laden erleichtern. Parken neu denken.

Der Wandel zur E-Mobilität gelingt nur, wenn Infrastruktur, Alltagstauglichkeit und soziale Fairness zusammengedacht werden. Deshalb setzen wir uns für eine kreisweite Ladeoffensive ein, die Menschen im ganzen Landkreis verlässlich mit Energie versorgt. Das bedeutet intelligente Ladelösungen für Laternenparker*innen, Schnellladepunkte an Autohäusern und Gewerbegebieten sowie Angebote für E-LKWs und Cargobikes. Ladepunkte sollen einfach nutzbar sein, transparent abgerechnet werden und ohne Tarifschungel auskommen – damit der Umstieg nicht an komplizierten Systemen scheitert.

Um den Fortschritt nachvollziehbar zu machen, möchten wir jährlich berichten, wie viele Ladepunkte neu entstanden sind, wo Versorgungslücken bestehen und welche Bedarfe sich abzeichnen. So bleibt die Ladeinfrastruktur planbar, gerecht verteilt und nah an den tatsächlichen Anforderungen der Menschen.

Park+Ride-Anlagen außerhalb der Zentren sollen den Verkehr in Ortskernen entlasten. Wer dort parkt, erhält automatisch ein 24-Stunden-Ticket für den ÖPNV im jeweiligen Ortsbereich, gültig für alle Mitfahrenden. Die Anbindung erfolgt über reguläre Linien oder Shuttle-Angebote, sodass der Umstieg unkompliziert möglich wird.

Gleichzeitig achten wir auf soziale Gerechtigkeit. Menschen, die Parkplätze aus beruflichen oder gesundheitlichen Gründen zwingend benötigen, sollen gebührenfrei parken können. Mobilität darf nicht zur finanziellen Hürde werden, sondern muss für alle zugänglich bleiben – unabhängig von Einkommen, Lebenslage oder Wohnort.

Best Practice: Straßburg 

In Straßburg wurden Park & Ride-Stationen an wichtigen Verkehrsknotenpunkten gebaut; diese haben effektiv zur Senkung des Verkehrs in der Innenstadt beigetragen. Hier können sowohl Autos als auch Fahrräder in abschließbaren Boxen sicher abgestellt werden. Ein dort gelöstes Parkticket gilt gleichzeitig als Ticket für den Nahverkehr. Die Wirtschaft hat sich an den Umbauten beteiligt und profitiert fortwährend davon.

Best Practice: Kopenhagen 

Parkplätze in Kopenhagen wurden an den Stadtrand verlegt, damit die Innenstadt verkehrsberuhigt werden konnte. Parkgebühren im Innenstadtbereich wurden sehr stark angehoben. Viele verkehrsberuhigte Zonen und Radwege schaffen eine attraktive Einkaufsatmosphäre.

Nahverkehr als echte Alternative.

Der öffentliche Nahverkehr ist das Rückgrat klimafreundlicher Mobilität – und er kann weit mehr sein, als er heute vielerorts ist. Wir wollen das Angebot im Landkreis Limburg-Weilburg spürbar attraktiver machen und dafür sorgen, dass Menschen verlässlich, komfortabel und unkompliziert unterwegs sein können. Mobilität wird dann zur echten Alternative zum Auto, wenn Tarife verständlich sind, Informationen transparent fließen und die Bedürfnisse der Fahrgäste im Mittelpunkt stehen. Fahrgastbeiräte, ein nutzerfreundliches Tarifsystem und einheitliche digitale Schnittstellen für Information, Buchung und Rückmeldung sind dafür entscheidende Bausteine.

Damit der ÖPNV im Alltag wirklich funktioniert, müssen Netze sinnvoll erweitert, Lücken geschlossen und Takte auf Basis realer Bedarfe angepasst werden. Unser Ziel ist eine garantierter Grunderschließung des gesamten Landkreises, sodass kein Ort weiter als eine Stunde vom nächsten Taktknoten entfernt liegt. Ein kreisweites Jugendticket soll jungen Menschen mehr Freiheit bieten und Mobilität direkt mit Freizeitangeboten verbinden. Auch neue Expressbuslinien können wichtige Verbindungen schaffen, die Nord und Süd genauso verbinden wie Ost und West – schnell, direkt und verlässlich.

Für diesen Wandel braucht es neue Finanzierungswege. Wir setzen auf regionale und europäische Kooperationen, die Investitionen in moderne Ladeinfrastruktur, emissionsarme Fahrzeugtypen und innovative ÖPNV-Projekte ermöglichen.

Gleichzeitig wollen wir Nahverkehr und Logistik dort zusammenbringen, wo es sinnvoll ist – etwa durch Partnerschaften mit regionalen Lieferdiensten, die die letzte Meile klimafreundlicher gestalten. So entsteht ein Mobilitätssystem, das flexibel, nachhaltig und zukunftsfähig ist.

Best Practice: Tübingen 

In Tübingen wird das Deutschlandticket von der Stadt für ihre Einwohner*innen unkompliziert mit 9,00 € bezuschusst und bietet finanzielle Vorteile bei weiteren Mobilitätsangeboten der Stadt.

Best Practice: Umeå 

Die "Station of Being" überzeugt mit drehbarem Windschutz und barrierefreien Informationen über ankommende Busse, indem zusätzlich Farben und Töne die Buslinien ankündigen.

Best Practice: Köln 

Die Stadt Köln stellt Fördermittel und ein städtisches Areal für die Einrichtung eines Mikrodepots für emissionsarme Logistik im Stadtteil Deutz zur Verfügung.

Flexible Fahrangebote für jede Tageszeit.

Sharing-Angebote sind ein zentraler Baustein moderner Mobilität und machen den Alltag flexibler, ressourcenschonender und sozial gerechter. Wir möchten diese Angebote konsequent ausbauen und sie so gestalten, dass sie für alle Menschen im Landkreis nutzbar sind. Auch in bislang unversorgten Gemeinden bleiben sie so barrierefarm, preislich fair und flächendeckend.

Unser Ziel ist ein Netzwerk, in dem Fahrräder, Lastenräder und Carsharing-Fahrzeuge verlässlich verfügbar sind und sich nahtlos in den Alltag einfügen. Wir wollen eine feste Flächenquote einführen, damit in jeder Kommune pro 2.000 Einwohner*innen mindestens fünf öffentliche Stellplätze für Car- und Bikesharing entstehen, die nicht nur die Attraktivität dieser Angebote steigern, sondern auch mehr Ordnung im Straßenraum schaffen. Gemeindefahrzeuge können dabei selbst Teil des Systems werden: tagsüber im Dienst, abends und am Wochenende öffentlich buchbar. So entsteht ein effizienter Umgang mit kommunalen Ressourcen, der zugleich neue Mobilitätschancen eröffnet. Zusätzlich möchten wir ein Förderprogramm für Lastenrad-Stationen an Kitas und Schulen

aufbauen, damit Familien und pädagogische Einrichtungen unkompliziert auf klimafreundliche Transportmöglichkeiten zugreifen können. So entsteht Schritt für Schritt ein modernes, gerechtes und nutzerfreundliches Sharingnetz im gesamten Kreis Limburg-Weilburg.

Gleichzeitig möchten wir auf Herausforderungen reagieren, die weltweit im Umgang mit E-Scootern sichtbar werden. Neue Regeln können dafür sorgen, dass Mikromobilität sicherer, geordneter und für alle angenehmer wird. Belohnungssysteme für korrektes Abstellen, ausgewiesene Rückgabeorte oder digitale Verfügbarkeitsprüfungen schaffen Struktur, ohne Innovation zu blockieren.

Sharing-Angebote sollen zudem mit der lokalen Wirtschaft verknüpft werden. Mikrodepots in Gewerbegebieten können ein wichtiger Schritt sein, um emissionsarme Lieferlogistik und Cargobike-Konzepte Raum zu geben. Solche Orte lassen sich gemeinsam mit Unternehmen entwickeln und entlasten gleichzeitig Ortskerne, Straßen sowie Anwohnerinnen und Anwohner.

So entsteht ein Mobilitätssystem, das flexibel ist, Verantwortung übernimmt und den Landkreis zukunftsfähig macht – vernetzt, nachhaltig und für alle zugänglich.

Best Practice: Gdańsk & Gdynia

In Gdańsk, Gdynia sowie in vier weiteren umliegenden Städten in Polen befinden sich über 660 Fahrradstationen, an denen Fahrräder völlig kostenlos ausgeliehen werden können, solange die Fahrräder an einer beliebigen anderen Station wieder abgegeben werden. Werden die Fahrräder außerhalb einer Station abgestellt, wird eine Gebühr fällig. Nutzer*innen, die frei herumstehende Fahrräder an Stationen zurückgeben, wird eine Nutzungsgebühr gutgeschrieben. Über 4000 E-Bikes sind dort aktuell in Betrieb.

Mobilität intelligent verknüpft.

Moderne Mobilität entsteht dort, wo Verkehrsmittel nicht miteinander konkurrieren, sondern sich gegenseitig stärken. Wir wollen Orte schaffen, an denen alles zusammenkommt: Bus, Bahn, Rad, Sharing-Angebote und sichere Fußwege. Diese multimodalen Knotenpunkte sollen so selbstverständlich funktionieren wie ein einziger, nahtloser Weg – digital unterstützt durch eine Mobilitäts-App, die verlässliche Echtzeitdaten liefert und den Wechsel zwischen verschiedenen Optionen erleichtert.

Intelligente Steuerung spielt dabei eine zentrale Rolle. Verkehrsströme sollen dort priorisiert werden, wo es sinnvoll ist, etwa für den ÖPNV oder Rettungskräfte, während moderne Ampelsysteme kritische Kreuzungen entlasten und den Verkehrsfluss verbessern. Gleichzeitig möchten wir neue Technologien nicht ausschließen, sondern verantwortungsvoll testen. Autonomes Fahren im öffentlichen Verkehr kann in kommunalen Pilotprojekten erprobt werden, begleitet von wissenschaftlicher Forschung und einer klaren sozialen und ökologischen Bewertung.

Langfristig braucht es zudem ein System, das Menschen über Stadt- und Kreisgrenzen hinweg wirklich verbindet. Wir setzen uns deshalb dafür ein, perspektivisch einen einheitlichen Verkehrsverbund pro Bundesland zu erreichen. So entstehen klare Strukturen, weniger Doppelarbeit und einfacher Zugang zu Mobilität – unabhängig davon, wo jemand wohnt oder arbeitet.

Sichere Wege als Ziel.

Wir stehen für eine Mobilitätsplanung, die allen Menschen Sicherheit, Komfort und echte Wahlfreiheit bietet. Mobilität soll nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern so gestaltet sein, dass sich Fußgänger*innen, Radfahrende, Autofahrende und ÖPNV-Nutzende gleichermaßen gut und sicher bewegen können. Dafür braucht es moderne Infrastruktur, kluge Stadtplanung und politischen Mut, längst überfällige Maßnahmen konsequent umzusetzen.

Sicherheit bedeutet in der Stadtplanung auch weniger Lärm, weniger Stress und eine Verkehrsführung, die Gefahren gar nicht erst entstehen lässt. Die Vision Zero bleibt dabei unser Leitbild: weniger Tempo, mehr Rücksicht, mehr Raum für Menschen. Tempo 30 als innerörtlicher Standard macht Straßen leiser und sicherer, während eine klare Trennung der Verkehrsarten Konflikte reduziert. Ungenutzte Restflächen zwischen Fahrbahnen sollen verschwinden und durch neue Aufenthaltsräume ersetzt werden, die Begegnung statt Durchfahrt in den Mittelpunkt rücken. Gerechte Verkehrsüberwachung entsteht durch regelmäßige Sicherheitsbegehungen mit Anwohner*innen, durchdachte Blitzer an echten Gefahrenstellen und Ampelschaltungen, die den ÖPNV priorisieren und Fuß- und Radverkehr mit Sofort-Grün aktiv bevorzugen.

Ein sicherer ÖPNV muss zu jeder Tageszeit verlässlich, angenehm und angstfrei nutzbar sein. Gut beleuchtete Haltestellen, Sicherheitspersonal in den Abendstunden, klare digitale Fahrgastinformationen und flexible Nachtangebote

wie On-Demand-Busse oder sichere Ausstiege zwischen Haltestellen machen Bus und Bahn zu einem verlässlichen Begleiter im Alltag.

Für den Radverkehr braucht es Infrastruktur, die einlädt statt abschreckt: physisch getrennte Radwege mit ausreichender Breite, sichere Kreuzungen mit klarer Vorfahrt, grüne Pfeile für entspanntes Rechtsabbiegen und Radabstellanlagen, die wirklich genutzt werden können – von Fahrradboxen bis zu langfristig geplanten Fahrradparkhäusern. Falschparken auf Geh- und Radwegen muss konsequent verhindert werden, besonders an Baustellen, wo sichere Umleitungen für den Radverkehr selbstverständlich mitgeplant werden.

Auch der Fußverkehr verdient moderne Standards. Barrierefreie, breite Gehwege, abgesenkte Bordsteine, gut platzierte Zebrastreifen, verlängerte Grünphasen und verkehrsberuhigte Wohnquartiere sind nicht nur Sicherheitsmaßnahmen, sondern ein Beitrag zur Lebensqualität im gesamten öffentlichen Raum.

Sicherheit entsteht zudem durch Gestaltung. Besser beleuchtete Fuß- und Radwege, intelligente Laternen mit Bewegungssensoren, Hilfesäulen an Haltestellen und abgelegenen Orten sowie Grünflächen, die durch Sichtachsen und bauliche Anpassungen gut einsehbar und einladend bleiben, machen den öffentlichen Raum spürbar sicherer. Mobilität wird so nicht nur funktionaler, sondern auch menschlicher: Ein öffentlicher Raum, der allen gehört.

Best Practice: Helsinki

Mit Geschwindigkeitsbegrenzungen hat Helsinki es geschafft, die Sicherheit im Verkehr zu erhöhen, sodass seit 2024 keine Person im Straßenverkehr ums Leben gekommen ist.

Sanierung als Chance.

Sanierung ist für uns weit mehr als das Ausbessern von Schäden. Jede Baumaßnahme an Straßen, Haltestellen oder Netzen bietet die Chance, unsere Infrastruktur barrierefrei, klimafreundlich und alltagstauglich neu zu gestalten. Neue Straßen sollen nur dort entstehen, wo sie für die Erschließung wirklich erforderlich sind. Im Regelfall gilt: Bestehendes erhalten und verbessern statt immer weiter auszubauen. Wenn Straßen ohnehin saniert werden, müssen mögliche Radstreifen, breite Gehwege, gesundes Stadtgrün und eine intelligente Regenwasserführung grundsätzlich mitgeprüft werden, damit jeder Eingriff zur Qualitätssteigerung beiträgt.

Auch stillgelegte Bahnstrecken verdienen eine realistische Neubewertung. Wir wollen prüfen lassen, ob Kerkerbachbahn, Weiltalbahn oder der Anschluss an eine reaktivierte Aartalbahn wieder eine Rolle in einem modernen, vernetzten Mobilitätssystem spielen können. Gleichzeitig sollen Bahnhöfe und Haltestellen attraktiver und nutzerfreundlicher werden – mit sicheren Fahrradabstellanlagen, guten P+R-Angeboten und digitalen Echtzeitinformationen, die den Umstieg erleichtern und den ÖPNV zu einer echten Alternative machen.

Best Practice: Utrecht 

Die Stadt hat hunderte von Bushaltestellen-Dächern begrünt. Diese sehr simple, aber effektive Maßnahme bekämpft Feinstaub, Artensterben und sorgt für ein besseres Klima. So kann die bisher ungenutzte Fläche den Menschen und auch den Insekten zu Gute kommen.

**UNSERE UMWELT
SCHÜTZEN.
UNSERE ZUKUNFT
SICHERN.**

Unser Landkreis steht an einem Wendepunkt. Klimakrise, Artensterben und steigende Energiebedarfe sind keine abstrakten Zukunftsdebatten, sondern prägen längst unseren Alltag. Wir wollen darauf nicht reagieren, wir wollen gestalten. Eine Politik, die Natur schützt, Ressourcen sichert und Menschen entlastet, entsteht vor Ort: in unseren Gemeinden, in unseren Quartieren, in unseren Landschaften.

Wir setzen auf eine ökologische Erneuerung, die sozial gerecht ist und technisch mutig. Von Natur- und Tierschutz über Landwirtschaft, Wasser und Raumplanung bis hin zu Kreislaufwirtschaft, Energie und Stromnetz: Unser Ziel ist ein Landkreis, der widerstandsfähig, klimafreundlich und lebenswert bleibt und in dem Fortschritt nicht auf Kosten der Umwelt geht, sondern mit ihr entsteht.

Umwelt- und Energiepolitik ist für uns kein eigener Sektor, sondern der Rahmen, in dem sich Zukunft entscheidet. Wir wollen ihn so gestalten, dass Limburg-Weilburg nicht nur Schritt hält, sondern vorangeht.

Lebensräume erhalten.

Wir wollen einen verbindlichen, fair finanzierten Natur- und Tierschutz auf kommunaler Ebene verankern. Die Versorgung von Fundtieren möchten wir verlässlich organisieren, indem wir klare Zuständigkeiten schaffen, kommunale Mittel sichern und moderne Vertragsmodelle mit Tierheimen einführen. Tierschutzbeiräte binden wir dafür strukturell ein, damit Expertise, Transparenz und Beteiligung fest zur kommunalen Praxis gehören.

Wildtierstationen wollen wir ebenso unterstützen wie Projekte zum Igelschutz, Taubenschutz und Kastrationsaktionen für streunende Katzen. Damit verbinden wir Tierwohl mit ökologischem Stadtumbau.

Im Naturschutz setzen wir darauf, Biotope wirksam zu vernetzen, Artenvielfalt zu fördern und wertvolle Lebensräume zu erhalten. Straßenbegleitgrün, Brachen, Friedhöfe und städtische Grünflächen entwickeln wir Schritt für Schritt zu ökologischen Rückzugsräumen weiter – mit heimischen Arten, insekten- und reptilienfreundlicher Bepflanzung und klimaresilienter Gestaltung. Naturschutz soll Teil jedes Bauprojekts sein: in der Bauleitplanung, bei Gewässern, in Pflegekonzepten und bei der Gestaltung des öffentlichen Raums.

Gleichzeitig setzen wir uns für Umweltbildung auf allen Ebenen ein. Wir wollen Schulprojekte, Monitoringprogramme, Patenschaften und Beteiligungsaktionen

fördern, damit Natur vor Ort sichtbarer, greifbarer und gemeinschaftlich geschützt werden kann. Nachhaltiger Natur- und Tierschutz entsteht schließlich dort, wo Menschen Verantwortung übernehmen und spüren, dass ihr Engagement Wirkung hat – im eigenen Dorf, im eigenen Quartier, im eigenen Alltag.

Best Practice: Augsburg & Erlangen

Seit 1995 setzen die beiden Städte auf ein stetig weiterentwickeltes und ausgebautes Tauben-Management und schaffen betreute Taubenschläge. Diese werden regelmäßig gereinigt, wodurch der Schädlingsbefall vermindert wird. In der Brutzeit werden die Taubeneier durch Attrappen ausgewechselt, was a) die Zahl der Jungtiere verringert und b) auch die Taube weiter "brüten" lässt, da sie glaubt, ein echtes Ei zu brüten. Zur gezielten Fütterung mit geeignetem Futter wird zudem der Kot zu einem weniger schädlichen, nicht mehr Oberflächen-zerfressenden und einfacher zu entfernenden vogeltypischen Dreck.

Best Practice: Emsdetten

Die Stadt hat ein verbindliches Klimabudget eingeführt, das alle kommunalen Entscheidungen an CO2-Grenzen koppelt und Klimaschutz zur Pflichtaufgabe macht. So wird der Klimaschutz wirksam in der Verwaltung verankert und messbar gesteuert.

Best Practice: Warendorf

In der westfälischen Kleinstadt hat ein breites Bündnis aus verschiedenen Vereinen, Initiativen und privatwirtschaftlichen Akteuren mit Unterstützung und Finanzierung der Stadt den WarendorFAIR Insektenpfad geschaffen, auf dem 16 Informationsstationen in einer Fahrradtour besucht werden können. Einwohner*innen, Schüler*innen und Besucher*innen erhalten so einen Einblick in die faszinierende Welt heimischer Insekten und werden animiert, Lebensräume für Insekten und die Artenvielfalt zu erhalten.

Nachhaltige Landwirtschaft.

Wir wollen die regionale Landwirtschaft als tragende Säule für Versorgungssicherheit, Umwelt- und Klimaschutz stärken. Wir verstehen sie als lebendigen Teil einer starken lokalen Wirtschaft, die Menschen ernährt, Landschaften erhält und Innovationen vorantreibt. In unserem Kreis wollen wir

eine Landwirtschaft, die ökologisch verantwortungsvoll arbeitet, wirtschaftlich bestehen kann und sozial eingebettet ist.

Dafür fördern wir eine enge Zusammenarbeit zwischen konventionellen und ökologischen Betrieben – mit gemeinsamen Netzwerken, geteilter Technik und Beratung, die sich an modernen, ressourcenschonenden Verfahren orientiert. Digitale Bewässerungssteuerungen, präzise Düngesysteme oder Kreislaufansätze sollen Landwirt*innen entlasten und Erträge sichern, ohne Böden oder Gewässer zu belasten. Gleichzeitig setzen wir uns für faire und transparente Pachtverträge ein, damit Land wieder verlässlich nutzbar bleibt und Spekulationen gebremst werden.

Auch in Städten und Dörfern wollen wir Landwirtschaft sichtbar und erlebbar machen. Gemeinschaftsgärten, solidarische Landwirtschaftsmodelle und essbare Stadtflächen tragen zu einer starken lokalen Ernährungskultur bei und fördern sozialen Zusammenhalt. Regionale Vermarktungswege sollen einfacher werden: durch digitale Plattformen, gut erreichbare Wochenmärkte und kommunale Food-Hubs, die Erzeuger*innen und Verbraucher*innen näher zusammenbringen.

Naturschutz bleibt dabei fest verankert. Gewässer, Feuchtgebiete und Biotope brauchen konsequenteren Schutz, denn sie sind unverzichtbar für Artenvielfalt, Klimaresilienz und die Zukunft der Landwirtschaft. Eine regionale Landwirtschaftspolitik, die diese Aspekte zusammenführt, stärkt auch den Kreis.

Best Practice: Ghent & Rheinland

Das Projekt "Gent en Garde" existiert seit 2013 und setzt sich zum einen für kurze und nachhaltige Lieferketten von Lebensmitteln, aber auch gegen Lebensmittelverschwendungen ein. Auch der Zugang zu frischen und gesunden Lebensmitteln für alle Bürger*innen, z.B. durch belgische Pendants zu unseren Tafeln, stehen auf der Agenda. Seit 2025 gibt es mit dem Regiofoodhub ein ähnliches Projekt auch im Rheinland.

Best Practice: Brühl

Der Ostgarten in Brühl ist ein Gemeinschaftsgarten, der von Brühler*innen mit der Erlaubnis der Stadt Brühl auf städtischem Boden bewirtschaftet wird. Auf einem öffentlichen Gelände von rund 800m² werden in Hochbeeten Obst und Gemüse durch die lokale Community angebaut.

Kluge Strategien gegen Trockenheit und Starkregen.

Wir setzen auf eine Kommune, die Wasser nicht als Risiko, sondern als wertvolle Ressource begreift. Eine wassersensible Infrastruktur ist entscheidend, um Dürrephasen, Starkregenereignissen und Wasserknappheit wirksam zu begegnen. Deshalb wollen wir das gesamte System modernisieren: undichte Leitungen, alte Pumpen und ineffiziente Anlagen sollen durch digitale Überwachung besser erkannt und Schritt für Schritt erneuert werden. So entsteht eine zuverlässige und zukunftsfähige Grundversorgung.

Regenwasser soll nicht länger im Kanal verschwinden, sondern aktiv genutzt werden. Öffentliche Gebäude wie Schulen, Sporthallen oder Rathäuser werden mit Anlagen ausgestattet, die Regenwasser sammeln und für Bewässerung oder Gebäudetechnik nutzbar machen. Rückhaltebecken und Zisternen schaffen zusätzliche Sicherheit in Trockenperioden, während Neubauprojekte automatisch mit Versickerungsflächen, Gründächern und Speichersystemen geplant werden. So wird Wassermanagement von Anfang an Teil einer nachhaltigen Stadt- und Gemeindeentwicklung.

Auch private Haushalte sollen eingebunden werden. Finanzielle Anreize, klare Beratungsangebote und leicht zugängliche Informationen unterstützen Menschen dabei, Regenwasser im Alltag sinnvoll zu nutzen. Über Beteiligungsprojekte, Umweltbildung und Pilotquartiere wollen wir zeigen, wie ressourcenschonender Umgang mit Wasser praktisch funktioniert und wie ein ganzes Viertel davon profitieren kann.

Eine wassersensible Kommune entsteht nicht allein durch Technik, sondern durch gemeinsames Handeln. Wir möchten die Bevölkerung aktiv einbeziehen, Wissen vermitteln und Perspektiven schaffen, damit Limburg-Weilburg resilenter wird und gleichzeitig einen bewussten, nachhaltigen Umgang mit der Ressource Wasser lebt.

Best Practice: Kfar Saba

In der israelischen Stadt wird mit einer ausgeklügelten Technik und Wasserbassins für eine Entlastung des Grundwassersystems in trockenen Phasen gesorgt und zeitgleich ein gesellschaftlicher Treffpunkt geschaffen.

Lebendige Orte durch nachhaltige Planung.

Wir stehen für eine Stadtplanung, die Gesundheit, Klimaresilienz und Lebensqualität zusammen denkt. Wir möchten öffentliche Räume so gestalten, dass sie Menschen echten Mehrwert bieten: mehr Grün, mehr Aufenthaltsqualität, mehr Schutz vor Hitze und Extremwetter. Neue Parks, begrünte Dächer, klimaresistente Straßenbäume und entsiegelte Flächen schaffen Kühlung, fördern Biodiversität und tragen dazu bei, CO₂ langfristig zu binden.

Der öffentliche Raum soll ein Ort werden, an dem soziale und ökologische Funktionen ineinander greifen. Digitale Abfallbehälter erleichtern Pflege und Sauberkeit, Schattenplätze und Trinkbrunnen laden zum Verweilen ein, frei zugängliche Toilettenanlagen schaffen Komfort und Barrierefreiheit, und Ruhezonen ermöglichen Begegnung genauso wie Erholung. Begrünung wird dabei zu einem festen Bestandteil der Bauleitplanung, während kommunale Förderprogramme Menschen und Unternehmen unterstützen, diese Maßnahmen unkompliziert umzusetzen.

Auch die Beleuchtung wollen wir intelligenter gestalten. Energieeffiziente, insektenfreundliche Systeme erhöhen die Sicherheit und reduzieren gleichzeitig Lichtverschmutzung. So entsteht ein Umfeld, das ökologischen Herausforderungen standhält und zugleich das gesellschaftliche Miteinander stärkt: lebenswerter, moderner und resilient für die Zukunft.

Best Practice: Vitoria-Gasteiz

Die europäische "Grüne Hauptstadt 2012" hat einen "Grünen Ring" um das Stadtzentrum geschaffen – ein Netzwerk aus Parks und natürlichen Grünflächen, das die Stadt umgibt und eine Oase der Biodiversität bildet. Weil Bürger*innen in die Pflege und Entwicklung dieser Gebiete einbezogen werden, wird das Bewusstsein und die Wertschätzung für die städtische Natur verstärkt.

Best Practice: Königsbrunn & Friedberg

Beide Städte setzen auf ländlichen Wegen auf LED-Laternen mit Bewegungssensoren, die sich nur bei Bedarf voll einschalten. So sparen sie bis zu 70% Energie und reduzieren Lichtverschmutzung deutlich. Das Projekt zeigt, wie smarte Technologie Sicherheit, Umweltschutz und Effizienz in Einklang bringt.

Weniger Müll. Mehr Kreislauf.

Eine moderne Abfallpolitik erkennt: Was wir wegwerfen, kostet uns Geld, Energie und Zukunft. Unser Kreis kann genau hier zeigen, wie Klimaschutz und kommunale Verantwortung zusammengehen. Der Schritt von einer klassischen Entsorgungslogik hin zu echter Kreislaufwirtschaft ist kein Luxusprojekt. Er ist wirtschaftlich sinnvoll, ökologisch notwendig und stärkt die Lebensqualität in allen Städten und Gemeinden.

Wir wollen kommunale Maßnahmen, die im Alltag spürbar wirken. Dazu gehören moderne Wertstoffhöfe mit digitalen Buchungssystemen, längeren Öffnungszeiten und klaren Sortierbereichen, damit Abgabe und Recycling einfach und verlässlich funktionieren. Kommunale Mehrwegsysteme für Feste, Märkte und Gastronomie sollen Standard werden, damit Plastikmüll nicht länger selbstverständlich ist. Und Pilotprojekte für Unterflurcontainer, smarte Füllstandssensoren oder glasfaserbasierte Erfassungssysteme machen die Entsorgung effizienter, sauberer und kostengünstiger.

Wir wollen, dass der Landkreis zu einer echten Ressourcenregion wird: mit smarter digitaler Entsorgungslogistik und Angeboten, die Wiederverwendung stärken. Repair-Cafés, kommunale Leihsysteme, Upcycling-Initiativen oder regionale Mehrwegmodelle sind mehr als nette Zusatzideen. Sie verlängern die Lebensdauer von Produkten und halten Wertschöpfung hier vor Ort.

Für die Kommunen selbst entsteht daraus ein handfestes Plus: Weniger Restmüll bedeutet geringere Entsorgungskosten und eine bessere Klimabilanz. Und für die Menschen wird die Trennung einfacher, weil Sammelsysteme verlässlich funktionieren.

Wenn Limburg-Weilburg konsequent auf Kreisläufe setzt, entsteht ein doppelter Gewinn: mehr Nachhaltigkeit und mehr wirtschaftliche Stärke. Eine Region, die Ressourcen schont, ist nicht nur ökologisch zukunftsfähig, sie wird auch zu einem Ort, der zeigt, wie Fortschritt im Alltag funktioniert.

Best Practice: Stockholm

Der Stadtteil Hammarby Sjöstad, der für seine öko-effiziente Abfallentsorgung, Energieversorgung und Wasserreinigung bekannt ist, möchte die Umweltbelastung minimieren und strebt eine Klimaneutralität bis 2030 an.

Best Practice: Tübingen

In Tübingen gilt seit dem 1. Januar 2022 eine Verpackungssteuer. Zahlen müssen sie die Verkaufsstellen von Einwegverpackungen, -geschirr und -besteck, die darin Speisen und Getränke für den sofortigen Verzehr oder zum Mitnehmen ausgeben.

Unabhängige, saubere Energie vor Ort.

Eine sichere Energiewende gelingt nur, wenn sie lokal getragen wird. Wir setzen uns deshalb für eine dezentrale, klimafreundliche und gerechte Energieversorgung ein, die von den Menschen vor Ort gestaltet wird. Die Stadtwerke sind dabei ein zentraler Motor. Wir möchten ihre Gemeinwohlorientierung stärken und neue Formen echter Bürger*innenbeteiligung schaffen – durch Energieräte, transparente Prozesse und die Möglichkeit, lokale Entscheidungen aktiv mitzugestalten.

Damit erneuerbare Energien schneller und verlässlich ausgebaut werden können, fördern wir technologische Vielfalt und innovative Lösungen. Agri-Photovoltaik, Mieterstrommodelle und quartiersbezogene Energieprojekte sollen dort möglich werden, wo sie ökologisch sinnvoll und sozial verträglich sind. Die kommunale Wärmeplanung denken wir langfristig: Nahwärmenetze, Geothermie, Abwärmenutzung und regionale Biomasse bilden ein stabiles Fundament für eine klimafreundliche Wärmeversorgung.

Gleichzeitig wollen wir Menschen, die selbst Energie produzieren oder speichern, gezielt unterstützen. Kommunale Stromclouds, flexible Speicherlösungen und moderne Netzinfrastrukturen schaffen neue Spielräume für Prosumer und stärken die regionale Energieunabhängigkeit. Eine zentrale Beratungsstelle hilft Bürger*innen, kleinen Unternehmen und Energieerzeugenden, den Überblick über Fördermittel, Genehmigungen und technische Fragen zu behalten.

Unser Ziel ist ein regionales Energieökosystem, das Stadtwerke, Unternehmen und Energiegenossenschaften von Bürger*innen sinnvoll vernetzt.

Best Practice: Hilchenbach

Der Windpark ist ein Gemeinschaftsprojekt, bei dem Anwohner*innen eigene Windräder finanzieren und betreiben. Durch diese direkte Beteiligung

profitieren alle vom produzierten Strom, was die Akzeptanz vor Ort erhöht und die regionale Wertschöpfung stärkt.

Best Practice: Schwabach

In Schwabach in Bayern wurde die nicht überdachte Parkplatzfläche eines Supermarktes für die Installation einer flächendeckenden Photovoltaikanlage genutzt. Diese dient zugleich als Dach und spendet Schatten für die geparkten Autos. Durch den Bau der Anlage werden jährlich 230 Tonnen CO2-Emissionen eingespart und es können 100 4-Personen-Haushalte mit Strom aus erneuerbaren Ressourcen versorgt werden. Ein Paradebeispiel für die regenerative Stromerzeugung über bereits versiegelten Flächen.

Ein starkes Netz für die Zukunft.

Eine erfolgreiche Energiewende endet nicht beim Windrad, sie beginnt beim Netz. Eine klimafreundliche, verlässliche Energieversorgung braucht eine moderne Infrastruktur, die Lasten intelligent verteilt, Versorgung stabil hält und genug Flexibilität für neue Anforderungen bietet. E-Mobilität, Wärmepumpen, Nahwärmenetze und dezentrale Einspeisung funktionieren nur, wenn das Stromnetz mitwächst und die Kommunen aktiv gestalten.

Deshalb möchten wir die Strom- und Verteilnetze umfassend erneuern und digitalisieren. Moderne Ortsnetzstationen, leistungsfähige Transformatoren und Smart-Meter-Technologie bilden die Grundlage dafür, dass Energie dort ankommt, wo sie gebraucht wird. Intelligente Steuerungssysteme – echte Smart Grids – helfen dabei, erneuerbare Energie effizient einzubinden, Netzüberlastungen vorzubeugen und Blackouts zu verhindern. Redundanzen, Speicherlösungen und klare Notfallpläne sichern die Versorgung auch dann, wenn das Netz unter Druck gerät.

Flexibilität spielt eine zentrale Rolle. Energiespeicher können Lasten abfedern und ermöglichen eine stabile Nutzung regenerativer Energien – von Batteriespeichern in Quartieren bis hin zu Stromspeichern in Unternehmen. Wir wollen Kommunen und Betriebe aktiv dabei unterstützen, die Potenziale vor Ort zu analysieren und steuerbare Wärmepumpen, dezentrale Speicher und Elektrofahrzeuge sinnvoll in die Netzsteuerung einzubinden. Pilotprojekte mit Unternehmen, Energiegenossenschaften oder Gemeinden können zeigen, wie ein intelligentes Zusammenspiel gelingen kann.

Transparenz und Beteiligung machen die Energiewende greifbar. Deshalb setzen wir uns für niedrigschwellige Schulungsangebote zu Versorgungssicherheit, Lastmanagement und Energieeffizienz ein. Digitale Einblicke in Netzsituationen schaffen Vertrauen und motivieren Menschen, selbst Teil der Lösung zu werden.

Auch die Wärmeversorgung gehört in eine moderne Infrastrukturplanung. Resiliente Wärmenetze mit Notfallstrategien sowie dezentrale Lösungen wie Nahwärme oder lokale Wärmespeicher stärken die regionale Wertschöpfung und sorgen dafür, dass Energieversorgung selbst in Krisenzeiten verlässlich bleibt.

Best Practice: Tangermünde 

Die Stadt in Sachsen-Anhalt realisiert einen kommunalen Batteriespeicher mit 32MWh Kapazität – ein echtes Leuchtturmprojekt für die Energiewende auf kommunaler Ebene. Der Speicher dient der Netzstabilisierung und ermöglicht die effiziente Nutzung überschüssiger erneuerbarer Energie. Das Projekt zeigt, wie Städte durch strategische Standortwahl, mutige Investitionen und technologisch Offenheit zur Energiewende beitragen können und dabei wirtschaftlich profitieren.

**STARKE REGION
MIT ZUKUNFT.**

wollen wir stabile Strukturen für Unternehmen, Beschäftigte und Tourismus schaffen. Wirtschaftspolitik bedeutet für uns, Zukunftsfähigkeit zu sichern und die Region so attraktiv zu machen, dass Menschen gerne hier arbeiten, investieren und bleiben.

Neue Perspektiven unterstützen.

Unser Kreis liegt zwischen den starken Wirtschaftsregionen Rhein-Main und Mittelhessen und verfügt damit über ein großes Potenzial, das bislang nur unzureichend genutzt wird. Viele Kommunen verlieren an Lebendigkeit, die Bevölkerung wird älter und zahlreiche Menschen pendeln täglich in andere Regionen zur Arbeit. Gleichzeitig stehen lokale Unternehmen vor Nachfolgefragen und finden nur schwer Fachkräfte. Tourismus im Lahntal, regionale Landwirtschaft und moderne Arbeitsformen wie Coworking könnten sich gegenseitig stärken, werden jedoch kaum strategisch verknüpft. Es fehlt an abgestimmten Konzepten, wie wirtschaftliche Entwicklung, Nachhaltigkeit und Lebensqualität gemeinsam vorangebracht werden können.

Wir möchten eine lokale Wirtschaft fördern, die im Einklang mit Umwelt und Gesellschaft steht und dem Landkreis neue Perspektiven eröffnet. Die Region soll sich als Modellregion für moderne Arbeitsformen, nachhaltige Produktion und regionale Wirtschaftskreisläufe entwickeln. Wirtschaftliche Entwicklung soll nicht auf Kosten kommender Generationen stattfinden, sondern gemeinwohlorientiert und generationenübergreifend wirken. Menschen, die auch nach dem Renteneintritt weiter arbeiten möchten, sollen gezielte Unterstützung erhalten, damit ihr Wissen und ihre Erfahrung der Wirtschaft erhalten bleiben.

Wir wollen Projekte, Planungen und Förderungen künftig stärker für die lokale Wirtschaft ausrichten, anstatt vorrangig große Konzerne zu unterstützen. Insbesondere beim kommunalen Marketing der Region, dem Tourismus und dem lokalen Handel sehen wir Verbesserungspotenzial im Hinblick auf Vernetzung und gemeinsame Zielsetzungen. Wir sehen die Kommunen in der Pflicht, aktiv auf touristische Betriebe und Händler*innen zuzugehen, um gemeinsame Strategien zu entwickeln und regelmäßig zu überprüfen. So entsteht eine starke regionale Identität, die für Bürgerinnen, Bürger und Gäste gleichermaßen attraktiv ist.

Auch in der kommunalen Baustrategie sollen wirtschaftliche Interessen frühzeitig berücksichtigt werden. Bei neuen Bauprojekten möchten wir darauf hinwirken, dass Räume für Coworking, Pendlerhäfen oder Gründerzentren mitgedacht

werden. Solche Orte schaffen kurze Wege, fördern Innovation und machen den Landkreis für Unternehmen wie für Beschäftigte zukunftsfähiger.

Best Practice: Leuven 

Die Stadt wurde zur innovativsten Stadt Europas gewählt. Mit dem Netzwerk „Leuven 2030“ verknüpft sie Verwaltung, Forschung und Zivilgesellschaft, fördert Start-ups und treibt soziale Innovation voran.

Best Practice: Ingolstadt 

Im Projekt „Cityfreiraum“ ermöglicht Ingolstadt Geschäftsideen risikoarm in die Realität umzusetzen. Start-Ups erhalten dafür finanzieller und beratender Unterstützung, z. B. durch Mietzuschüsse. Als Partner sind u.. IHK und Gewerbeverein dabei. Es wurden bereits 34 Neuansiedelungen in Leerständen oder von Leerstand bedrohten Ladenflächen in der Altstadt gefördert. Davon sind 21 bis heute aktiv.

Erlebnisregion für Gäste und Einheimische.

Tourismus ist weit mehr als ein schönes Wochenenderlebnis. Für den Landkreis und jede einzelne Kommune ist er ein echter Wirtschaftsfaktor: Er stärkt lokale Betriebe, schafft Arbeitsplätze und sorgt dafür, dass Geld in der Region bleibt. Ob Gastronomie, Hotellerie, Kulturangebote, regionale Produkte oder Freizeitbetriebe: Sie alle profitieren davon, wenn Menschen unsere Orte besuchen, hier essen, übernachten, einkaufen oder an Veranstaltungen teilnehmen.

Damit diese Dynamik wachsen kann, braucht es eine klare Strategie. Attraktive Ortskerne, gute Erreichbarkeit, gepflegte Wander- und Radwege, lebendige Veranstaltungen und regionale Besonderheiten bilden das Fundament. Jede Stadt und Gemeinde kann dabei eigene Stärken sichtbar machen – vom historischen Stadtkern über Naturerlebnisse bis hin zu modernen Kultur- und Sportangeboten. Gleichzeitig profitiert der gesamte Landkreis, wenn diese Angebote vernetzt und gemeinsam vermarktet werden.

Unsere Region hat alles, was Besucher*innen heute suchen: lebendige Altstädte, beeindruckende Kulturore und eine Natur, die von Rad- und Wanderwegen bis zu Kanu- und Campingangeboten kaum Wünsche offenlässt. Doch dieses Potenzial nutzt sich nicht von selbst. Es braucht eine moderne, regionale Tourismusstrategie, die Mut macht, Neues auszuprobieren.

Wir wollen, dass jede Stadt und jede Gemeinde ihre eigenen Stärken sichtbar macht und gleichzeitig vom gemeinsamen Markenbild des Landkreises profitiert. Das bedeutet: bessere digitale Orientierung für Gäste, attraktive Fahrrad- und Bahnverbindungen, verlässliche Infrastruktur entlang der Lahn, zeitgemäße Gastgeberangebote, starke Kulturprogramme und eine klare Vermarktung, die regionale Besonderheiten nicht versteckt, sondern stolz zeigt. Limburg-Weilburg kann damit ein Reiseziel werden, das Tradition und Moderne verbindet – historisch tief verwurzelt, aber offen für innovative Formate wie nachhaltigen Aktivtourismus.

Ein starker Tourismus ist damit auch eine Investition in Lebensqualität. Wo Besucher*innen sich gern aufhalten, fühlen sich auch Einheimische wohl. Und wo Kommunen zusammenarbeiten, entsteht eine Region, die authentisch, modern und wirtschaftlich stabil bleibt. So wird Tourismus zu einem Motor, der die Vielfalt unserer Städte und Gemeinden trägt und ihnen eine lebendige Zukunft sichert.

Best Practice: Göteborg 

Göteborg setzt eine Strategie für Smart Tourism um, in der eine Vielzahl von Akteur*innen in einen Ansatz für intelligenten Tourismus integriert werden. Innovative Ideen sowohl im Bereich des nachhaltigen Tourismus wie in der Digitalisierung und Vernetzung der Angebote werden kombiniert mit einfachem digitalen Zugang zu allen Angeboten für Besucher*innen auf der Website der Stadt. 2020 gewann die Stadt so den Titel der Europäischen Hauptstadt für Smart Tourism.

Best Practice: Zürich 

Das gute Verkehrssystem trägt seinen Teil dazu bei, dass Zürich hinter Wien als zweitlebenswerteste Stadt der Welt gilt. Anfangs protestierte der Einzelhandel gegen die Umgestaltung aus Angst, Kunden zu verlieren, die jetzt nicht mehr direkt vor dem Laden parken konnten. Diese Bedenken haben sich als unbegründet erwiesen: Heute finden sogar mehr Menschen den Weg in die Geschäfte als früher.

**GERECHTE
BILDUNG
FÜR ECHTE
CHANCEN.**

Im Landkreis Limburg-Weilburg fehlen Kita-Plätze, das pädagogische Personal arbeitet am Limit, viele Schulgebäude sind in die Jahre gekommen und zu viele Kinder starten unter ungleichen Bedingungen ins Leben. Gleichzeitig steigt der Druck auf Familien und Einrichtungen, während die notwendigen Strukturen nur zögerlich wachsen.

Wir wollen Bildung als gemeinsame Aufgabe verstehen, die Menschen ein Leben lang begleitet. Eine gerechte Bildungslandschaft beginnt für uns bereits in der frühen Kindheit und soll das Lernen in jeder Lebensphase stärken. Deshalb möchten wir ein kommunales Bildungssystem voranbringen, das hochwertig, modern und für alle zugänglich ist – unabhängig von Herkunft, Wohnort oder Einkommen.

Frühkindliche Bildung konsequent stärken.

Frühkindliche Bildung ist für uns ein Schlüssel zu gerechteren Chancen. Wir möchten erreichen, dass alle Kinder von Anfang an die bestmöglichen Bedingungen erhalten und frühkindliche Bildung zu einem selbstverständlichen Teil kommunaler Verantwortung wird. Dafür soll ein echter, kostenloser Kita-Platz nicht nur auf dem Papier stehen, sondern verlässlich erreichbar sein.

Um Familien entlasten zu können, wollen wir digitale Wege nutzbarer machen. Eine moderne, barrierefreie Plattform für Betreuungsplatzsuche und Elternkommunikation soll Abläufe vereinfachen und die Weiterentwicklung des Kita-Finders zu einem zentralen Werkzeug machen, das wirklich funktioniert.

Damit genügend Plätze entstehen, braucht es Menschen, die diese Arbeit mit Kompetenz und Leidenschaft leisten. Wir wollen daher neue Ausbildungswege für Erzieher*innen schaffen, besonders in Regionen wie dem Raum Oberlahn, die bislang weniger gut versorgt sind. Kooperationen mit Berufs- und Hochschulen sollen eine kreisweite Erzieher*innen-Akademie ermöglichen, deren Ausbildung kostenfrei ist, mit Stipendien unterstützt wird und durch moderne Intensivblöcke auch Quereinstiege erleichtert. Sichtbare Werbung und echte Perspektiven sollen zusätzlich dafür sorgen, dass mehr Menschen diesen Beruf wählen.

Wer Bildung ermöglicht, verdient Wertschätzung. Wir möchten daher auf eine Bezahlung hinarbeiten, die Erzieher*innen auf Augenhöhe mit Lehrkräften bringt, und multiprofessionelle Teams in den Einrichtungen zur Regel machen. Sozialarbeit, medizinische Expertise oder psychologische Unterstützung sollen den pädagogischen Alltag ergänzen, vor allem dort, wo Kinder besondere Förderung

brauchen. Damit Fachkräfte bleiben, soll eine kommunale Wohnraumgarantie neue Sicherheit schaffen.

Die Qualität frühkindlicher Bildung hängt auch davon ab, wie viel Zeit für jedes einzelne Kind bleibt. Darum setzen wir uns dafür ein, die Betreuungsschlüssel weiter zu verbessern und die Arbeit in multiprofessionellen Teams strategisch auszubauen. Freiwilligendienstleistende und engagierte Senior*innen können zusätzlich wertvolle Entlastung und soziale Vielfalt in die Einrichtungen bringen.

Frühkindliche Bildung versteht für uns den ganzen Menschen: musikalische Förderung, frühpsychologische Unterstützung und elternbildende Programme wollen wir in kommunaler Verantwortung ausbauen. Gleichzeitig möchten wir langfristig erreichen, dass kirchliche Trägerschaften in kommunale Verantwortung übergehen – respektvoll gegenüber Personal und Elternwünschen, aber mit klarer Ausrichtung auf Neutralität. Interkulturelle Krabbel- und Spielgruppen sollen Kindern früh ermöglichen, Vielfalt nicht nur zu erleben, sondern selbstverständlich zu finden. Programme zur diversitätsorientierten Weiterentwicklung sehen wir dabei als sinnvollen Weg, um Qualität und gelebte Offenheit miteinander zu verbinden.

Best Practice: Portugal & Reggio Emilia

In Portugal wird inklusive Frühförderung durch mobile Fachkräfte kombiniert, die flexibel Einrichtungen begleiten. In Reggio Emilia (Italien) steht ein innovativer, kinderzentrierter Bildungsansatz, der weltweit als Vorbild gilt.

Best Practice: Hamburg

Das Programm der „Sprach-Kitas“ wird bereits aktiv gelebt. Konkret wird in 270 Kindertagesstätten eine halbe oder eine Vollzeitstelle geschaffen. Damit wird die Sprachkompetenz von Kleinkindern, die Deutsch als Fremdsprache erlernen, deutlich verbessert. Gleichzeitig wird das Programm der „Sprach-Kitas“ im Bereich Digitalisierung unterstützt. Zur Betreuung des Programms wurden darüber hinaus 24 halbe Fachberatungsstellen finanziert. Die Kosten werden zum Teil durch den Bund getragen.

Moderne Schulen. Potenziale entfalten.

Schulische Bildung soll nicht aussortieren, sondern Vielfalt fördern und gerechte Chancen eröffnen. Wir wollen deshalb erreichen, dass in jeder Kommune

mindestens eine Gemeinschaftsschule bestehen bleibt – ein Lernort, an dem heterogene Gruppen gemeinsam und inklusiv lernen können. Gerade in kleineren Gemeinden halten wir eine Prüfung für sinnvoll, ob eine eigene Dorfschule mit einheitlichen Qualitätsstandards möglich und gerecht ist.

Lernen soll stärker an der Lebenswirklichkeit anknüpfen. Praktische Finanzbildung, Hauswirtschaft, psychologische Grundbildung, Resilienztraining sowie Medienkompetenz und ein reflektierter Umgang mit KI sollen nicht als Zusatzprogramme laufen, sondern fest im schulischen Alltag verankert werden. Durch die Zusammenarbeit mit ausgewählten externen Partner*innen möchten wir ein modulares Unterrichtskonzept entwickeln, das Schulen spürbar entlastet und gleichzeitig neue Qualität schafft.

Schulsozialarbeit soll ein tragender Bestandteil pädagogischer Arbeit werden. Multiprofessionelle Teams aus sozialpädagogischer Expertise, psychologischer Begleitung und unterstützenden Freiwilligendiensten sollen an jeder Schule verlässlich präsent sein und Kinder wie Jugendliche im Alltag stärken – sei es durch Resilienzboxen oder durch direkte persönliche Unterstützung.

Für eine langfristige Weiterentwicklung der Bildungslandschaft schlagen wir einen kreisweiten Bildungsbeirat vor, in dem Politik, Schulen, Eltern, Schüler*innen und Fachleute gemeinsam Perspektiven entwickeln. Ergänzend möchten wir auf wissenschaftlicher Basis prüfen, wie spätere Schulanfangszeiten wirken können – um Erkenntnisse aus der Chronobiologie ernst zu nehmen und Lernen motivierender zu gestalten.

Best Practice: Wutöschingen

Aus der Not sinkender Schüler*innenzahlen heraus wurde hier 2009 vom Land Baden-Württemberg gefördert ein Um- und Neubau der Schulgebäude samt einem vollkommen neuen Lehrkonzept, das an das Landeskonzept der Gemeinschaftsschule anknüpft, umgesetzt. Fernab jeglicher klassischer Schulstrukturen und gefördert durch die digitale Lernplattform „DiLer“ ist aus der Alemannenschule so ein Erfolgsprojekt geworden, das 2019 mit dem „Deutschen Schulpreis“ ausgezeichnet wurde.

Demokratiebildung von Anfang an.

Politische Bildung beginnt für uns nicht erst im Wahlkampf, sondern dort, wo Menschen ihren Alltag gestalten. Deshalb möchten wir kommunale Angebote der

Demokratiebildung deutlich ausbauen – in Schulen ebenso wie in der außerschulischen Jugendarbeit. Träger*innen politischer Bildungsarbeit sollen gezielte Unterstützung erhalten, und neue Formate wie Service Learning sollen Lernen und gesellschaftliches Engagement enger miteinander verbinden. Kommunale Bildungshäuser wollen wir zu offenen Orten entwickeln, an denen Menschen jeden Alters Demokratie erleben und mitgestalten können.

Um junge Menschen zusätzlich zu motivieren, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, schlagen wir einen Jugend-Innovationspreis vor, der Themen wie Demokratie, Klima oder Umwelt sichtbar macht – mit echter Anerkennung, Preisgeld und der Zusage, erfolgreiche Ideen gemeinsam umzusetzen.

Digital fit im Alltag.

Ein zukunftsfähiges Bildungssystem braucht digitale Souveränität. Wir wollen deshalb erreichen, dass alle Bildungseinrichtungen verlässlich mit leistungsfähigen Internetanschlüssen ausgestattet sind und Lernende wie Lehrende kostenfrei auf WLAN zugreifen können. Schulen sollen moderne Medientechnik nutzen können – von interaktiven Whiteboards bis hin zu guter Präsentations- und Dokumentationstechnik. Parallel möchten wir kommunale Programme stärken, die jedem Kind ein geeignetes digitales Endgerät ermöglichen, damit Bildung nicht an fehlender Ausstattung scheitert.

Zudem wollen wir öffentliche und europäische Fördermittel für die Digitalisierung deutlich besser nutzen und die digitalen Lern- und Kompetenzangebote an Volkshochschulen ausbauen. Offen für alle Generationen und für Menschen mit ganz unterschiedlichen Vorkenntnissen.

Best Practice: Helsinki

Digitale Medien sind dort schon längst integrativer Bestandteil eines projektbasierten Schulunterrichts.

Best Practice: Steinfurt

Der Kreis Steinfurt hat eine kreisweite IT-Servicegesellschaft gegründet, die alle Schulen mit einheitlicher Technik versorgt und Wartung sowie Schulungen koordiniert.

Betreuung, die Bildung ergänzt.

Jedes Kind soll am Nachmittag ebenso gut betreut sein wie am Vormittag. Wir möchten deshalb den Ausbau inklusiver Ganztagschulen voranbringen und dafür sorgen, dass ausreichend Räume für eine verlässliche Nachmittagsbetreuung zur Verfügung stehen. Dabei ist uns besonders wichtig, dass diese Angebote Vielfalt sichtbar machen, individuelle Förderung ermöglichen und soziale Beziehungen stärken.

Best Practice: Ratingen

Ehrenamtliche Lernpat*innen unterstützen mindestens ein Jahr lang ein Lern-Patenkind bis zur 8. Klasse und lernen 1-2 mal die Woche mit den Kindern zusammen in den Räumen der Schule bzw. der Stadtbibliothek. Lehrende weisen die Kinder zu und stellen Fortbildungen und Aufgaben zur Verfügung.

Gesundheitskompetenz als Angebot.

Gesunde Ernährung gehört für uns fest zum Bildungsauftrag. Wir möchten erreichen, dass Kinder und Jugendliche in Kitas und Schulen täglich eine kostenlose, vollwertige und ökologisch produzierte Mahlzeit erhalten, die regional und saisonal gedacht ist und dem Klima guttut. Zentrale Küchen sollen eine verlässliche Versorgung ermöglichen und zugleich Angebote für Senior*innen schaffen, die das Miteinander der Generationen stärken.

Genauso wichtig ist regelmäßige Bewegung. Wir schlagen ein kommunales Konzept vor, das sicherstellt, dass alle Kinder wohnortnah Schwimmen lernen können und der Schwimmunterricht dauerhaft in öffentlicher Verantwortung bleibt. Bewegungsfreundliche Orte wie Fitnessparcours auf Spielplätzen und Schulgeländen sowie aktiv gestaltete Pausen sollen den Alltag auflockern, Gesundheit fördern und ganz nebenbei Begegnung und Inklusion ermöglichen.

Gute Orte für gutes Lernen.

Die Schulen im Landkreis sollen Gebäude nutzen können, die den Ansprüchen einer modernen Bildungslandschaft wirklich entsprechen. Wir möchten ökologische Sanierungen vorantreiben, dort neu bauen, wo der Bedarf steigt, und alle Schulbauprojekte über eine digitale Plattform transparent zugänglich machen. So

wird sichtbar, wie sich Bildungseinrichtungen entwickeln und welche Schritte als Nächstes anstehen.

Schulgebäude sollen außerdem über den Unterricht hinaus zu Orten werden, an denen Gemeinwohl lebt. Wenn Räume am Abend auch für Vereine, Themenveranstaltungen oder kleine Konzerte geöffnet werden, entstehen offene Lernorte für die gesamte Gesellschaft. Eine einfache, barrierefreie Registrierung über ein Kreisportal kann dafür sorgen, dass diese „Open School Places“ unkompliziert genutzt werden können.

Sichere Schulwege.

Bildung beginnt täglich mit einem Schulweg, der sicher und problemlos bewältigt werden kann. Wir möchten die Mobilitätsinfrastruktur so weiterentwickeln, dass Kinder und Jugendliche sich geschützt bewegen können. Breitere Radwege, beruhigte Straßenräume und ein verlässlicher Schutz für Fußgänger*innen im Umfeld der Schulen sollen dafür sorgen, dass der Weg dorthin stressfrei wird.

Gleichzeitig wollen wir erreichen, dass junge Menschen sich unabhängig von ihrem Geldbeutel im Kreis bewegen können. Eine kostenfreie Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs für alle in Schul- und Berufsausbildung ist für uns ein wichtiger Schritt. Das entsprechende Ticket soll zusätzlich den Zugang zu einem kreisweiten Bike-Sharing ermöglichen, das noch aufgebaut werden muss. Ergänzende Fahrradwerkstätten an Schulen können dabei nicht nur praktisch helfen, sondern auch technisches Verständnis und Mobilitätskompetenzen stärken.

Best Practice: Brüssel

Bis Juni 2023 wurde in Brüssel an insgesamt 41 Schulen eine verkehrsberuhigte Zone eingeführt. In Bezirken, in denen mehrere Schulen und Kindergärten nahe beieinander liegen, wurden zudem neue Verkehrsregelungen eingeführt, um den Verkehr so zu beruhigen, dass Kinder und Jugendliche sichere Wege zu Fuß und mit dem Fahrrad zurücklegen können.

Inklusion als Standard.

Bildung soll für alle erreichbar sein und darf auf keinen Fall an Barrieren scheitern. Wir möchten deshalb dafür sorgen, dass Schulen vollständig barrierefrei werden

und dass Sonderpädagog*innen, Inklusionshelfer*innen und persönliche Assistenzen verlässlich zur Verfügung stehen. Kinder mit Behinderung sollen die Unterstützung erhalten, die sie brauchen, ohne lange Verfahren oder unsichere Finanzierungswege.

Damit Bildung auch für benachteiligte Gruppen zugänglicher wird, braucht es eine klare, gut verständliche Informationspolitik. Zusätzlich wollen wir Lernpatenschaften aufbauen und präventive Fördermodelle wie "Response to Intervention" stärker nutzen. So kann früh erkannt werden, wo Unterstützung notwendig ist, und Benachteiligung entsteht gar nicht erst.

Bildung ein Leben lang.

Die Volkshochschule ist für uns weit mehr als ein Lernort. Sie ist ein Raum für Neugier, persönlichen Fortschritt und gesellschaftliche Teilhabe. Wir möchten ihre Rolle als Zentrum des lebenslangen Lernens weiter stärken und dafür sorgen, dass sie sichere und moderne Standorte erhält, gut mit dem öffentlichen Nahverkehr erreichbar bleibt und Lernräume bietet, die digitale wie analoge Formate gleichermaßen ermöglichen.

Gemeinsam mit Unternehmen, sozialen Einrichtungen und Bildungsträgern wollen wir neue, praxisnahe Angebote entwickeln. Dazu zählen Qualifizierungswege im ersten und zweiten Bildungsweg, innovative Sprachförderung und zeitgemäße politische Bildung. Auch Menschen, die gründen möchten, sollen Unterstützung finden – durch offene Arbeitsräume, inspirierende Themenabende und lokale Netzwerke. Als kommunaler Bildungsanker kann die Volkshochschule so Innovation fördern, Chancengleichheit stärken und das Miteinander im Landkreis weiter beleben.

Best Practice: Heidelberg

Heidelberg baut seit 2024 sein datenbasiertes Bildungsmanagement aus. Ziel ist, dass alle Bürger*innen in jeder Lebensphase die Bildungsangebote nutzen können, die sie zur Realisierung ihrer individuellen Bildungsziele benötigen. Das vierjährige Projekt wird zu 40 % vom Bund und zu 60 % von der Stadt finanziert.

**DIGITAL GUT
AUFGESTELLT.**

Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern ein Werkzeug für bessere Lebensqualität. Wir wollen, dass alle Menschen in der Kommune spürbar davon profitieren – durch moderne Infrastruktur, echte digitale Teilhabe für alle Generationen und smarte Lösungen, die den Alltag leichter machen. Für uns steht dabei fest, dass eine digitale Kommune offen und transparent arbeitet, hohe Sicherheitsstandards wahrt, ständig dazulernt und sich konsequent am Gemeinwohl orientiert.

Schnelles Internet in jedem Ort.

Wir möchten einen flächendeckenden Glasfaserausbau erreichen, der überall im Landkreis zuverlässige und symmetrische Bandbreiten ermöglicht. Upload- und Downloadgeschwindigkeit sollen gleichwertig behandelt werden, damit eine leistungsfähige digitale Infrastruktur auch in ländlichen Räumen selbstverständlich wird.

Damit moderne Technologien wie 5G schneller verfügbar sind, wollen wir Genehmigungsverfahren digitalisieren und deutlich effizienter gestalten. Das schafft Planbarkeit für Unternehmen und entlastet gleichzeitig die Verwaltung.

Auch private Campusnetze, etwa in Gewerbegebieten, Forschungseinrichtungen oder auf Firmengeländen, wollen wir aktiv unterstützen. Sie können entscheidende Impulse für Innovation und digitale Souveränität vor Ort setzen und den Landkreis technisch zukunftsfähiger machen.

Best Practice: Eichenzell

Durch den “Eigenbetrieb Breitband Eichenzell” wurde das Glasfasernetz flächendeckend so ausgebaut, dass es bis zu den Gebäuden der Nutzer*innen reicht (FTTB bzw. FTTH).

Kostenloses WLAN – überall.

Ein niederschwelliger Zugang zum Internet ist eine grundlegende Voraussetzung für digitale Teilhabe. Wir möchten deshalb erreichen, dass kostenloses und stabiles WLAN im öffentlichen Raum für alle verfügbar wird, unabhängig von Mobilfunkanbietern. Förderprogramme wie WiFi4EU sollen dafür konsequent genutzt werden. Moderne Router, die direkt in Straßenlaternen oder andere

bestehende Infrastruktur integriert werden, können dabei eine intelligente und effiziente Lösung bieten.

Den Landkreis zur Smart Region entwickeln.

Wir möchten eine Smart-Region-Strategie entwickeln, die Digitalisierung eng mit Nachhaltigkeit und sozialer Teilhabe verknüpft. Sie soll einen klaren Rahmen für alle digitalen Vorhaben schaffen und zeigen, wie Städte und Gemeinden künftig gestaltet werden können. Eine solche Strategie richtet den Blick auf messbare Ziele, schafft Orientierung und ermöglicht eine verlässliche Umsetzung.

Mit dieser Strategie schaffen wir die Basis für alle digitalen Initiativen im Landkreis. Transparente Prozesse, eine gute Zusammenarbeit zwischen den Fachbereichen und eine konsequente Ausrichtung am Gemeinwohl sind dafür entscheidend. Für uns ist Smart Region dabei weit mehr als ein technischer Begriff, sondern ein Wandel in der kommunalen Entwicklung.

Digitale Lösungen sollen den Alltag der Menschen spürbar verbessern. Wir setzen uns deshalb für konkrete Projekte ein, etwa für digitale Mobilitätsplattformen, intelligente Straßenbeleuchtung oder vernetzte Umweltmess-Systeme. Voraussetzung bleibt für uns immer ein klarer gesellschaftlicher Nutzen und ein Datenschutz, der höchsten Standards entspricht.

Best Practice: Wiesbaden

In Wiesbaden kann man sich dank unserer Volt-Dezernentin Maral Kohestanian Gänge zum Bürgeramt sparen. Ein erfolgreiches Video-Ident-Verfahren gibt den Menschen in Wiesbaden die Möglichkeit, Vieles von zu Hause aus zu erledigen.

Gut geschult für digitale Prozesse.

Der digitale Wandel gelingt nur, wenn die Menschen, die ihn umsetzen, gut vorbereitet sind. Deshalb möchten wir spezielle Weiterbildungen für kommunale Mitarbeitende fördern, die Kompetenzen im Bereich Smart Region stärken. Themen wie digitale Infrastruktur, Open Data oder nachhaltige Systemarchitektur sollen dabei eine wichtige Rolle spielen. Auf diese Weise kann die Verwaltung Schritt für Schritt fit für die Zukunft werden.

**VERWALTUNG
NEU GESTALTEN.
OFFEN UND
TRANSPARENT.**

Verwaltung ist das Rückgrat unserer Demokratie. Hier entscheidet sich, ob Anträge zügig bearbeitet werden, Beteiligung gelingt und Digitalisierung echten Fortschritt bringt. Für uns ist wichtig, dass Verwaltung nicht als anonymer Apparat wahrgenommen wird, sondern als verständliche, erreichbare und wirksame Anlaufstelle für die Menschen im Landkreis.

Wir möchten Verwaltung neu denken und sie als lernende, transparente und zugewandte Institution weiterentwickeln. Sie soll nicht nur Dienstleisterin sein, sondern Teilhabe ermöglichen, Innovation fördern und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Dafür braucht es moderne Strukturen, motivierte Mitarbeitende und eine klare Haltung, die auf Nähe, digitale Kompetenz und Zukunftsfähigkeit setzt. Unser Anspruch ist eine Verwaltung, die gestaltet statt nur zu verwälten, die den Dialog mit den Menschen sucht und die den Mut hat, sich von überholten Strukturen zu verabschieden und neue Wege zu gehen.

Eine moderne Verwaltung ist für uns keine Frage des Luxus, sondern die Grundlage dafür, dass Kommunen funktionieren und Menschen die Unterstützung erhalten, die sie brauchen. Wir möchten deshalb gezielt in digitale Transformation, gute Arbeitsbedingungen und nachvollziehbare Entscheidungswege investieren, damit Verwaltung spürbar für die Menschen arbeitet. Nicht irgendwann, sondern jetzt.

Verwaltung digital ausrichten.

Digitalisierung verstehen wir als Haltung und nicht nur als technische Frage. Verwaltung soll zu einem offenen, lernenden und zugänglichen Raum werden, der sich konsequent an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Digitale Leitkultur bedeutet für uns, Prozesse intelligent zu gestalten, statt bürokratische Umwege zu produzieren, Systeme über offene Schnittstellen miteinander zu verbinden und echte Teilhabe zu ermöglichen, anstatt neue technische Barrieren zu schaffen. Eine Verwaltung, die sich strategisch weiterentwickelt, kompetent geführt wird und barrierefrei arbeitet, stärkt nicht nur die Bürger*innen, sondern auch die Mitarbeitenden. So kann Digitalisierung ein echter Gewinn für bessere, transparentere und nahbare Kommunen sein.

Um diesen Wandel zu steuern, möchten wir eine Stabsstelle für Digitalisierung schaffen. Sie soll digitale Projekte koordinieren, innovative Technologien sinnvoll einführen und dafür sorgen, dass hohe Sicherheitsstandards und offene Schnittstellen selbstverständlich werden. Gleichzeitig soll sie den Einsatz von Open-Source-Lösungen fördern, damit Verwaltung flexibel und zukunftssicher bleibt.

Für eine erfolgreiche Transformation braucht es Führungskräfte, die digitale Prozesse verstehen und Veränderungen begleiten können. Daher möchten wir gezielte Programme anbieten, die Verwaltungsleitungen in modernen Arbeitsweisen, digitalen Kompetenzen und Change-Management schulen. Sie sollen ihre Teams sicher durch den Wandel führen können und die Möglichkeiten neuer Technologien aktiv nutzen.

Digitale Verwaltungsangebote sollen außerdem so gestaltet sein, dass wirklich alle Menschen sie einfach und barrierefrei nutzen können. Rund um die Uhr zugängliche und barrierefreie Online-Portale sollen Bedürfnisse von älteren Menschen, Geflüchteten oder Menschen mit Behinderungen ebenso berücksichtigen wie den Alltag von Familien oder Berufstätigen. Gleichzeitig wollen wir analoge Angebote nicht vernachlässigen, sondern sinnvoll ergänzen.

Mehrsprachige Verwaltungsangebote sind für uns ein wesentlicher Baustein gelingender Teilhabe. Portale und Dokumente sollen daher nicht nur in Deutsch und Englisch, sondern auch in weiteren häufig gesprochenen Sprachen verfügbar sein. So können mehr Menschen problemlos auf wichtige Informationen zugreifen und fühlen sich von Anfang an mitgedacht. Der Fokus auf Mehrsprachigkeit stärkt die Inklusion und das Vertrauen in die Verwaltung.

Zusätzlich möchten wir ein Netzwerk ehrenamtlicher Digital-Lehrkräfte aufbauen, das Bürger*innen im Umgang mit digitalen Angeboten unterstützt. Ob in öffentlichen Einrichtungen oder in Online-Workshops – dieses Engagement soll dabei helfen, digitale Kompetenzen zu stärken sowie Berührungsängste abzubauen und somit digitale Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen.

Damit digitale Angebote für alle nutzbar sind, sollen Websites und Apps der Verwaltung vollständig barrierefrei gestaltet werden. Eine klare Navigation, unterstützende Funktionen wie Vorlesemodi oder Kontrasteinstellungen sowie hohe Datensicherheitsstandards sollen dafür sorgen, dass Menschen mit unterschiedlichen Einschränkungen gleichberechtigt auf die Angebote zugreifen können. So entsteht Vertrauen und digitale Verwaltung wird zu einem verlässlichen Bestandteil unseres Alltags.

Sicher vor Angriffen. Stark im Alltag.

Digitale Verwaltung braucht eine Infrastruktur, der Menschen vertrauen können. IT-Sicherheit ist dabei keine technische Randnotiz, sondern die Voraussetzung dafür, dass sensible Daten geschützt bleiben und sich Bürgerinnen, Bürger und

Mitarbeitende sicher in digitalen Räumen bewegen können. Eine moderne Verwaltung arbeitet deshalb mit offenen Standards, hält Bedrohungen stand und schafft Systeme, die verlässlich und nach bewährten Standards funktionieren. Transparenz und Klarheit in diesem Bereich sind für uns zentrale Bestandteile administrativer Verantwortung. Denn nur eine sichere Infrastruktur kann auch eine handlungsfähige Verwaltung ermöglichen.

Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir Open-Source-Technologien stärker nutzen und die Mitarbeitenden gezielt darin schulen. Offene Software schafft Unabhängigkeit, ermöglicht flexible Lösungen und stärkt die Sicherheit, wenn sie kompetent eingesetzt wird.

Gleichzeitig soll die Netzwerk-Infrastruktur des Landkreises stabil, modern und dauerhaft gepflegt sein, damit regelmäßige Sicherheitsupdates selbstverständlich werden und neue Bedrohungen schnell abgewehrt werden können. So bildet sie das Rückgrat einer digitalen Verwaltung.

Wir möchten die Verwaltung zudem enger mit relevanten Organisationen wie der AG Kritis vernetzen, um bewährte Sicherheitsstandards zu übernehmen und aktuelle Anforderungen frühzeitig zu berücksichtigen. Ein solcher Austausch stärkt die Resilienz der gesamten IT-Infrastruktur und schafft eine Kultur, die auf Vorsorge statt auf Reparatur setzt.

Regelmäßige Sicherheits- und Dienstleistungsprüfungen sollen gewährleisten, dass sowohl eigene Systeme als auch externe Partner höchsten Anforderungen entsprechen. Auf diese Weise lassen sich Schwachstellen früh erkennen und Risiken deutlich minimieren. Ergänzend streben wir eine Zertifizierung nach internationalen ISO-Standards an, um Qualität und Sicherheit der Prozesse nachweislich einzuhalten und dauerhaft weiterzuentwickeln.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Einrichtung sicherer und voneinander getrennter Backups. Wichtige Daten sollen so gespeichert werden, dass sie selbst bei Cyberangriffen oder technischen Störungen erhalten bleiben und schnell wiederhergestellt werden können.

Best Practice: Barcelona

Seit 2018 unterstützt Barcelona als erste Stadt die von der Free Software Foundation Europe ins Leben gerufene Kampagne "Public Money? Public Code!". Die Stadt investiert mittlerweile nicht nur einen Großteil ihres IT-Budgets in Open Source-Lösungen, sondern ermöglicht durch offene Entscheidungsprozesse auch ein hohes Maß an Bürger*innenbeteiligung.

Zahlreiche Vorschläge für die Digitalisierung der Verwaltung gehen auf Vorschläge des Portals „decidim“ (Katalanisch für „Wir entscheiden“) zurück.

Politik sichtbar machen.

Transparenz ist für uns kein Extra, sondern die Grundlage demokratischer Beteiligung. Bürger*innen haben ein Recht darauf zu wissen, was ihre Verwaltung plant, wie Entscheidungen entstehen und an welchen Stellen sie sich einbringen können. Damit das gelingt, braucht es weit mehr als verstreute Protokolle. Notwendig sind digitale Zugänge, die verständlich, leicht auffindbar und niedrigschwellig gestaltet sind.

Kommunale Projekte sollen deshalb jederzeit digital einsehbar sein. Alle Vorhaben des Kreises sollen zentral gebündelt und so aufbereitet werden, dass sie klar gegliedert, leicht verständlich und auch in einfacher Sprache verfügbar sind. Informationen dürfen nicht versteckt werden, sondern sollen intuitiv zugänglich sein, damit echte Mitbestimmung möglich wird.

Politik muss dort stattfinden, wo die Menschen sind – auch von zuhause oder unterwegs. Deshalb setzen wir uns für die Live-Übertragung kommunaler Sitzungen und eine digitale Mediathek ein, in der Aufzeichnungen jederzeit abgerufen werden können. Menschen mit wenig Zeit, mit Betreuungspflichten oder mit eingeschränkter Mobilität wird so die Teilhabe ermöglicht und das Vertrauen in demokratische Prozesse wächst, wenn Entscheidungen sichtbar und nachvollziehbar sind.

Ein weiterer Baustein ist eine kommunale Informationsfreiheitssatzung, die allen Bürger*innen den Zugang zu amtlichen Dokumenten ermöglicht – unabhängig davon, ob eine Sitzung stattfindet oder nicht. Sie schafft Transparenz bei sensiblen Themen wie Bauprojekten und stärkt die Eigenverantwortung der Menschen vor Ort. Verlaufsprotokolle halten wir dabei für sinnvoller als reine Ergebnisprotokolle, weil sie politische Debatten nachvollziehbarer machen.

Ergänzend möchten wir ein modernes Ratsinformationssystem etablieren, das als digitale Drehscheibe für alle relevanten Inhalte dient. Sitzungstermine, Unterlagen, Ausschussinformationen und Kontaktmöglichkeiten sollen zentral sichtbar sein, damit Mandatstragende effizienter arbeiten können und die Öffentlichkeit politische Prozesse leichter nachvollziehen kann. Offene Schnittstellen und eine gute Datenintegration sorgen dafür, dass Informationen

nutzbar bleiben und so eine starke Verbindung zwischen Verwaltung und Gesellschaft entsteht.

Best Practice: Darmstadt 🇩🇪 & viele mehr

Zahlreiche Städte zeichnen ihre Haupt- und auch Ausschuss-Sitzungen bereits auf, und stellen sie im Nachhinein den Bürger*innen zur Verfügung. Die meisten dieser Städte übertragen diese Sitzungen zudem live, sodass Bürger*innen stets wissen, was die Kommunalpolitik aktuell beschäftigt und beschließt.

Best Practice: München 🇩🇪

Die bayerische Hauptstadt bietet mit einer klaren Informationsfreiheitssatzung den kostenfreien Zugang zu Verwaltungsinformationen.

Moderne Arbeitsbedingungen für starke Teams.

Verwaltungen sind nur so stark wie die Menschen, die in ihnen arbeiten. Ihre Expertise und ihr Engagement sind entscheidend für die Lebensqualität vor Ort. Gleichzeitig wächst der Personalmangel, während kommunale Mitarbeitende in politischen Debatten häufig nur als Kostenfaktor betrachtet werden. Wir möchten dieser Entwicklung entgegenwirken und setzen uns für eine Politik ein, die das Personal stärkt, statt es zu schwächen.

Kommunen stehen im Wettbewerb mit der freien Wirtschaft und müssen attraktive Arbeitgeber sein, wenn sie Fachkräfte gewinnen wollen, besonders im IT-Bereich. Dafür braucht es zeitgemäße Gehälter und eine bessere Bewertung qualifizierter Mitarbeitende, weil der derzeitige Tarifvertrag keine wirklich zukunftsfesten Angebote bietet. Nur so gewinnen wir die besten Köpfe – für die beste Arbeit in unseren Rathäusern.

Moderne Arbeit bedeutet auch, Teilzeit selbstverständlich zu denken. Wir möchten, dass alle kommunalen Stellen grundsätzlich in Teilzeit ausgeschrieben werden. Menschen mit Familienpflichten, pflegenden Aufgaben oder dem Wunsch nach besserer Balance zwischen Beruf und Leben sollen strukturell eingebunden werden. Führungsaufgaben sollen ebenso in Teilzeit möglich sein, und selbst klassische Vollzeitbereiche wie der Bauhof können auf mehrere Personen verteilt werden. Vielfalt in Arbeitsmodellen stärkt die Verwaltung und macht sie attraktiver.

Wissen und Erfahrung dürfen zudem nicht verloren gehen, wenn Mitarbeitende in den Ruhestand gehen. Seit 2023 besteht die Möglichkeit, freiwillig weiterzuarbeiten, und wir wollen erreichen, dass Menschen ein Anrecht auf eine Weiterbeschäftigung in Minijob-Form erhalten, wenn sie das wünschen. Ihr Wissen bleibt dadurch erhalten und kann an jüngere Kolleg*innen weitergegeben werden. Wo tarifliche Regelungen dies erschweren, setzen wir uns auf Landes- und Bundesebene für eine Öffnung ein.

Eine leistungsfähige Verwaltung braucht darüber hinaus Mitarbeitende, die sicher und souverän mit digitalen Werkzeugen umgehen können. Deshalb möchten wir verpflichtende Weiterbildungen einführen, insbesondere zu Cybersicherheit, Open-Source-Technologien und Open Data. Wer unsere digitale Zukunft gestaltet, verdient bestmögliche Qualifizierung. Nur so gelingt der Wandel hin zu einer leistungsfähigen, bürgernahen Verwaltung, die funktioniert.

Ressourcen sparen, Prozesse modernisieren.

Die Verwaltung kann weit mehr sein als eine reine Dienstleisterin. Sie kann Vorbild werden für Klimaschutz, für verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen und für eine Zukunft, die auch kommenden Generationen gerecht wird. Als größter öffentlicher Akteur im Kreis hat sie das Potenzial, nachhaltiges Handeln sichtbar zu machen und glaubwürdig vorzuleben. Entscheidend ist dabei konsequentes Handeln statt Symbolpolitik.

Wir möchten dafür sorgen, dass Nachhaltigkeit nicht länger ein Nebengedanke ist, sondern zu einem selbstverständlichen Maßstab kommunalen Handelns wird. Der Wandel beginnt mit einfachen, aber wirkungsvollen Schritten. Öffentliche Gebäude sollen mit Wasserspendern ausgestattet werden, um Einwegplastik zu vermeiden, und Verwaltungsprozesse wollen wir überall dort digitalisieren, wo dies sinnvoll, sicher und benutzerfreundlich möglich ist. Dadurch lassen sich Papierverbrauch und unnötige Logistik deutlich reduzieren.

Gleichzeitig wollen wir gezielt in energetische Sanierungen kommunaler Liegenschaften investieren, damit der Energiebedarf sinkt und die Betriebskosten langfristig reduziert werden. Auf allen geeigneten öffentlichen Gebäuden soll künftig Photovoltaik installiert werden, um vor Ort sauberen Strom zu erzeugen und die Infrastruktur widerstandsfähiger zu machen. Auf diese Weise zeigen wir, wie Klimaschutz konkret umgesetzt werden kann.



FÜR DICH IN DEN KREISTAG



Niklas Debusmann
36 Jahre, Limburg
Listenplatz 1



Franziska König
32 Jahre, Elz
Listenplatz 2



Sebastian Knust
40 Jahre, Limburg
Listenplatz 3



Daniela van de Poll
44 Jahre, Hünfelden
Listenplatz 4

- | | | |
|---------------------|------------------------|---------------------------|
| 5. Fabian D'Antonio | 12. Kim Leonie Grund | 19. Thomas Welzel |
| 6. Sabine Meier-Ude | 13. Ender Nergis | 20. Julia Zipp |
| 7. Marius Zey | 14. Joana Mosisch | 21. Christoph Belz |
| 8. Katharina Klee | 15. Mark-Patrick Wieda | 22. Tom Endruweit |
| 9. Lukas Klee | 16. Andrea Zey | 23. Niklas Weuthen |
| 10. Sina Zimmermann | 17. Maik Härtling | 24. David Bach |
| 11. Erdem Nergis | 18. Yessica Menzel | 25. Torsten Menzel-Erbach |



Entdecke auch unsere
Kandidierenden auf den
weiteren Listen und
noch viel mehr.

Veröffentlichungsdatum
06. Dezember 2025

Verantwortlicher im Sinne des Presserechts

Volt Deutschland Landesverband Hessen | Altenhöferallee 17 | 60438 Frankfurt am Main

volthessen.org/limburg-weilburg
limburgweilburg@voltdeutschland.org